

Hans-Georg Bensch, Frank Kuhne u. a.

Das Automatische Subjekt
bei Marx

Studien zum *Kapital*

herausgegeben vom
Gesellschaftswissenschaftlichen Institut Hannover

zu Klampen

Erste Auflage 1998
zu Klampen Verlag
Postfach 1963, 21309 Lüneburg
Tel.: 04131/73 30 30; Fax: 04131/73 30 33
Druck: Difo-Druck, Bamberg
Umschlagentwurf: C.-P. von Mansberg

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme:

Das **Automatische Subjekt bei Marx** / hrsg. vom
Gesellschaftswissenschaftlichen Institut Hannover.

Hans-Georg Bensch, Frank Kuhne u.a. -

1. Aufl. - Lüneburg : zu Klampen, 1998

ISBN 3-924245-67-3

Hans-Georg Bensch, Frank Kuhne u. a.

Das Automatische Subjekt
bei Marx

Studien zum *Kapital*

herausgegeben vom
Gesellschaftswissenschaftlichen Institut Hannover

zu Klampen

Inhalt

Vorwort	7
Frank Kuhne Marx' Ideologiebegriff im <i>Kapital</i>	9
Peter Bulthaup Von der Freiheit im ökonomischen Verstande I. Die Metaphysik von ΔG	25
II. Über einige Schwierigkeiten, die Förderung des technischen Fortschritts aus ökonomischem Zwang zu bestimmen	29
Hans-Georg Bensch Grundrente und Mehrwert	33
Till Streichert Arbeitslohn und Politischer Lohn	59
Jan Weyand Stummer Zwang oder innere Stimmen? Bemerkungen zur Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses	85
Michael Städtler Geschichte oder Tendenz Zur Konstruktion der Freiheit als reflexive Negation	119
Abkürzungen	137
Die Autoren	139

Vorwort

Die akademische Geschichte der Marxschen Theorie ist eine des Verfalls. Auf den ›dogmatischen‹, den ›revisionistischen‹, den ›westlichen‹ und den ›strukturalistischen‹ folgte zuletzt der ›plurale Marxismus‹. Im Wissenschaftsbetrieb gilt Marx heute als theoretisch widerlegt und praktisch erledigt. Der weltweite Sieg der kapitalistischen Produktionsweise scheint hinreichend, deren Kritiker zum ›toten Hund‹ resp. ›Klassiker‹ zu erklären. Wo eine Beschäftigung mit der Kritik der politischen Ökonomie noch stattfindet, hat sie die Gestalt der »Professoralform, die ›historisch‹ zu Werke geht und mit weiser Mäßigung überall das ›Beste‹ zusammensucht, wobei es auf Widersprüche nicht ankommt, sondern auf Vollständigkeit«. (MEW 26.3, S. 492)

Einstmals beliebt – und auch dies war ein Stadium der akademischen Ruinierung der Theorie – war die Aufzählung von Gegenständen, zu denen Marx in der Kritik der politischen Ökonomie nichts oder zu wenig gesagt hätte, weil sie zu seiner Zeit noch nicht dagewesen wären, ihm die Kompetenz fehlte oder er die Welt einem einseitig männlichen (fortschrittsgläubigen, wissenschaftsfetischistischen, eurozentrierten) Blick unterworfen hätte.

Allerdings sind in den umfangreichen Manuskripten (die erst jetzt durch die MEGA textgetreu erschlossen werden) neben der wissenschaftlichen Erkenntnis des Zwecks der kapitalistischen Produktionsweise auch mißverständliche Formulierungen, unvollständige Erklärungen oder schlichte Irrtümer enthalten. Schon deren Entdeckung setzt aber die Einsicht in die Resultate der Kritik der politischen Ökonomie voraus. Die Professoralform leistet hierzu keinen Beitrag.

Die Autoren der vorliegenden Aufsätze machen bei dieser »Entgeisterung« der Kritik der politischen Ökonomie nicht mit, sondern überprüfen Marxsche Argumente auf ihre Stichhaltigkeit und konfrontieren sie mit Theorien, die sich, sei es kritisch, sei es affirmativ, auf sie beziehen.

Der Zusammenhang der vorliegenden Texte ist damit bezeichnet. Bleibt noch der Hinweis, daß nicht jeder Autor jedes Urteil der anderen Autoren teilt.

Gesellschaftswissenschaftliches Institut

Frank Kuhne

Marx' Ideologiebegriff im *Kapital*

Ich erwähnte Dr. Adam Smith' Buch über ›Den Reichtum der Nationen‹, das gerade erschienen war, und sagte, Sir John Pringle habe zu mir bemerkt, man könne von Dr. Smith, der sich nie selbst mit Handel befaßt hätte, nicht erwarten, daß er besser über den Gegenstand schriebe als ein Anwalt über Medizin. JOHNSON: »Da irrt er sich, Sir; ein Mensch, der sich nie selbst mit Handel befaßt hat, kann zweifellos über Handel schreiben; und nichts benötigt mehr Erläuterung durch die Philosophie als der Handel. [...] Ein Kaufmann denkt selten über seinen eigenen Handel hinaus. Um ein gutes Buch darüber schreiben zu können, muß man eine umfassende Übersicht haben.«

(James Boswell)¹

I. Begriff und Gegenstand

Marx hat im *Kapital* nicht explizit definiert, was er unter Ideologie versteht. Adorno zufolge ist Ideologie »objektiv notwendiges und zugleich falsches Bewußtsein, [...] Verschränkung des Wahren und Unwahren [...]« und derart Ausdruck des objektiven Geistes.² Die hier zu erhärtende These ist, daß der im *Kapital* implizit enthaltene Ideologiebegriff sich mit Adornos Definition deckt – wenngleich nicht mit allem, was Adorno weiter dazu ausführt.³ Es ist zu zeigen, inwiefern sich für Marx ein objektiv notwendiges und zugleich falsches Bewußtsein in den »Kategorien der bürgerlichen Ökonomie« manifestiert, die er als »objektive Gedankenformen dieser

1 James Boswell, *Das Leben Samuel Johnsons*, Leipzig 1984, S. 250 f.

2 Th. W. Adorno, *Beitrag zur Ideologienlehre*, Gesammelte Schriften Bd. 8, Frankfurt a. M., 1979, S. 465 u. 474.

3 Adorno selbst sieht in seinen Ausführungen keine Begründung des Ideologiebegriffs. A. a. O., S. 464 u. 473.

historisch bestimmten gesellschaftlichen Produktionsweise, der Warenproduktion«¹ bezeichnet. Die Termini »objektiver Geist« (Adorno) bzw. »objektive Gedankenformen« (Marx) sind Hegelscher Herkunft und der Politischen Ökonomie fremd. Adam Smith und David Ricardo etwa stehen in der Tradition des englisch-schottischen Empirismus. Sie können ihre Theorien nicht als theoretisches Selbstbewußtsein der gesellschaftlichen Verhältnisse, deren Bestimmungen nicht als »objektive Gedankenformen« begreifen.

Nach Hegel bezeichnet der Begriff des objektiven Geistes jene Sphären von Recht, Moralität, Sittlichkeit und Geschichte, in denen sich der Geist vermittels menschlicher Tätigkeit objektiviert. Diese Objektivierung des Geistes ist Hegel zufolge ontologisch begründet.² Marx begründet seine Rede von den »objektiven Gedankenformen« zunächst überhaupt nicht. Im *Kapital* ist sie unbegründete Voraussetzung der Argumentation, und es ist zu fragen, inwiefern sie durch den Gang der Argumentation selbst ihre Begründung erfährt.

Als »Verschränkung des Wahren und Unwahren« impliziert Ideologie, daß zwischen beidem unterschieden werden kann.³ Der Begriff der Ideologie setzt den emphatischen Wahrheitsbegriff, die *adaequatio rei et intellectus*⁴, voraus. Die Reflexion auf die Bedingungen der Möglichkeit der Übereinstimmung von Gegenstand und Denken ist für die philosophische Tradition bis Hegel bestimmend. Da die Übereinstimmung selbst in das Denken fällt, hat die Reflexion ihre Substanz an der Frage nach dem logischen Ort des Gegenstandes, seiner Bewußtseinsimmanenz bzw. -transzendenz. Einem Denken, das sich mit Verweis auf den »Wechsel des Para-

1 MEW 23, S. 90; vgl. MEW 42, S. 40.

2 »Die absolute Idee allein ist *Sein* (...) und ist *alle Wahrheit*. (...) Die Natur und der Geist sind überhaupt unterschiedene Weisen, *ihr Dasein* darzustellen (...).« G. W. F. Hegel, *Wissenschaft der Logik II*, WW Bd. 6, S. 549.

3 Adorno, *Negative Dialektik*, Gesammelte Schriften Bd. 6, Frankfurt a. M. 1984, S. 198.

4 Vgl. Thomas von Aquin, *De veritate*, qu.1, a. 1 c. Diese Übereinstimmung ist nicht durch den Konsens ersetzbar, da »die Allgemeinheit des Fürwahrhaltens« nicht Ausweis der objektiven Gültigkeit eines Urteils ist. (Vgl. I. Kant, *Kritik der praktischen Vernunft* WA Bd. VII, A 26.) Folglich hat jede Theorie, die die Möglichkeit wahrer Urteile begründen will, zumindest implizit den ontologischen Wahrheitsbegriff zum Thema.

digmas«¹ der erkenntnistheoretischen Reflexion überhoben glaubt², stellt sich diese Frage nicht. Es muß die Voraussetzung jeder Wissenschaft und darüber hinaus jeder vernünftigen Rede³: daß sie einen Gegenstand habe, als obsolet betrachten.

Gegenüber der heute herrschenden Ansicht erweist sich die Marxsche als zugleich älter und avancierter. Marx ist sich bewußt, daß der theoretischen Bestimmung der materiellen Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft die erkenntnistheoretische Reflexion immanent ist. »Das Ganze, wie es im Kopfe als Gedankenganzes erscheint, ist ein Produkt des denkenden Kopfes, der sich die Welt in der ihm einzig möglichen Weise aneignet [...]. Das reale Subjekt bleibt nach wie vor außerhalb des Kopfes in seiner Selbständigkeit bestehn; solange sich der Kopf nämlich nur spekulativ verhält, nur theoretisch.«⁴ Der »denkende Kopf« ist keine tabula rasa und die Selbständigkeit des Gegenstandes ihm gegenüber ist durch Denken bestimmt. Der Kopf, der über die Gesellschaft nachdenkt, denkt in den gesellschaftlich tradierten Begriffen, und was die Gesellschaft unabhängig von diesen ist, ist nicht auszumachen. Aus dem gesellschaftlichen Sein lassen sich dessen adäquate Bestimmungen nicht unmittelbar ableiten, denn indem von ihm die Rede ist, ist das Abzuleitende immer schon vorausgesetzt.

Schon Titel und Untertitel des *Kapitals* verweisen auf die erkenntnistheoretische Implikation. Gegenstand des *Kapitals* ist zum einen die kapitalistische Produktionsweise, zum anderen aber auch die Politische Ökonomie, die diesen Gegenstand ihrerseits zum Gegenstand hat. Die kapitalistische Produktionsweise ist eine historisch gewordene Totalität. Der theoretische Zugriff auf diese Totalität ist notwendig vermittelt durch die immanente Kritik tradierter Theorie, denn die tragenden ökonomischen Bestimmungen (etwa Wert, Kapital, Produktion, Zirkulation) sind keine empirischen Begriffe, denen unmittelbar Gegenstände in der Anschauung korrespondieren. Immanente Kritik ist notwendige, aber nicht hinrei-

1 Vgl. J. Habermas, *Nachmetaphysisches Denken*, Frankfurt a. M. 1988, S. 34, 41, 51 u. pass.

2 Vgl. J. Habermas, *Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz*, in: ders., N. Luhmann, *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung?*, Frankfurt a. M. 1971, S. 123 f.

3 Vgl. Aristoteles, *Metaphysik*, Hg. H. Seidl, Hamburg 1982, 1006 b.

4 MEW 42, S. 36.

chende Bedingung der Ergründung der Wahrheit.¹ Sie fragt nach der Rationalität einer Theorie und hat ihrerseits ein begründetes Wissen, wie rational zu argumentieren sei, zur Voraussetzung. Dieses Wissen ist nicht formallogischer Art, denn die formale Logik ist nicht in sich, sondern in der transzendentalen begründet.² »Das Bewußtsein von den Bedingungen ihrer Möglichkeit kennzeichnet die Marxsche Kapitalanalyse als nicht-positivistische Theorie.«³

II. Klassische und vulgäre Ökonomie

Marx' Charakterisierung der Politischen Ökonomie ist nicht eindeutig. Einerseits erweckt er den Anschein, als sei von vornherein nur ein Teil der Politischen Ökonomie immanenter Kritik zugänglich. Die klassische Ökonomie gehe auf das Wesen (»den innern Zusammenhang«⁴) der Produktionsverhältnisse, die vulgäre Ökonomie gebe den falschen, der Sphäre der Konkurrenz geschuldeten Vorstellungen der Revenuequellenbesitzer einen wissenschaftlichen Anstrich. Jene sei Wissenschaft, diese Ideologie, denn »alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen [...]«⁵

Andererseits kritisiert er, auch die klassische politische Ökonomie habe das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise nicht adäquat bestimmt. Auch sie sei von Beginn an vulgär. »Smith selbst bewegt sich mit großer Naivität in einem fortwährenden Widerspruch. Auf der einen Seite verfolgt er den innren Zusammenhang der ökonomischen Kategorien [...]. Auf der andren stellt er daneben den Zusammenhang, wie er scheinbar in den Erscheinungen der Konkurrenz gegeben ist und sich also dem unwissenschaftlichen Beobachter darstellt, ganz ebensogut wie dem in dem Prozeß der bürgerlichen Produktion praktisch Befangenen und Interessierten.«⁶

1 So ist der durch immanente Kritik geführte Nachweis der Widersprüchlichkeit des Wertbegriffs Smiths noch nicht in eins die Begründung eines objektiven.

2 »Das bestimmte Verhältnis der Logik zur Wissenschaftslehre. Die erstere *begründet* nicht die letztere, sondern die letztere begründet die erstere (...).« J. G. Fichte, *Ueber den Begriff der Wissenschaftslehre*, in: Fichtes Werke Bd. I, Hg. I. H. Fichte, Berlin 1971, S. 68.

3 F. Kuhne, *Begriff und Zitat bei Marx*, Lüneburg 1995, S. 17.

4 MEW 23, S. 95, FN 32.

5 MEGA II/4.2, S. 721.

6 MEW 26.2, S. 162.

Ricardo »geht aus von der Bestimmung der Wertgröße der Ware durch die Arbeitszeit und *untersucht* dann, ob die übrigen ökonomischen Verhältnisse, Kategorien, dieser Bestimmung des Wertes *widersprechen* oder wie weit sie dieselbe modifizieren. Man sieht auf den ersten Blick sowohl die historische Berechtigung dieser Verfahrensart, ihre wissenschaftliche Notwendigkeit in der Geschichte der Ökonomie, aber zugleich auch ihre wissenschaftliche Unzulänglichkeit, eine Unzulänglichkeit, die sich nicht nur in der Darstellungsart (formell) zeigt, sondern zu irrigen Resultaten führt, weil sie notwendige Mittelglieder überspringt und in unmittelbarer Weise die Kongruenz der ökonomischen Kategorien untereinander nachzuweisen sucht.«¹

Die Unterscheidung von klassischer und vulgärer Ökonomie soll ein Resultat der Kritik der Politischen Ökonomie überhaupt sein. Ihr Kriterium, die Bestimmung des Warenwerts durch das inkarnierte Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit, ist aber untauglich, da auch die sogenannte klassische Politische Ökonomie bei näherem Hinsehen keine objektive Wertlehre liefert.² Folgerichtig bezeichnet Marx die »Kategorien der bürgerlichen Ökonomie« – ungeschieden nach klassischer und vulgärer – als »objektive Gedankenformen« der bürgerlichen Produktionsweise und führt als Ausweis ihrer Objektivität allein ihre »gesellschaftliche Gültigkeit« an.³ Gesellschaftliche Gültigkeit haben sie als ökonomische Formbestimmtheiten der »Warenwelt«, die den Subjekten als gegebene und unbegriffene⁴ Voraussetzungen ihres Handelns erscheinen.

Marx' Kritik an Smith und Ricardo ist keine der falschen Methode, der eine bessere entgegengesetzt wird. Sie ist vielmehr Kritik eines erkenntnistheoretisch bewußtlosen Vorgehens⁵, das spekulative Begriffe wie den des Werts und empirische wie den des sogenannten natürlichen Preises⁶ als unmittelbar gegeben auf-

1 A. a. O., S. 161 f.

2 Weshalb Marx in einem Brief an Engels (01.08.1877) auch Smith und Ricardo unter die Vulgärökonomie rubriziert.

3 MEW 23, S. 90.

4 »Jeder kann Geld als Geld brauchen, ohne zu wissen, was Geld ist.« MEW 26.3, S. 163.

5 MEW 26.1, S. 60 f.

6 Der natürliche, Durchschnitts- oder Gleichgewichtspreis ist der Preis, um den die aktuellen Marktpreise schwanken.

nimmt. Indem Smith und Ricardo Bestimmungen des Wesens und der Erscheinung konfundieren, erfassen sie weder das Wesen noch seine Erscheinungsformen richtig. Smith identifiziert den natürlichen Preis mit dem aus der Konkurrenz resultierenden Kostpreis, diesen mit dem Warenwert, der durch die Revenueformen Lohn, Profit, Rente konstituiert ist, welche durch »einen gewöhnlichen oder Durchschnittssatz [...]«, den es in jeder Gesellschaft gibt, bestimmt sind.¹ Smiths Lehre vom natürlichen Preis ist mit seiner anfangs gegebenen Bestimmung, wonach der Wert einer Ware durch das zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendige Quantum Arbeit bestimmt ist, nicht vermittelt und auch nicht vermittelbar. Ricardo übernimmt Smiths Lehre vom natürlichen Preis.² Auch er kann den Wert nicht zum Preis vermitteln.³

Beide fallen mit ihrer Preistheorie in falsche, der Konkurrenz geschuldete Vorstellungen zurück. In der Konkurrenz finden die einzelnen Kapitalisten die vermeintlich den Wert bzw. Preis ihres Warenprodukts bildenden Elemente in Form von Durchschnittspreisen vor, als gegebene Größen von Produktionsmittelpreisen, von Lohn und Rente und durchschnittlichem Profit.⁴ Statt als Resultate der gesellschaftlichen Mehrwertproduktion erscheinen sie als gegebene Voraussetzungen des individuellen Produktionsprozesses. »Dieß quid pro quo ist nothwendig.«⁵ Die Aufhebung der Differenz von Resultat und Voraussetzung, die den »Schein der Konkurrenz«⁶ konstituiert, hat ihren Grund nicht in der Konkurrenz, sondern im Verwertungsprozeß des gesellschaftlichen industriellen Kapitals. Der Schein ist dem Wesen wesentlich. »Man nehme an, daß die Werthe der Waaren oder die nur scheinbar von ihnen unabhängigen Productionspreise der Waaren, unmittelbar und beständig in der Erscheinung zusammenfielen mit den Marktpreisen der Waaren,

1 A. Smith, *Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes*, Jena 1923, Buch I, S. 69 ff. Der Terminus Kostpreis bei Smith ist nicht mit dem bei Marx zu verwechseln. Bei Smith schließt der Kostpreis den Profit mit ein, bei Marx nicht. Vgl. MEGA II/4.2, S. 54.

2 D. Ricardo, *Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung*, Berlin 1959, S. 76.

3 Vgl. MEW 23, S. 181 FN.

4 Im Kostpreis ist die spezifische Differenz von konstantem und variablem Kapital verschwunden. Deshalb können der Kapitalist und »sein Ideolog, der politische Ökonom« (MEW 23, S. 598) die Bildung des Profits wahlweise in das Gesamtkapital oder in die Konkurrenz verlegen. Vgl. MEGA II/4.2, S. 50 ff.

5 MEGA II/4.2, S. 885.

6 A. a. O., S. 871 ff.

statt vielmehr sich nur als die regulirenden Durchschnittspreise durchzusetzen durch die fortwährenden Compensationen der beständigen Fluctuationen der Marktpreise, ihrer Hebung über oder Senkung unter das Niveau. [...] – selbst unter diesen Voraussetzungen würde die wirkliche Bewegung *nothwendig verkehrt* erscheinen, nicht als Zersetzung einer *vorausgesetzten* Werthgrösse in die 3 Revenuen, in 3 Theile, die von einander unabhängige Revenueformen annähmen, sondern umgekehrt als *Bildung* dieser Werthgrösse als *Summe* der unabhängig und für sich selbständig bestimmten, sie componirenden Elemente des Arbeitslohns, des Profits und der Grundrente. Dieser *Schein* entspränge nothwendig, weil in der wirklichen Bewegung nicht der Werth der Waare ihrer Zersetzung, sondern umgekehrt die Bestandtheile, worin sie sich zersetzt, als dem Werth der Waare *vorausgesetzt* functioniren.«¹

Wirklichkeit hat der Prozeß der Selbstverwertung im unmittelbaren Produktionsprozeß des Einzelkapitals als Exploitationsprozeß der Arbeitskraft. Doch ist diesem Produktionsprozeß des Einzelkapitals logisch vorgeordnet die Totalität des gesellschaftlichen industriellen Kapitals. Die Analyse der Formbewegung des Kapitalwerts im Reproduktionsprozeß der Einzelkapitale erweist diese als abhängig von einer Totalität, die sie allererst konstituieren. Weil kein Einzelkapital ökonomisch und technisch in sich subsistiert und alle Einzelkapitale qua Austausch notwendig auf die Totalität des gesellschaftlichen Kapitals verwiesen sind, welches selbst nicht austauscht, läßt sich der gesellschaftliche Prozeß nicht in Analogie zu dem der Einzelkapitale begreifen. Wo die Politische Ökonomie den »Standpunkt« des Einzelkapitalisten einnimmt, erliegt sie deshalb notwendig dessen falschen Vorstellungen.² Die Einsicht in die Gesetze, die dem Handeln der Revenuequellenbesitzer in der Konkurrenz zugrunde liegen, ist aus der Konkurrenz nicht unmittelbar zu erlangen.³ Die Einsicht in den Bestimmungsgrund der sogenannten natürlichen oder Durchschnittspreise erheischt systematische Reflexion auf das Prinzip der gesamtgesellschaftlichen Produktion.⁴

1 A. a. O., S. 887 f.

2 Vgl. MEW 26,2, S. 217.

3 Vgl. MEW 42, S. 457.

4 Vgl. MEW 23, S. 335.

III. Werte und Preise

Marx unterstellt im ersten und zweiten Band des *Kapitals* die quantitative Gleichheit von Wert und Preis.¹ Ein Grund für die Abweichung der Preise von den Werten kann aus der einfachen Zirkulation nicht entwickelt werden. Er ergibt sich aus der ungleichen sogenannten organischen Zusammensetzung (c:v) ökonomisch konkurrierender und technisch voneinander abhängiger industrieller Einzelkapitale.² Unter der Bedingung, daß Profit nur eine andere Bezeichnung des Mehrwerts ist und eine allgemeine Mehrwertrate existiert, hat das Kapital mit der niedrigsten organischen Zusammensetzung die höchste Profitrate. Kapitalistische Produktionsweise und technischer Fortschritt wären miteinander unvereinbar. »Es scheint also, daß die Werththeorie hier unversöhnlich mit der *wirklichen Bewegung* ist (unvereinbar mit den wirklichen Produktionsphänomenen) und daher überhaupt darauf verzichtet werden muß, die letzteren zu begreifen.«³

Der Widerspruch, der durch die Transformation der Werte in Produktionspreise und die Begründung der Durchschnittsprofitrate gelöst werden soll, ist dem Wertgesetz immanent. Er resultiert nicht etwa aus dem Vergleich der Werttheorie mit einer gleichwie gegebenen »Wirklichkeit« kapitalistischer Reproduktion und seine Lösung ist auch nicht in der »Wirklichkeit« schon immer durch die Konkurrenz erfolgt. Entgegen mancher Marxschen Formulierung⁴ wird die allgemeine Profitrate nicht durch die Konkurrenz gebildet. Die Konkurrenz bezieht die Vielheit der Kapitale negativ aufeinander. Durchschnittsprofit und Produktionspreis drücken aber eine affirmative Beziehung der Kapitale aufeinander aus: ihre Teilhabe am von den Kapitalen aller industriellen Sphären produzierten Mehrwert gemäß ihrer Größe und ungeachtet ihrer verschiedenen organischen Zusammensetzung. Die affirmative Beziehung der Kapitale aufeinander und damit allgemeine Profitrate und Produktions-

1 Vgl. a. a. O., S. 180 FN; MEW 23, S. 234; MEGA II/4.2, S. 267.

2 MEGA II/4.2, S. 212 ff.

3 A. a. O., S. 230.

4 Vgl. etwa MEGA II/4.2, S. 278: »Es ist gesagt worden (von Marx, F.K.), daß die Konkurrenz die Profitraten in den verschiedenen Productionssphären zum Durchschnittsprofit p. 100 ausgleicht und eben dadurch in den verschiedenen Productionssphären die Werthe in Produktionspreise verwandelt.«

preis können deshalb nicht ihren Grund in der Konkurrenz haben. Auch führt der Versuch, sie darin zu begründen, in den Zirkel. Aus der negativen Beziehung der Vielheit der Kapitale aufeinander soll die allgemeine Profitrate resultieren, die andererseits als »Messer und [...] *Regulator der Production*«¹ der Vielheit dieser Kapitale vorausgesetzt sein muß.

Der Widerspruch ist durch die systematische Abfolge der Bestimmungen der Wert- und Mehrwertproduktion selbst konstruiert. Das Wertgesetz fordert Arbeitsteilung zwischen Kapitalen verschiedener organischer Zusammensetzung und schließt sie zugleich aus. Es fordert Produktivkraftsteigerung durch Anwendung effizienter Produktionstechnik als Mittel zur Erhöhung des relativen Mehrwerts und erzwingt so die technische Integration der Einzelproduktionen zur gesamtgesellschaftlichen Produktion.² Die Anwendung effizienter Technik aber führt zu einem Anwachsen des konstanten gegenüber dem variablen Kapital, läßt also die besonderen Profitraten fallen. Damit ist das Mittel des Verwertungszwecks diesem zugleich entgegengesetzt. Der Widerspruch ergibt sich unter der Bedingung des äquivalenten Austauschs zu Werten. Seine Verlaufsform erhält er durch den Schluß auf die Bestimmtheit der Totalität des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, der die Sphäre des Äquivalententauschs zu einer partikularen innerhalb des Austauschs zu Produktionspreisen herabsetzt.³ Dieser Schluß ist ein doppelter. Er besteht erstens in der Gleichsetzung der Wert- und Preissummen bzw. der Summen der Mehrwerte und Profite, woraus unmittelbar die Nominaldefinition von allgemeiner Profitrate und Produktionspreis folgt: Die allgemeine Profitrate ist der Gesamt-Mehrwert/Profit bezogen aufs gesamte vorgeschossene Kapital; der durch diese Rate bestimmte Profit ist der Durchschnittsprofit; dieser bildet zusammen mit dem Kostpreis den Produktionspreis.⁴ Er besteht zweitens in der Bestimmung des objektiven Zwecks der Produktion des gesellschaftlichen industriellen Kapitals und seinem darin gründenden Vorrang vor den Einzelkapitalen, woraus die Realdefinition

1 A. a. O., S. 725.

2 MEW 23, S. 338 f; MEGA II/4.2, S. 302.

3 MEGA II/4.2, S. 249.

4 Daß der Produktionspreis einer Ware für ihren Käufer ihr Kostpreis ist und in die Preisbildung anderer Waren eingehen kann, modifiziert die Nominaldefinition. Vgl. a. a. O., S. 241 f.

von allgemeiner Profitrate und Produktionspreis folgt. Die Realdefinition ist von der Nominaldefinition dadurch unterschieden, daß sie den Grund der Verwandlung der Werte in Preise bzw. den Grund der Bildung der allgemeinen Profitrate enthält.

Dieser Grund liegt in der technischen Abhängigkeit der Einzelkapitale der verschiedenen Sphären voneinander, die diese affirmativ aufeinander bezieht. Weil kein Einzelkapital technisch in sich gründet, sondern abhängig ist von der Totalität des gesellschaftlichen industriellen Kapitals, muß dieses mehr sein als die Summe der Einzelkapitale. Es muß die notwendigen Bedingungen der Reproduktion der Einzelkapitale enthalten, die diese aus sich nicht herstellen können. Seine Allgemeinheit kann deshalb nicht nur extensional bestimmt sein, als allen Einzelproduktionen gemeinsame ökonomische Form, sie muß vielmehr eine intensionale Bestimmung einschließen, die sie von den Einzelkapitalen unterscheidet.¹ Diese intensionale Bestimmung besteht in dem objektiven Zweck des gesellschaftlichen industriellen Kapitals, der Produktion von Produktionsmitteln, von Waren also, die dem »immanente[n] Trieb [...] des Kapitals, die Produktivkraft der Arbeit zu steigern [...]«² zwecks Auspressung von mehr Mehrwert, genügen. Im Dasein der Produktionsmittel als fixes Kapital scheint³ die ökonomische Zweckbestimmung direkt eingelassen in die Naturalform. Produktion von Produktionsmitteln, insbesondere solcher für die Produktionsmittelindustrie, ist Produktion von Gegenständen, in denen das industrielle Kapital seinen zunächst in Geldform realisierten Mehrwert produktiv akkumulieren kann. Sie ist Produktion von Produktivität.⁴

1 »Daß die Gesamtbewegung des gesellschaftlichen Kapitals = der algebraischen Summe der Bewegungen der individuellen Kapitale ist, schließt in keiner Weise aus, daß diese Bewegung als Bewegung des vereinzelt individuellen Kapitals andre Phänomene darbietet, als dieselbe Bewegung, wenn sie unter dem Gesichtspunkt eines Teils der Gesamtbewegung des gesellschaftlichen Kapitals, also in ihrem Zusammenhang mit den Bewegungen seiner andren Teile betrachtet wird, und daß sie zugleich Probleme löst, deren Lösung bei der Betrachtung des Kreislaufs eines einzelnen individuellen Kapitals vorausgesetzt werden muß, statt sich daraus zu ergeben.« MEW 24, S. 101.

2 MEW 23, S. 338.

3 Dieser Schein ist real, denn technische und ökonomische Rationalität sind einerseits eminent unterschieden, andererseits entscheidet unterm Kapital der ökonomische Zweck über den Einsatz von Technik.

4 Vgl. MEW 42, S. 605.

Vor¹ der Verwandlung der Werte in Preise ist die reflexive ökonomische Form des sich selbst verwertenden Werts bestimmt als die allen Einzelkapitalen gemeinsame ökonomische Form. Dieser allgemeinen ökonomischen Form der partikularen Verwertungsprozesse entspricht kein gegenständliches Korrelat. Sie bestimmt den Zweck der Einzelproduktionen nur formell: als Produktion von Mehrwert überhaupt, ungeachtet seines materiellen Substrats; sie bestimmt die Einzelproduktionen deshalb auch nur formell zur Einheit gesellschaftlicher Produktion. Mit der Verwandlung der Werte in Produktionspreise durch die Bestimmung des objektiven Zwecks des gesellschaftlichen industriellen Kapitals entspricht der allgemeinen ökonomischen Form des reflexiven Werts die jetzt reflexiv bestimmte materielle »Produktion um der Produktion willen«.² Indem die allgemeine ökonomische Form den Zweck der Einzelproduktionen formell und materiell bestimmt, bestimmt sie diese substantiell zur Einheit gesellschaftlicher Produktion. Das gesellschaftliche industrielle Kapital ist damit als Selbstzweck bestimmt, der alle anderen Zwecksetzungen im Bereich der materiellen Reproduktion der Gesellschaft nur als Mittel zu seiner Realisierung gelten läßt und insofern über sie übergreift; es ist damit als »übergreifende[s] Subjekt«³ begründet.

Die allgemeine Profitrate ist die durch den Schluß auf die Bestimmtheit der Totalität des gesellschaftlichen industriellen Kapitals und seinen Vorrang vor den Einzelkapitalen begründete Voraussetzung der Einzelkapitale.⁴ Im Begriff des Durchschnittsprofits

1 In logischer, nicht in zeitlicher Bedeutung.

2 MEW 23, S. 618. Marx gebraucht die Formulierung in bezug auf den Akkumulationsprozeß des Einzelkapitals und den durch dessen Anforderungen in seinem Handeln bestimmten einzelnen Kapitalisten. Der Kontext ist ein anderer, aber kein gegensätzlicher, ist doch die Akkumulation des individuellen Kapitals durch den Akkumulationsprozeß des gesellschaftlichen vermittelt. Vgl. auch MEGA II/4.2, S. 324.

3 MEW 23, S. 169.

4 Marx hat ein »Transformationsproblem« vorgefunden, aber keines hinterlassen. Das Problem, das er vorfand, war das der bei Smith, Ricardo und Nachfolgern fehlenden Vermittlung von Werten und Preisen. Marx hat diese Vermittlung geleistet durch den Nachweis, daß das gesellschaftliche Kapital als Grund der Mehrwertproduktion der Einzelkapitale den Warenaustausch zu Produktionspreisen erzwingt. Marx hat damit auch bewiesen, daß die Wert-Preisvermittlung nicht die Form einer Transformationsgleichung haben kann. Eine solche Gleichung wäre nur möglich, wenn die Werte für sich zu bestimmen wären. Das setzte voraus, daß die Einzelkapitale für sich, unabhängig von der Vermittlung durchs gesellschaftliche Kapital zu bestimmen wären. Dann bestünde das gesellschaftliche Kapital nur aus der Summe der Einzelkapitale und wäre diesen nicht vorgeordnet. Das führte zurück in die Vielheit verschiedener Sphärenprofitraten ohne allgemeine Profitrate, das heißt zurück in den Widerspruch, aus dem

und des Produktionspreises ist das Kapital als *gesellschaftliches* Ausbeutungsverhältnis bestimmt und zugleich ist erklärt, warum dieses Ausbeutungsverhältnis in den natürlichen Preisen ausgelöscht ist. »Der *Produktionspreis* schließt den Durchschnittsprofit ein. Wir gaben ihm den Namen *Produktionspreis* – es ist in fact dasselbe was A. Smith ›natural price‹; Ricardo ›price of production‹, ›cost of production‹, die Physiokraten ›prix nécessaire‹ nennen – (keiner derselben hat den Unterschied des Produktionspreises vom Werth entwickelt) [...]. Der Produktionspreis [ist] eine ganz veräusserlichte und prima facie *begriffslose Form* des Waarenwerths [...], eine Form, wie sie in der *Concurrenz erscheint*, also im Bewußtsein des ›hominis capitalis vulgaris‹ und darum auch in dem der Vulgärökonomen, vorhanden ist.«¹ Mit dem Begriff des Produktionspreises ist aus dem gesellschaftlichen Verwertungsprozeß begründet, was im ersten Abschnitt »Ware und Geld« des ersten Bandes des *Kapitals* nur bezeichnet werden konnte: die Verkehrung der gesellschaftlichen Verhältnisse der einzelnen in sachliche Eigenschaften ihrer Arbeitsprodukte. Erklärt ist, warum die Preise als Eigenschaften der produzierten Dinge erscheinen müssen und warum die Revenuequellenbesitzer, die als »freie, rechtlich ebenbürtige Personen«² kontrahieren und ihren Willen in die Dinge legen, damit nur die diesen Dingen objektiv inhärierenden ökonomischen Bestimmungen realisieren. »Sie wissen das nicht, aber sie tun es.«³ Ihr Wissen allein würde auch nichts an diesem »Sachzwang« ändern.

IV. Warenfetisch, Schein der Konkurrenz, Bewußtsein

Der Unterschied von Wesen und Erscheinung ist für die Wissenschaft konstitutiv.⁴ Indem sie das Wesen bestimmt, erklärt sie die

die allgemeine Profitrate als notwendige Bedingung der Möglichkeit der Koexistenz technisch kooperierender und ökonomisch konkurrierender Kapitale verschiedener organischer Zusammensetzung erschlossen wurde.

1 MEGA II/4.2, S. 272.

2 MEW 23, S. 190: hier bezogen auf das Verhältnis von Kapitalist und Arbeiter. Die *fictionis* frei ausgehandelter Verträge ist auf das Verhältnis der Kapitalisten zueinander auszudehnen. Als Agenten ihres Kapitals sind sie nicht frei.

3 A. a. O., S. 88.

4 MEGA II/4.2, S. 721.

Erscheinungen. Das Wesen muß erscheinen, wenn es kein Hirngespinnst sein soll. Das Wesen, das der materiellen Produktion der bürgerlichen Gesellschaft zugrunde liegt, ist das Kapital. Wo, wie und wem erscheint es? Die Frage ist nach Marx beantwortet. Wo? – in der Konkurrenz; wie? – in den ökonomischen Formbestimmtheiten, die es selber produziert¹; wem? – den Revenuequellenbesitzern, also jedermann.

Es könnte scheinen, Marx habe im *Kapital* zwei Arten von Wesen und Erscheinungsformen eingeführt. Der Wert erscheint in der einfachen Zirkulation als Tauschwert, und insofern der in der Bestimmtheit des Geldes gesetzte Tauschwert der Preis ist, als Preis. Er evoziert die falsche Vorstellung (Schein), wonach sich die Werte/Preise in der Zirkulation bilden. Der Wert erscheint ferner als Produktionspreis. Der Produktionspreis gründet in der durch die technische Abhängigkeit der Sphärenkapitale voneinander erzwungenen Durchschnittsprofirate. Erst mit ihm ist die Ware explizit als Produkt des Kapitals bestimmt.² Er stellt sich in der Konkurrenz »begriffslos« als gegebener längerfristiger Durchschnitt der Marktpreise oder als natürlicher Preis dar und evoziert die falsche Vorstellung (Schein), wonach die Revenueformen den »Wert« bzw. Preis des Warenprodukts konstituieren.³

Im Produktionspreis als Erscheinungsform des Werts und dem ihm korrespondierenden notwendig falschen Bewußtsein ist konkretisiert, was im Tauschwert/Preis und dem entsprechenden notwendig falschen Bewußtsein noch abstrakt dargestellt ist. Diese Abstraktion ist nicht falsch, denn sie modifiziert den Gegenstand nicht wesentlich: bezogen auf die Totalität gilt die Gleichung Summe der Werte = Summe der Produktionspreise, das heißt es gilt das Wertgesetz. Allerdings leistet die Darstellung der notwendig falschen Vorstellungen der Zirkulationsagenten in den ersten Kapiteln des *Kapitals* dem Mißverständnis Vorschub, der systematischen

1 A. a. O., S. 890.

2 »Es sind prima facie zwei ganz verschiedene Dinge, ob Waaren zu ihren Werthen (...) oder ob sie zu solchen Preissen verkauft werden, daß ihr Verkauf gleich grosse Profite auf gleiche Massen der zu ihrer respectiven Production vorgeschossenen Capitalien abwirft. (...) Die ganze Schwierigkeit kömmt dadurch herein, daß die *Waaren* nicht einfach als *Waaren* ausgetauscht werden, sondern als *Producte von Capitalien*, die im Verhältniß zu ihrer Grösse (...) Theilnahme an der Totalität des Mehrwerths beanspruchen.« A. a. O., S. 250 f.

3 A. a. O., S. 888 f.

Abfolge der Bestimmungen korrespondierten historische Verhältnisse (»einfache Warenproduktion«¹) und Bewußtseinsformen.

Soweit die Subjekte als Revenuequellenbesitzer ihre Interessen in der kapitalistischen Produktionsweise verfolgen, sind die Formbestimmtheiten der Konkurrenz die Formen, in denen ihr Bewußtsein mit der gesellschaftlichen Realität übereinstimmt. Es sind Formen des ökonomischen »Alltagslebens«² und insofern »gesellschaftlich gültige, also objektive Gedankenformen«.³ Aber: In der Konkurrenz erscheint alles verkehrt.⁴ Die Gedankenformen, die zugleich objektiv und verkehrt sind, genügen Adornos Definition von Ideologie als objektiv notwendigem falschem Bewußtsein. Dessen Begründung im *Kapital* ist aber mit Adornos näherer Erläuterung seiner Definition nicht vereinbar.

Zunächst scheint Adornos Definition aporetisch. Ein Bewußtsein, das notwendig falsch ist, ist keines. Die Notwendigkeit seiner falschen Inhalte macht es zu einem vollständig determinierten Bewußtsein, das von sich nichts wissen kann. Seine Inhalte sind Gedanken, die von keinem »Ich denke«⁵ begleitet werden, also keine Gedanken. Adorno relativiert aber die Determiniertheit des Bewußtseins historisch. Die bürgerlichen Ideen Freiheit, Menschlichkeit, Gerechtigkeit seien »an sich wahr«, »aber sie gebärden sich, als wären sie bereits realisiert«.⁶ Wahrheit wie Unwahrheit von Ideologie resultieren nach Adorno aus ihrer Selbständigkeit gegenüber der Gesellschaft. Sie ist mehr als der bloße Abdruck des Seienden, ohne aber ihre Bedingtheit durch das Seiende, die materielle gesellschaftliche Reproduktion, hinreichend erkannt zu haben.⁷ Diese Auffassung von Ideologie fügt sich der von Marx und Engels in den Frühschriften mittels des Basis-Überbau-Schemas⁸ explizierten. Der Überbau umfasse »die sämtlichen verschiedenen theoretischen Erzeugnisse und Formen des Bewußtseins, Religion, Philo-

1 Vgl. Engels' Ausführungen in MEW 25, S. 909.

2 MEW 23, S. 559.

3 A. a. O., S. 90.

4 MEGA II/4.2, S. 279.

5 I. Kant, *Kritik der reinen Vernunft*, WA Bd. IV, B 131 f.

6 Adorno, a. a. O., S. 473.

7 A. a. O., S. 474.

8 Für die Darstellung im *Kapital* hat das Schema keine Bedeutung, auch wenn es Marx in einer Fußnote (MEW 23, S. 393) wieder anführt.

sophie, Moral etc. etc. [...]«.¹ Diese seien ideologisch, weil sie »die materielle Produktion des unmittelbaren Lebens« und damit ihren »realen Grund« ausblendeten. Sogar die Wissenschaft, deren Gegenstand Staat und Gesellschaft ist: die Rechtsphilosophie, untersuche nicht deren materielle Basis, sondern entwickle ihr System auf der Grundlage des allgemeinen Willens.² Anders die Politische Ökonomie. »Ricardos Theorie der Werte ist die wissenschaftliche Darlegung des gegenwärtigen ökonomischen Lebens.«³ Es ist deshalb kein Zufall, daß in der Aufzählung der ideologischen Formen die Politische Ökonomie fehlt. Als Wissenschaft, die selbst die Basis untersucht, erfüllt sie nicht das Kriterium der Ideologie.

Die Begründung der Notwendigkeit des falschen Bewußtseins im *Kapital* ist mit der Charakterisierung der Ideologie bei Adorno und in den Frühschriften unvereinbar. Notwendig falsch ist das Bewußtsein nicht deshalb, weil es »von der materiellen Produktion des unmittelbaren Lebens [...]«⁴ abstrahiert, sondern deshalb, weil es mit ihr unmittelbar übereinstimmt. Es hat ein Fundament in der Sache – aber nur in der Sache, wie sie erscheint. Indem die Politische Ökonomie so verfährt, wie es die Frühschriften für eine materialistische Theorie fordern, erweist sie sich dem *Kapital* zufolge als Ideologie. Sie begreift die durch den Prozeß des Kapitals produzierten ökonomischen Phänomene als empirisch erklärbar Tatsachen, ganz so wie die *Deutsche Ideologie* die Macht des Weltmarkts als »eine empirische Tatsache« der idealistischen Fiktion des Weltgeistes entgegenhält.⁵ Während die Frühschriften die Politische Ökonomie als empirische Wissenschaft affirmieren, kritisieren das *Kapital* und dessen Vorarbeiten dieselbe Wissenschaft wegen ihres »grobe[n] Empirismus«⁶ mit Argumenten Hegels. Ricardo unterstelle bereits im ersten Kapitel seiner *Grundsätze der Politischen Ökonomie* »Arbeitslohn, Kapital, Profit, allgemeine Profitrate [...], die verschiedenen Formen des Kapitals [...]«, statt sie systema-

1 MEW 3, S. 38.

2 Vgl. a. a. O., S. 63.

3 MEW 4, S. 81.

4 MEW 3, S. 37.

5 Ebda., S. 37.

6 MEW 26.1, S. 60 f.

tisch zu entwickeln.¹ Zwischen Frühschriften und *Kapital* liegt die Erkenntnis, daß der sogenannte wirkliche Lebensprozeß der einzelnen bestimmt ist durch den ungegenständlichen Verwertungsprozeß des Kapitals. Weil dieser mit dem moralischen Anspruch der Subjekte auf die vernünftige Bestimmung ihrer freien Willkür unvereinbar ist, verfällt er notwendig der Kritik.

1 MEW 26.2, S. 165. Vgl. Hegel, a. a. O., S. 571: »Die Ungeduld, die über das *Bestimmte*, es heiße Anfang, Objekt, Endliches (...) *nur* hinaus und unmittelbar sich im Absoluten befinden will, hat als Erkenntnis nichts vor sich als das leere Negative (...) oder ein *gemeintes* Absolutes (...).«

Peter Bulthaupt

Von der Freiheit im ökonomischen Verstande

I. Die Metaphysik von ΔG

Das Denken vermag eine unendliche Idee zu fassen, d. h. eine Idee, die in endlich vielen Schritten nicht sich bestimmen läßt. Eine der unendlichen Ideen, die schon in der Antike als unendlich erkannt wurden, ist die der Inkommensurabilität von Seite und Diagonale des Quadrats. Gesetzt, d. h. angenommen, Seite und Diagonale hätten ein gemeinsames Maß, dann müßte auch das Doppelte dieses Maßes ein ihnen gemeinsames Maß sein, und eben darum auch das vierfache, das 2^n -fache usw. Die Annahme eines endlich gemeinsamen Maßes führt auf die unendliche Vergrößerung dieses Maßes, die im Widerspruch zu der Annahme steht, dieses Maß sei eine endliche Größe.¹

Diese Einsicht setzt voraus, daß der, der sie erfaßt, nicht in einer unendlichen Folge von Schritten befangen bleibt, sondern aus ihr heraustritt, und erst dies Heraustrreten aus der Folge von Schritten ermöglicht es, sie als unendliche Folge, von der es eine Idee, zu der es aber keine Anschauung gibt, zu erkennen. Das Denken, das einer unendlichen Idee mächtig ist, ist eben darum maßlos, durch kein Maß beschränkt, das durch endlich viele Schritte konstruierbar ist. Der Materialist Aristoteles hatte erkannt, daß die Befreiung des Denkens von empirischen Beschränkungen historische Voraussetzungen hat. »Bei dem Fortschritt in der Erfindung von Künsten, teils für die notwendigen Bedürfnisse, teils für die (angenehmere) Lebensführung, halten wir die letzteren immer für weiser als die ersteren, weil ihr Wissen nicht auf den Nutzen gerichtet ist. Als daher schon alles Derartige geordnet war, da wurden die Wissenschaften gefunden, die sich weder auf die notwendigen Bedürfnisse,

¹ Vgl. Otto Toeplitz, *Die Entwicklung der Infinitesimalrechnung*, Hrsg. von Gottfried Köthe, Darmstadt 1972, S. 2 ff.

noch auf das Angenehme des Lebens beziehen, und zwar zuerst in den Gegenden, wo man Muße hatte. Deshalb bildeten sich in Ägypten zuerst die mathematischen Künste (Wissenschaften) aus, weil dort dem Stande der Priester Muße gelassen war.«¹

Die maßlose Freiheit des Denkens endlicher, bedürftiger Wesen setzt Muße voraus, und diese ein Mehrprodukt, daß von denen, die sich die Freiheit nahmen, nicht selbst produziert, sondern durch Gewalt, List, schließlich durch tradierbare Macht abgepreßt und angeeignet wurde. Die historische Verschränkung von Gewalt, List, Macht, schließlich der Herrschaft mit der Freiheit des Denkens stimmt nicht mit dem Inhalt des Denkens, der spekulativen Idee zusammen, denn deren Begriff vermochte Sokrates in dem ungebildeten Sklaven zu erwecken.²

Im richtigen Denken sind Notwendigkeit und Allgemeinheit mit der Freiheit verschränkt, so daß das richtig Gedachte für alle vernünftigen Wesen gilt. Damit tritt das Denken aber in Gegensatz zu der Partizipation der Denkenden an der Herrschaft. Davon, diesen Gegensatz durch Erhöhung der Produktivität der Arbeit aufzuheben, konnte schon Aristoteles träumen. »Wenn also die kapitalistische Anwendung der Maschinerie einerseits neue mächtige Motive zur maßlosen Verlängerung des Arbeitstages schafft und die Arbeitsweise selbst wie den Charakter des gesellschaftlichen Arbeitskörpers in einer Art umwälzt, die den Widerstand gegen diese Tendenz bricht, produziert sie andererseits, teils durch Einstellung dem Kapital früher unzugänglicher Schichten der Arbeiterklasse, teils durch Freisetzung der von der Maschine verdrängten Arbeiter, eine überflüssige Arbeiterpopulation [...], die sich das Gesetz vom Kapital diktieren lassen muß. Daher das merkwürdige Phänomen in der Geschichte der modernen Industrie, daß die Maschine alle sittlichen und natürlichen Schranken des Arbeitstages über den Haufen wirft. Daher das ökonomische Paradoxon, daß das gewaltigste Mittel zur Verkürzung der Arbeitszeit in das unfehlbarste Mittel umschlägt, alle Lebenszeit des Arbeiters und seiner Familie in dispoible Arbeitszeit für die Verwertung des Kapitals zu verwandeln. ›Wenn‹, träumte Aristoteles, der größte Denker des Altertums, ›wenn jedes

1 Aristoteles, *Metaphysik*, 1. Buch, 981 b, Hg. H. Seidl, Hamburg 1982.

2 Vgl. Platon, *Menon*, 82 a ff.

Werkzeug auf Geheiß, oder auch vorausahnend, das ihm zukommende Werk verrichten könnte, wie des Dädalus Kunstwerke sich von selbst bewegten oder die DreifüÙe des Hephästos aus eigenem Antrieb an die heilige Arbeit gingen, wenn so die Weberschiffe von selbst webten, so bedürfte es weder für den Werkmeister der Gehilfen noch für die Herren der Sklaven.«¹

Jede Produktion von Mehrprodukt setzt eine Distanz zu bloßer Natur und ist Realisierung von Freiheit. Sie setzt die selbständige Bestimmung des Willens der Produzenten, die Fähigkeit, Zwecke zu verfolgen, voraus, und ist darin eine Realisierung ihrer Freiheit, doch die Zwecke, die sie unter der Herrschaft verfolgen, sind nicht ihre Zwecke, sondern die der Herrschenden, durch die die Freiheit der Produzenten in die der Herrschenden verkehrt wird. In der kapitalistischen Produktionsweise, deren Zweck die Produktion von akumulierbarem Mehrwert ist, bekommt diese Verkehrung der Freiheit der Produzenten die Gestalt der Produktion von Produktivität. Die aber befreit die Produzenten nicht von der Mühseligkeit der Arbeit, denn in der kapitalistischen Produktionsweise ist die Produktion von Produktivität dem ökonomischen Zweck, der Produktion von akumulierbarem Mehrwert unterstellt, und den Lohnarbeitern werden die Mittel zu ihrer Reproduktion nur gewährt, wenn sie ihre Fähigkeit, Mehrwert zu produzieren, ihre Arbeitskraft, vom Kapital in Dienst nehmen lassen. Das Kapital, die in Gestalt des akkumulierten Mehrwerts realisierte Freiheit der Produzenten, ist zum Mittel der Herrschaft über sie als Lohnarbeiter geworden. »Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert [das Maß] des Gebrauchswerts. *Die Surplusarbeit der Massen* hat aufgehört, Bedingung für die Entwicklung des allgemeinen Reichtums zu sein, ebenso wie die *Nichtarbeit der Wenigen* für die Entwicklung der allgemeinen Mächte des menschlichen Kopfes. Damit bricht die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammen, und der unmittelbare materielle Produktionsprozeß erhält selbst die Form der Notdürftigkeit und Gegensätzlichkeit abgestreift. Die freie Entwicklung der Individualitäten, und daher nicht das Reduzieren der notwendi-

1 MEW 23, S. 430.

gen Arbeitszeit, um Surplusarbeit zu setzen, sondern überhaupt die Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen durch die für sie alle freigewordne Zeit und geschaffnen Mitteln entspricht.

Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch [dadurch], daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren strebt, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt. Es vermindert die Arbeitszeit daher in der Form der notwendigen, um sie zu vermehren in der Form der überflüssigen; setzt daher die überflüssige in wachsendem Maß als Bedingung – *question de vie et de mort* – für die notwendige. Nach der einen Seite hin ruft es also alle Mächte der Wissenschaft und der Natur wie der gesellschaftlichen Kombination und des gesellschaftlichen Verkehrs ins Leben, um die Schöpfung des Reichtums unabhängig (relativ) zu machen von der auf sie angewandten Arbeitszeit. Nach der andren Seite will es diese so geschaffnen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit und sie einbannen in die Grenzen, die erheischt sind, um den schon geschaffnen Wert als Wert zu erhalten. Die Produktivkräfte und gesellschaftlichen Beziehungen – beides verschiedene Seiten der Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums – erscheinen dem Kapital nur als Mittel und sind für es nur Mittel, um von seiner bornierten Grundlage aus zu produzieren.«¹

Der Maßstab der Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise ist dann nicht irgendein Ideal von Freiheit, sondern die real im Verwertungsprozeß des Kapitals fungierende Freiheit, mehr zu produzieren als zur einfachen Reproduktion notwendig ist. Diese Freiheit ist an sich maßlos und die Voraussetzung dafür, daß die Idee des Maßlosen, des Unendlichen adäquat von endlichen Wesen erfaßt werden kann, weil es eine sachliche Bestimmung der Subjekte selbst ist, ohne daß diese in den Genuß ihrer von ihnen praktizierten Freiheit kämen.

1 MEW 42, S. 601.

II. Über einige Schwierigkeiten, die Förderung des technischen Fortschritts aus ökonomischem Zwang zu bestimmen

Dem ersten Blick erscheint das von Marx angegebene Kriterium der Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft durch den Gebrauch der Maschinerie plausibel. »Ausschließlich als Mittel zur Verwohlfeilung des Produkts betrachtet, ist die Grenze für den Gebrauch der Maschinerie darin gegeben, daß ihre eigene Produktion weniger Arbeit kostet, als ihre Anwendung Arbeit ersetzt. Für das Kapital jedoch drückt sich diese Grenze enger aus. Da es nicht die angewandte Arbeit zahlt, sondern den Wert der angewandten Arbeitskraft, wird ihm der Maschinengebrauch begrenzt durch die Differenz zwischen dem Maschinenwert und dem Wert der von ihr ersetzten Arbeitskraft.«¹

Das Kriterium hat die Bedingung, daß der Wert der neuen Maschinerie durch das Maß der für sie aufgewendeten Arbeit, genauer: der für sie aufgewendeten Arbeitszeit bestimmt ist. Dieses Maß existiert nur dann, wenn die Maschinerie selbst nach einem methodisch geregelten Verfahren produziert ist. Das methodisch geregelte Verfahren der Produktion technologisch neuartiger Maschinerie ist aber selbst erst Resultat eines Prozesses, der nicht methodisch geregelt ist, und das gilt sowohl für die Erfindung wie für deren Umsetzung in ein industrielles Produktionsverfahren. Daß selbst geniale Erfinder nur wenig von ihrer Erfindung profitierten oder sogar mit ihr Bankrott machen, erklärt sich aus dieser Diskrepanz. »Wenn Maschinerie, Einrichtung der Baulichkeit, überhaupt das fixe Kapital eine gewisse Reife erlangt hat, so daß es für längere Zeit wenigstens in seiner Grundkonstruktion unverändert bleibt, so tritt eine ähnliche Entwertung ein, infolge von Verbesserungen in den Methoden der Reproduktion dieses fixen Kapitals. Der Wert der Maschinerie etc. sinkt jetzt, nicht weil sie rasch verdrängt oder in gewissem Grad entwertet wird durch neuere, produktivere Maschinerie, sondern weil sie jetzt wohlfeiler reproduziert werden kann. Es ist dies einer der Gründe, warum große Geschäftsanlagen oft erst in zweiter Hand florieren, nach dem der erste Besitzer Bankrott gemacht und der zweite, der sie wohlfeil angekauft, des-

1 MEW 23, S. 414.

halb von vornherein seine Produktion mit geringerer Kapitalauslage beginnt.«¹

Selbst angenommen, der Wert der neuen Maschinerie ließe sich bestimmen, und ihre Einführung richtete sich nach dem von Marx angegebenen Kriterium, so wäre doch der Produktwert nach der Einführung der neuen Maschinerie kleiner als vorher, und daß dieser kleinere Produktwert sich auf die gleiche oder eine größere Masse von Produkten verteilt, macht diese wohlfeiler und böte bei der Realisierung ihrer Werte einen Konkurrenzvorteil. Unerachtet dieses Vorteils wäre der in ihnen vergegenständlichte Produktwert, und a fortiori das in ihnen enthaltene Wertprodukt kleiner als in den Resultaten der technisch weniger entwickelten Produktion. Den ökonomischen Antrieb, das neue Produktionsverfahren gleichwohl einzuführen, sieht Marx in der Differenz von individuellem und gesellschaftlichem Wert, wobei der individuelle Wert offenbar der Produktwert ist, der an dem Aufwand von Arbeitszeit orientiert ist. »Die Maschinerie produziert relativen Mehrwert, nicht nur, indem sie die Arbeitskraft direkt entwertet und dieselbe indirekt durch Verwohlfeilerung der in ihre Reproduktion eingehenden Waren verwohlfeilert, sondern auch, indem sie bei ihrer ersten sporadischen Einführung die vom Maschinenbesitzer verwandte Arbeit in potenzierte Arbeit verwandelt, den gesellschaftlichen Wert des Maschinenprodukts über seinen individuellen Wert erhöht und den Kapitalisten so befähigt, mit geringem Wertteil des Tagesprodukts den Tageswert der Arbeitskraft zu ersetzen. Während dieser Übergangsperiode, worin der Maschinenbetrieb eine Art Monopol bleibt, sind daher die Gewinne außerordentlich, und der Kapitalist sucht diese ›erste Zeit der jungen Liebe‹ gründlichst auszubeuten durch möglichste Verlängerung des Arbeitstags. [...] *Mit der Verallgemeinerung der Maschinerie im selben Produktionszweig sinkt der gesellschaftliche Wert des Maschinenprodukts auf seinen individuellen Wert und macht sich das Gesetz geltend, daß der Mehrwert nicht aus den Arbeitskräften entspringt, welche der Kapitalist durch die Maschine ersetzt hat, sondern umgekehrt aus den Arbeitskräften, welche er an ihr beschäftigt.* Der Mehrwert

1 MEW 25, S. 124. Ein anschauliches Beispiel für diesen Vorgang findet sich in der Schilderung des technisch erfolgreichen, ökonomisch aber ruinösen Versuchs der Verbesserung von Produktionsverfahren durch David Séchard. Honoré de Balzac, Illusions Perdues.

entspringt nur aus dem variablen Teil des Kapitals, und wir sahen, daß die Masse des Mehrwerts durch zwei Faktoren bestimmt ist, die Rate des Mehrwerts und die Anzahl der gleichzeitig beschäftigten Arbeiter. Bei gegebener Länge des Arbeitstags wird die Rate des Mehrwerts bestimmt durch das Verhältnis, worin der Arbeitstag in die notwendige und Mehrarbeit zerfällt. Die Anzahl der gleichzeitig beschäftigten Arbeiter hängt ihrerseits ab von dem Verhältnis des variablen Kapitalteils zum konstanten. Es ist nun klar, daß der Maschinenbetrieb, wie er immer durch Steigerung der Produktivkraft der Arbeit die Mehrarbeit auf Kosten der notwendigen Arbeit ausdehne, dies Resultat nur hervorbringt, indem die Anzahl der von einem gegebenen Kapital beschäftigten Arbeiter vermindert. Er verwandelt einen Teil des Kapitals, der früher variabel war, d. h. sich in lebendige Arbeitskraft umsetzte, in Maschinerie, also in konstantes Kapital, das keinen Mehrwert produziert. Es ist unmöglich, z. B. aus zwei Arbeitern soviel Mehrwert auszupressen als aus 24.«¹ (Hervorhebung P.B.).

Die Differenz von individuellem und gesellschaftlichem Wert wird so zur ökonomischen Triebkraft der technischen Innovation. Sollte sie quantifiziert werden, so müßten beide Werte ein gemeinsames Maß haben, und das könnte nur das der aufgewendeten Arbeitszeit sein, die sofort die Differenz verschwinden ließe und den gesellschaftlichen auf den individuellen Wert reduzierte, der unter dem Wert vor Einführung der neuen Produktionsverfahren läge. »Es liegt also in der Anwendung der Maschinerie zur Produktion von Mehrwert ein immanenter Widerspruch, indem sie von den beiden Faktoren des Mehrwerts, den ein Kapital von gegebener Größe liefert, den einen Faktor, die Rate des Mehrwerts, nur dadurch vergrößert, daß sie den andren Faktor, die Arbeiterzahl, verkleinert. Dieser immanente Widerspruch tritt hervor, sobald mit der Verallgemeinerung der Maschinerie in einem Produktionszweig der Wert der maschinenmäßig produzierten Ware zum regelnden gesellschaftlichen Wert aller Waren derselben Art wird, und es dieser

1 MEW 23, S. 428 f. Marx führt hier eine Bestimmung des individuellen und des gesellschaftlichen Werts ein, die der von MEW 23, S. 336 entgegengesetzt ist. – Die ökonomische Funktion des Patentrechts liegt nicht darin, die Interessen der Erfinder zu schützen, sondern darin, die Differenz von individuellem und gesellschaftlichem Wert zu garantieren, der sonst, wegen der Reproduzierbarkeit der neuen Produktionsmaschinerie, mit deren Einführung verschwände.

Widerspruch, der wiederum das Kapital, ohne daß es sich dessen bewußt wäre [...], zur gewaltsamen Verlängerung des Arbeitstags treibt, um die Abnahme in der verhältnismäßigen Anzahl der exploitierten Arbeiter durch Zunahme nicht nur der relativen, sondern auch der absoluten Mehrarbeit zu kompensieren.«¹

Dieser Widerspruch, dessen fatale Folgen für diejenigen, die gezwungen sind, sich als Produzenten von Werten zu betätigen, Marx notiert hat, hat seinen Grund in der Maßlosigkeit der Differenz von individuellem und gesellschaftlichem Wert, die den gesellschaftlichen Wert selbst als maßlos bestimmt. Mit dem Begriff des gesellschaftlichen Werts geht die Kritik der politischen Ökonomie über in die Spekulation über die gesellschaftliche Manifestation der Freiheit, deren verkehrte Bestimmung durch die kapitalistische Produktionsweise in deren konsequenter theoretischer Darstellung als unlösbarer Widerspruch erscheint.

1 MEW 23, S. 429 f.

Hans-Georg Bensch

Grundrente und Mehrwert

Vorbemerkung

Der Abschnitt zur Grundrente am Ende des dritten Bandes des *Kapitals*¹ ist in der Literatur vergleichsweise wenig behandelt worden. In ihm werden wieder die berühmten Marxschen Rechenbeispiele präsentiert, so daß die grundsätzliche Bedeutung der Grundrente leicht aus dem Blick geraten kann. Auch scheint es so, als wenn Marx selbst an den Bestimmungen der Grundrente und damit an der Fertigstellung des *Kapitals* (Band III) gescheitert sei. Denn die Manuskripte zur Grundrente stammen aus der ersten Hälfte der sechziger Jahre, die siebziger Jahre hindurch studierte Marx die Geschichte des russischen Grundeigentums, ohne – soweit bekannt ist – noch einmal systematisch am Begriff der Grundrente zu arbeiten.

Die im Rahmen der MEGA 1992 erschienenen Marxschen Manuskripte² zum dritten Band des *Kapitals* liefern wichtige Einblicke in den Stand seiner Forschung. Wenn in diesem Aufsatz der Begriff der Grundrente knapp entwickelt werden soll, geht es nicht darum, durch den Vergleich der Manuskripte mit deren Engelsscher Bearbeitung letztere zu kritisieren, sondern anhand der Brüche und Widersprüche der Texte beider Ausgaben Hinweise auf sachliche Probleme zu erhalten, anhand derer das Material auf der Grundlage des Kapitalbegriffs geordnet werden kann. Eine detaillierte Darstellung der Grundrente steht nach wie vor aus.³

Ohne die Theorie der Grundrente bleibt die Kritik der politischen Ökonomie Fragment. Mit dem *Kapital* beansprucht Marx die

1 Die im Text auftretenden Seitenzahlen und Kapitelbezeichnungen beziehen sich auf *Das Kapital*, Dritter Band, MEW 25.

2 Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA), Band 4.2 der II. Abteilung, Berlin 1992, im folgenden auch: Manuskripte.

3 Daran ändert auch die richtig intendierte Arbeit von B. Dämpfung *Die Marxsche Theorie der Grundrente*, Hamburg 1985, – auf die im folgenden noch einzugehen ist – nichts.

Produktion von Reichtum zu erklären, ohne die theoretische Prämisse des Äquivalententauschs zu verletzen. Pendant zum Äquivalententausch, der als solcher das gemeinsame Dritte als objektiv gegeben voraussetzt, ist die ideologische – bürgerlich-juristische – Vorstellung des gerechten Tauschs, der nur die subjektive Einigung der Kontraktierenden voraussetzt. Selbst wenn der Äquivalententausch sich nach den ersten Kapiteln des dritten Bandes des *Kapitals* als durch den allgemeinen Durchschnittsprofit modifiziert erweist, basiert die Produktion von Reichtum auch dann nicht auf Raub oder Betrug, sondern auf der Exploitation der Ware Arbeitskraft, und diese Exploitation widerspricht den Gesetzen des Waren-tauschs nicht.¹ Erst dann, wenn das gegebene und notwendige Produktionsmittel einer jeden Produktion, der Boden, der selbst kein Resultat von Arbeitsprozessen, ergo nicht wertbestimmt ist, in die Preisbestimmung der Waren aufgenommen wird, scheint das »Gesetz des Werts«, das den Leitfaden der Argumentation abgibt, verletzt zu sein. Damit steht und fällt die Kritik der politischen Ökonomie mit der Theorie der Grundrente.²

Allgemeine Bestimmung der Grundrente

Der »Pächter-Kapitalist zahlt dem Grundeigentümer, dem Eigentümer des von ihm exploitierten Bodens, in bestimmten Terminen, z. B. jährlich, eine kontraktlich festgesetzte Geldsumme (ganz wie der Borger von Geldkapital bestimmten Zins) für die Erlaubnis, sein Kapital in seinem besonderen Produktionsfeld anzuwenden. Diese Geldsumme heißt Grundrente, einerlei ob sie von Ackerboden, Bauterrain, Bergwerken, Fischereien, Waldungen usw. gezahlt werde. Sie wird gezahlt für die ganze Zeit, während deren

1 Damit ist eine Kritik an der herrschenden Produktionsweise, die mit Recht und Unrecht: ((Un-)gerechter Lohn, (un-)gerechte Verteilung, (un-)fairer Handel etc.) argumentiert, haltlos, denn sie akzeptiert bereits die Grundlage dieser Produktionsweise, das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln, obwohl an dessen vernünftiger Begründung noch alle gescheitert sind. Die Kritik hat den Zweck der Produktionsweise zum Gegenstand. Vernunftbegabte Wesen können die Zwecke, denen sie nachzukommen haben, nicht als die ihren einsehen.

2 Marx selbst war sich der Bedeutung der Grundrente bewußt, denn er schrieb an Engels im Brief vom 9.8.1862: »Das Einzige, was ich theoretisch zu beweisen habe, ist die Möglichkeit der absoluten Rente, ohne das Gesetz des Werts zu verletzen.« Ob damit die Aufgabe richtig gestellt ist, hat sich zu erweisen.

kontraktlich der Grundeigentümer den Boden an den Pächter verliehen, vermietet hat. Die Grundrente ist also hier die Form, worin sich das Grundeigentum ökonomisch realisiert, verwertet. Wir haben ferner hier alle drei Klassen, welche den Rahmen der modernen Gesellschaft konstituieren, zusammen und einander gegenüber – Lohnarbeiter, industrieller Kapitalist, Grundeigentümer.« (S. 631/632)

Der Pächterkapitalist muß also durch den Verkauf seiner Waren, die er auf bzw. mit dem Boden hat produzieren lassen, über eine Summe Geld – einen Surplusprofit – verfügen, die es ihm erlaubt, den Kontrakt mit dem Grundeigentümer zu erfüllen. Wie kommt aber der Kapitalist zu dieser Summe Geld, zu einem Surplusprofit, wenn Marx zugleich betont: Die »Produkte, die eine solche Rente [zu] zahlen« (S. 653) erlauben, sollen zu ihren Produktionspreisen verkauft werden? »D. h. ihre Verkaufspreise sind gleich ihren Kostenelementen (dem Wert des aufgezehrten konstanten und variablen Kapitals) plus einem Profit, bestimmt durch die allgemeine Profitrate ...« (S. 653)¹ Damit ist die allgemeine Voraussetzung der Analyse der Grundrente genannt und die Frage gestellt: Ist bereits aller Mehrwert unter den verschiedenen Kapitalistenfraktionen aufgeteilt oder nicht, und welche Konsequenzen hat die eine oder die andere Antwort für die Erklärung der Grundrente? Dies ist die Frage, die Marx jedoch nicht mehr hat lösen können. Auch nach der Engelsschen Bearbeitung ist der Text nicht mehr als ein Rohentwurf. Zwar enthält er oft die richtigen Fragen, ja sogar die Elemente einer Lösung, da aber ebenso häufig falschen Fährten nachgegangen wird, bleibt diese Fassung der Theorie der Grundrente widersprüchlich.

Mit der Grundrente wird die dritte und letzte Form des Profits analysiert. Nach Zins und Unternehmergeinn, den Einkommensquellen der Kapitalisten, ist die Grundrente die Einkommensquelle des Grundeigentümers. Da Wert und Mehrwert nichts sind als vergegenständlichte Arbeit bzw. Mehrarbeit und die gesamtgesellschaftliche Mehrwertmasse gleich der gesamtgesellschaftlichen Profitmasse ist, die einzig vom industriellen Kapital, genauer in dessen

¹ Mit dieser von Marx gesetzten Klammerbemerkung wird angemerkt, daß die Pacht bzw. Rente kein Teil des Kostpreises ist. Der Kostpreis bleibt wie im ersten Kapitel des dritten Bandes bestimmt. Vgl. MEGA II/4.2, S. 753.

produktiver Phase produziert wird, ist also die Frage, auf welche Weise das Grundeigentum an dieser Mehrwertmasse partizipiert, wenn es an ihr partizipiert. Mit dieser Eingangsbemerkung sind bereits alle Kapitalbestimmungen vorausgesetzt, obwohl es Rente bereits in vorkapitalistischer Zeit gab, wie Marx im Kapitel *Genesis der kapitalistischen Grundrente*¹ ausführt. Die vorkapitalistischen Formen der Rente, Arbeitsrente, Produktenrente, Geldrente sind nichts als Mehrarbeit bzw. Mehrprodukt und sollen streng von der kapitalistischen Grundrente geschieden werden.² Damit gibt bereits der Titel »Grundrente und Mehrwert« einen Hinweis auf eine Kritik an Marx. Während Marx verstreut in den drei Bänden des *Kapitals* immer mal wieder erwähnt, daß Profit, Zins und Grundrente die Formen des Mehrwerts seien,³ so muß es aussehen, als sei die Bestimmung des Verhältnisses von Mehrwert und Grundrente kein Problem. Jedoch gibt die von Marx gewählte Überschrift des Grundrentenabschnitts einen Hinweis darauf, daß es so einfach nicht ist, sie lautet bekanntlich »Verwandlung von Surplusprofit in Grundrente«. Ist denn jeder Surplusprofit Mehrwert, ist der Ursprung von Surplusprofit immer ein und derselbe, gibt es nur eine Art von Surplusprofit? Ist Rente nur zu fassen über den Eigentumstitel an Boden, oder drückt sich dessen Bestimmung als Produktbildner ebenfalls in Rente aus?

1 MEW 25, Kap. 47, S. 790 ff, in den Manuskripten, a. a. O., ohne gesonderte Kapiteleinteilung, S. 723 ff.

2 Da der Durchschnittsprofit, der kapitalistische Produktionsweise unterstellt, nichts als Mehrwert ist, werfen zwei Formulierungen aus dem 47. Kap. ein Licht auf das Problem des Verhältnisses von Mehrwert und Grundrente. Da heißt es: »In der reinen Form stellt diese Rente, wie Arbeits- und Produktenrente, keinen Überschuß über den Profit dar« (S. 806) und auch z. B.: »Auf dem traditionellen Weg kann also die Rente als Überschuß über den Durchschnittsprofit nicht erklärt werden.« (S. 810)

3 So z. B. in MEW 23, S. 589: »Der Mehrwert spaltet sich daher in verschiedene Teile. Seine Bruchstücke fallen verschiedener Kategorien von Personen zu und erhalten verschiedene, gegeneinander selbständige Formen, wie Profit, Zins, Handelsgewinn, Grundrente usw. Diese verwandelten Formen des Mehrwerts können erst im Dritten Buch behandelt werden.«

Allgemeine Form der Differentialrente (Wasserfallbeispiel)

Böden sind natürlich unterschieden. Diese Feststellung, so trivial wie richtig, ist nun am Ende des dritten Bandes, nach den Marx'schen Einleitungsbemerkungen zum Abschnitt zur Grundrente, Prämisse der Argumentation. Ohne ein Modell, wie etwa das von Marx gewählte Wasserfallbeispiel¹ läßt sich überhaupt nicht auf Rente in ihren besonderen Gestalten schließen. Die Besonderheit ist hier wie im folgenden, daß der schlechtest profitable bebaute Boden – und nicht der von durchschnittlicher Bonität – den den Markt regulierenden Produktionspreis abgibt. Diese Annahme ist den vorherigen Argumentationen in *Kapital* I-III entgegengesetzt. Denn dort mußte der Produktionspreis einer Ware als Preis einer technisch durchschnittlichen Produktion einer diese Ware produzierenden Sphäre angenommen werden. Warum nun diese neue Annahme? In allen vorherigen Kapiteln und deren Argumentationen war von Fruchtbarkeit und Lage kaum die Rede²; vom Boden, dessen Preis bzw. dessen Pacht wurde abstrahiert, weil der Boden kein Arbeitsprodukt ist und deswegen auch nicht in die Wertbestimmung als Basis der Preisbestimmung der Waren eingehen kann. Wird nun der Boden in die Argumentation aufgenommen und er muß aufgenommen werden, da alle Produktion Boden braucht, – als

1 Vgl. MEW 25, S. 654. Die Bedeutung dieses Modells unterschätzt Dämpfing, a. a. O., S. 100, völlig, er qualifiziert es als unrealistischen Einzelfall ab und setzt seine Interpretation dieser Marx'schen Passage ans Ende seiner Untersuchung, ohne sich Rechenschaft darüber abzugeben, ob es Argumente dafür geben könnte, warum Marx dieses Modell an den Beginn des Abschnitts stellt.

2 Die allerersten Bemerkungen zur Produktivkraft der Arbeit mit bezug auf den Warenwert im ersten Band des *Kapitals* enthalten den Hinweis auf die Bedeutung von Naturbedingungen für die Produktivkraft der Arbeit wie z. B. klimatische Verhältnisse, Witterungsumstände etc. Diesen Naturbedingungen, die Einfluß auf die Produktivkraft der Arbeit haben, ist gemeinsam, daß sie gegeben sind und von Marx dort nicht unter dem Eigentumsaspekt betrachtet werden können, da eine Differenz von Ware und Warenform erst nach dem Begriff der Ware bestimmt werden kann – ganz abgesehen davon, ob sie überhaupt monopolisierbar sind. Als solche Naturbedingungen der Produktivkraft der Arbeit bleiben sie selbstverständlich auch bei der Behandlung der Grundrente in kraft, ohne aber das Spezifische der Grundrente in irgendeiner Weise zu tangieren.

Selbst die Erwähnung von »reichhaltigen« und »armen Minen«, von günstigen Jahreszeiten, die beispielsweise eine doppelte Kornmenge ermöglichen, im 1. Kap. des ersten Bandes (MEW 23, S. 54), dienen nur zur Einführung des Begriffs »Produktivkraft der Arbeit«, die zwar von natürlichen Bedingungen bestimmt ist, von denen aber bis zum Abschnitt *Grundrente* abstrahiert wird.

Ort der Produktion allemal oder als Produktionsmittel wie in der extraktiven Industrie oder der Agrarindustrie – gilt der schlechtest profitabel genutzte Boden als den Produktionspreis bestimmend. Dies, weil beim schlechtest profitabel bebauten Boden die Wirkung der Natur auf die Produktmenge pro Kapitalvorschuß = 0 gesetzt ist. Und nur dann wenn die Wirkung der Natur auf die Produktmenge = 0 gesetzt ist, kann die Ware als vergegenständlichte Arbeit aufgefaßt werden, d.i. Wert. Ein noch schlechterer Boden, der Lage oder der Fruchtbarkeit nach, würde Abzug vom Durchschnittsprofit bedeuten, was kein Kapitalist auf Dauer sich erlauben kann. Ein besserer Boden bringt pro Kapitalvorschuß mehr Produkt – ein Differenzproduktquantum, das nach den bisher genannten Bestimmungen preisbestimmt aber nicht wertbestimmt ist, da allein die Arbeit wertbildend ist, nicht aber die Natur.

Der allgemeine Charakter der Rente tritt unter folgender exemplarischen Voraussetzung hervor: Die Mehrzahl der Fabriken wird durch Dampfkraft betrieben, einige jedoch durch natürliche Wasserfälle. Es ist klar, daß unter solch einer Annahme die Ausgaben für konstantes Kapital, genauer für Maschinerie, in den so unterschiedenen Fabriken differieren. Gemäß den Elementen der Maschinerie¹ wären die Ausgaben für Arbeits- bzw. Werkzeugmaschinen gleich, die für den Transmissionsmechanismus ebenso, wengleich sich der bereits technisch unterscheiden mag, für die Bewegungsmaschine dagegen mußten die mit Dampfkraft arbeitenden Fabriken auf dem Warenmarkt zahlen, während die durch natürliche Wasserfälle gespeisten diese besondere Gabe der Natur gratis nutzen.

Anhand eines Zahlenbeispiels kann sich ergeben, »daß der Kostpreis in den Fabriken, die durch Wasserkraft getrieben werden, nur 90 statt 100 betrage. Da der den Markt regulierende Produktionspreis der Masse dieser Waren = 115, mit einem Profit von 15%, so werden die Fabrikanten, die ihre Maschinen mit Wasserkraft treiben, ebenfalls zu 115 verkaufen, d. h. zu dem den Marktpreis regulierenden Durchschnittspreis. Ihr Profit betrüge daher 25 statt 15; der regulierende Produktionspreis erlaubte ihnen einen Surplusprofit von 10% zu machen, nicht weil sie ihre Waren über, sondern

1 MEW 23, S. 393.

weil sie sie zu dem Produktionspreis verkaufen, weil ihre Waren produziert werden oder ihr Kapital fungiert unter ausnahmsweis günstigen Bedingungen, Bedingungen, die über dem Durchschnittsniveau der in dieser Sphäre herrschenden ständen.« (S. 654)

Der Surplusprofit, den der Kapitalist, der die Wasserkraft nutzen kann, unterscheidet sich in einer Hinsicht überhaupt nicht vom Surplusprofit, der bisher bekannt ist, er entspringt aus »der Differenz zwischen dem individuellen Produktionspreis dieser begünstigten Produzenten und dem allgemeinen gesellschaftlichen, den Markt regulierenden Produktionspreis dieser ganzen Sphäre.« (S. 654) Als Ursache des Extraprofits erscheint eine höhere Produktivkraft der Arbeit; der Kapitalist hat qua Kapitalvorschuß weniger Arbeit, dead or alive, zu aktivieren, um dasselbe Produktquantum produzieren zu lassen.

»Aber jetzt kommt der Unterschied.« (S. 656) Der Grund der erhöhten Produktivkraft der Arbeit ist bei dem Fabrikanten, der den Wasserfall nutzen kann, eine nicht verallgemeinerbare Naturkraft; eine Naturkraft, die da ist, die nicht erzeugt ist, aber auch ortsgebunden ist. In diesem Modell ist bei allen Produzenten die Produktivkraft technisch und arbeitsorganisatorisch betrachtet gleich angenommen. Deswegen kann Marx formulieren: »Der Besitz dieser Naturkraft bildet ein Monopol in der Hand ihres Besitzers, eine Bedingung hoher Produktivkraft des angelegten Kapitals, die *nicht durch den Produktionsprozeß des Kapitals selbst hergestellt werden kann*; diese Naturkraft, die so monopolisierbar ist, haftet immer an der Erde.« (S. 658, Hervorhebung H.-G. B.).

»Der Surplusprofit, der aus dieser Benutzung des Wasserfalls entspringt, entspringt daher nicht aus dem Kapital, sondern aus der Anwendung einer monopolisierbaren und monopolisierten Naturkraft durch das Kapital. Unter diesen Umständen verwandelt sich der Surplusprofit in Grundrente.« (S. 659)¹

1 Diese Verwandlung geschieht unabhängig davon, ob der industrielle Kapitalist Eigentümer oder Pächter dieser Naturbesonderheit ist. Ist er Pächter, hat er den Pachtzins an den Grundeigentümer mittels des erzielten Surplusprofits abzuführen und erhält nach dem Verkauf seiner verbleibenden Waren deren Produktionspreis, d.i. Kostpreis plus Durchschnittsprofit; ist er Eigentümer, realisiert er durch den Verkauf seiner Waren mehr als den Produktionspreis. Er erzielt auf dem Warenmarkt einen Surplusprofit für den Teil seines Gesamtproduktes, das als Gratisprodukt der Natur ausgedrückt werden kann. Eine Marxsche Formulierung, die mit diesem leicht mißzuverstehenden Ausdruck kompatibel ist, lautet: »Gratisnaturproduktivkraft

Alle Versuche, diese exemplarische Konstruktion einer Rente, die bereits dem Begriffe nach Differentialrente ist, gemäß den früheren Bestimmung von Wert und Preis der Waren zu interpretieren, gelangen nicht zum Phänomen der Grundrente – genauer: der Differentialrente. Würde die von diesen Kapitalisten produzierte Produktenmenge nur als Resultat von Arbeit gefaßt, bloß als Produktenwert, ergebe sich aufgrund unterschiedlicher Produktivkraft der Arbeit der Betriebe ein Surplusprofit des einen auf Kosten des andern. Das wäre der Surplusprofit mit dem vorher immer argumentiert worden ist. Die entscheidende Differenz innerhalb des Begriffs der Produktivkraft der Arbeit, – entweder technisch und arbeitsorganisatorisch bestimmt oder Produktivkraft der Arbeit aufgrund einer monopolisierbaren und monopolisierten Naturkraft – ginge verloren. Erst diese Differenz erlaubt die Konstruktion eines solchen Modells, bei dem das Niveau der Produktivkraft der Arbeit technisch und arbeitsorganisatorisch gleich ist, bei dem aber dennoch ein Surplusprofit auftritt, und zwar einer, der nicht auf Kosten der Konkurrenz in dieser Sphäre geht. Und trotzdem hätten alle Kapitalisten nur ihren Unternehmervergewinn, nicht mehr aber auch nicht weniger, denn dieser neue Surplusprofit gibt nur den Fonds ab, aus dem der Grundeigentümer bezahlt werden kann. Der Versuch, das Produkt, das unter ausnahmsweise günstigen Naturbedingungen produziert wurde, als Produkt von bloß höherer Produktivkraft der Arbeit aufzufassen, – im Sinne von: mit weniger Arbeit gleiches Produkt, – verstößt gegen die Konsequenz der Prämisse von den natürlich unterschiedenen Böden; der Konsequenz, daß es sich um einen Surplusprofit handelt, der nicht auf Kosten der Konkurrenten geht. Denn bei begrenztem Marktumfange ermöglicht die höhere Produktivkraft der Arbeit des einen Betriebs einen Surplusprofit auf Kosten der anderen.¹ Hier ist zwar der Markt auch begrenzt, er muß aber so groß angenommen werden, daß er auch das Produkt zum Produktionspreis aufnimmt, das ohne die monopolisierbare und monopolisierte Naturkraft produziert wurde, d. h. zu unterdurchschnittlichen Bedingungen.

der Arbeit« (S. 754). Daß unabhängig davon die Rede von »Verwandlung« nicht unproblematisch ist, wird später Gegenstand sein.

¹ Vgl. MEW 23, S. 336/337.

Als Beleg für die Richtigkeit dieser Interpretation kann eine Marxsche Bemerkung zum Surplusprofit dienen: »Wenn wir hier von Surplusprodukt sprechen, so ist darunter immer zu verstehen der aliquote Teil des Produkts, worin sich der Surplusprofit darstellt. Sonst verstehn wir unter Mehrprodukt oder Surplusprodukt den Produktenteil, worin sich der Gesamtmehrwert, oder auch in einzelnen Fällen derjenige, worin sich der Durchschnittsprofit darstellt. Die spezifische Bedeutung, die das Wort beim Rente tragenden Kapital erhält, gibt, wie früher gezeigt, zu Mißverständnissen Anlaß.« (S. 705). Diese spezifische Bedeutung des Surplusprodukts, das sich dann in Surplusprofit darstellt, hat, ergibt sich dadurch, daß hier der Boden nicht nach der Seite des Eigentumseins, sondern nach der des Produktbildnerseins unter kapitalistischen Bedingungen betont wird.¹

Das Produktquantum, das für die Erklärung des Phänomens Grundrente nicht einfach als Resultat der Arbeit aufgefaßt werden darf, ist erstens da und zweitens preisbestimmt. Damit geht ein preisbestimmtes Produktquantum in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß ein, dem kein Wertäquivalent korrespondiert. Da aber für dieses Produktquantum ein Preis gezahlt worden ist, ist gesamtgesellschaftlich die Preissumme größer als die Wertsomme.² Diese höhere Preissumme kann nur die Marktpreissumme sein,³ denn gemäß den Bestimmungen des Wertgesetzes ist die Produktionspreissumme gesamtgesellschaftlich gleich der Wertsomme.⁴

1 Angedeutet wird die spezifische Bedeutung in der Formulierung auf S. 654: »Der Surplusprofit der Produzenten, die den natürlichen Wasserfall als Triebkraft anwenden, verhält sich *zunächst* wie aller Surplusprofit (und wir haben diese Kategorie bereits entwickelt bei der Darstellung der Produktionspreise), der nicht zufälliges Resultat von Transaktionen im Zirkulationsprozeß, von zufälligen Schwankungen der Marktpreise ist.« Die Klammerbemerkung findet sich ebenfalls in den Manuskripten, a. a. O., S. 754 (Hervorhebung H.-G. B.); dies »zunächst« gilt bis zur Formulierung »Aber jetzt kommt der Unterschied« (S. 656).

2 »Es ist bei der Differentialrente überhaupt zu bemerken, daß der Marktwert immer über dem Gesamtproduktionspreis der Produktenmasse steht.« MEW 25, S. 673.

3 Daß die Marktpreissumme (gesamtgesellschaftlich) größer sein kann als die gesamtgesellschaftliche Produktionspreissumme ist nicht spektakulär, da bereits in MEW 23 auf so aparte Gegenstände wie Ehre und Gewissen, die ihren Preis haben, ohne daß sie einen Wert haben, hingewiesen worden ist; das gleiche gilt für Kunstwerke, Antiquitäten etc. Mit dem Abschnitt über den Zins ist die Differenz von (Markt-) Preissumme und Wertsomme offenbar, da Zins künftigen Mehrwert antizipiert.

4 Vgl. MEW 25, S. 152 f. und S. 175.

Und dennoch steckt in diesem »Wasserfallbeispiel«, das genauso als eines der außergewöhnlich günstigen Verkehrsanbindung¹ konstruiert werden könnte, das entscheidende Problem. Auf wessen Boden produzieren die Kapitalisten, die diesen monopolisierbaren und monopolisierten Vorteil nicht nutzen können? Wenn auf dem eigenen, müssen sie diesen zu einem Preis erworben haben, aber zu welchem? Wenn auf fremden, wie sollten sie fähig sein, Rente zu zahlen, ohne weniger als den Durchschnittsprofit – genauer: ihren Anteil an demselben – den Unternehmergewinn, die *conditio sine qua non* ein Geschäft zu betreiben, zu erzielen? Mit diesen Fragen ist bereits das Problem der absoluten Rente formuliert, das nach der genaueren Behandlung der Differentialrente gelöst werden kann.

Momente der Rente

Lage und Fruchtbarkeit sind die beiden Momente, die die Verwertung des Grundeigentums bestimmen. Dennoch sind sie nicht gleichrangig. Die Lage ist einzig relational zu bestimmen. Was gute Lage im Gegensatz zu schlechter Lage ist, ist abhängig von der Entwicklung des Transportwesens, der Infrastrukturentwicklung, vom Entstehen und Vergehen der Prosperität ganzen Regionen; die Güte der Lage wechselt.² Dagegen hat die Fruchtbarkeit i.S. von Bodenqualität, obwohl auch sie ökonomisch immer relativ ist, ein objektives gegebenes Korrelat. Technisch mag es möglich sein, in der Arktis Bananen zu produzieren, ökonomisch ist es z. Zt. unmöglich. Solange die Industrie aber auf extraktive Industrie angewiesen ist, gibt es immer bestimmte Gegenden auf der Welt, in denen dieses oder jenes Erz einfach nicht vorkommt. Eine solche Produktion ist aus natürlichen Gründen technisch unmöglich.

Selbst wenn zugestanden wird, das mit weiterer technischer Entwicklung das Moment der Fruchtbarkeit in den Hintergrund tritt,

1 Trotz der Unterschiede von Fruchtbarkeit und Lage, den Momenten der Rente, muß solch ein Beispiel mit den Bestimmungen der Transportarbeit aus dem zweiten Band des *Kapitals* auch mit unterschiedlicher Lage konstruiert werden können. (Vgl. MEW 24, S. 151). Auch dies gegen Dämpfling, der die Bestimmungen Fruchtbarkeit und Lage in der Konsequenz auf Industrie (Lage) und Agrikultur (Fruchtbarkeit) verteilt, vgl. a. a. O., S. 100 ff.

2 Vgl. MEW 25, S. 664.

können beide Momente bezogen auf die Rente sowohl als sich kompensierend als auch einander potenzierend aufgefaßt werden.¹

Die Analyse der Grundrente hat jedoch unter vereinfachten Prämissen die reine Form zu entwickeln, und zwar so weit zu entwickeln, bis materielle Bestimmungen der kapitalistischen Produktionsweise erzwungen werden, mit denen nachgewiesen werden kann, daß das Kapital, das sich als absolutes Wesen gebärdet, so als ob es alle seine Voraussetzungen setze, seiner Anmaßung überführt wird, die darin resultiert »die Springquellen allen Reichtums zu untergraben [...]«²

Differentialrente I (Modell)

»Nachdem wir so den allgemeinen Begriff der Differentialrente festgesetzt, gehen wir nun zur Betrachtung derselben in der eigentlichen Agrikultur über. Was von ihr gesagt wird, gilt im ganzen auch für Bergwerke« (S. 661). Und es gilt nicht nur für Bergwerke, sondern ebenso für Bauterrain; Bauterrain, das von jedem industriellen Kapitalisten für seine Produktion benötigt wird.³

»Wir betrachten zuerst die ungleichen Ergebnisse gleicher Mengen von Kapital, angewandt auf verschiedene Ländereien von gleichem Umfang; oder, bei gleichem Umfang, die Ergebnisse berechnet auf gleich große Bodenfläche.« (S. 663)

Der Unterschied zu dem Kapitel, in dem das Wasserfallbeispiel präsentiert wurde, ist damit, daß nun unterschiedene (agrikole) Kapitale in Hinblick auf unterschiedlich große Surplusprofite, die sich in Grundrente verwandeln, untersucht werden und nicht mehr der Fall: ein Kapital mit naturgegebenem Vorteil im Gegensatz zu allen anderen Kapitalen gleicher Sphäre.

Zur Vereinfachung wird von der Lage abstrahiert. Es werden vier Bodenarten mit je höherer Fruchtbarkeit (A, B, C, D) angenommen (vgl. S. 665), die proportional ihrer Größe unterschiedli-

1 Vgl. ebda.

2 MEW 23, S. 530.

3 Vgl. MEW 25, Kap. 46, S. 782. Die zentrale Bedeutung dieses Kapitels verschwindet hinter der detaillierten aber auch oft mißverständlichen oder falschen Darstellung der Grundrente in der Landwirtschaft!

che Mengen gleicher Produkte pro eingesetztes Kapital liefern. Das hieße, das Produkt auf Boden A, dem schlechtesten bebauten Boden, zahlt keine Grundrente, es wird zum Produktionspreis verkauft.

Das ruhige Nebeneinander der vier Bodenarten gibt den Ausgangspunkt der Untersuchung der Entwicklung der Bodenrente ab. Die Differentialrente kann sich in aufsteigender oder absteigender Reihenfolge darstellen (vgl. S. 665); soll heißen: Unter welchen Bedingungen wird weniger fruchtbarer Boden in Bebauung genommen, und wann wird er brachgelegt. In solch einem Modell wäre es gleichgültig, ob sich ein Pächter auf Boden B, C, oder D engagiert, alle drei Bodenarten lieferten ein wenn auch unterschiedlich großes Differenzproduktquantum, das die nach Bodenarten gestaffelte Rente zu zahlen erlaubte, und dennoch erzielten sie ihren Unternehmergewinn. Wieder bliebe der schlechtest bebaute Bodens – der Boden A –, der selbstverständlich einen Eigentümer hat, das Problem.

Die Bedeutung der Agrikultur im Marxschen Text

Bevor die absolute Rente untersucht wird, bedarf es einiger Bemerkungen zur Funktion der Agrikultur im Marxschen Text.¹

Marx überschätzt im gesamten Abschnitt zur Grundrente die Bedeutung der Agrikultur,² dies mag historische Gründe haben. Zum einen hat noch im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts die Agrikultur auch in den entwickelsten Ländern bezogen auf die beschäftigte Arbeiteranzahl ein großes Gewicht in der gesellschaftlichen Reproduktion. Zum zweiten spielt die Agrikultur und gerade die in ihr existierende Rente in den Theorien von Smith und Ricardo die wesentliche Rolle bei der Bestimmung des »Werts der

1 Die Bestimmungen der Differentialrente II werden hier nicht zum Gegenstand gemacht. Bezogen auf die Bestimmung des grundsätzlichen Verhältnisses von Mehrwert und Grundrente sind sie zu vernachlässigen.

2 Diesem entscheidenden Fehler sitzt auch Dämpfung auf. Daraus folgt für ihn, daß er zur Erklärung der Differentialrente die Bildung der Durchschnittsprofitrate modifizieren muß; bezeichnenderweise nur in der Agrikultur, während er industrielle Lagerente, vgl. a. a. O. S.100, ohne diese Modifikation erklären will.

Arbeit«. Es wurde ein direkter Zusammenhang von Lohn und Kornpreis angenommen.¹

Die Probleme, die diese Überschätzung der Agrikultur bezogen auf die Rente mit sich bringen, durchziehen die Kapitel zur Differentialrente I und Differentialrente II mit größten Konsequenzen für das Kapitel zur absoluten Rente.

So konstruiert Marx etwa die Differentialrente anhand eines Produkts, einer Warenart. Das ist einerseits unumgänglich um in einem Beispiel das »Differenzproduktquantum« auftreten zu lassen, das die Zahlung der Rente erlaubt. Bezogen auf die gesamtgesellschaftliche Rente, auf die Einkommensquelle der gesamten Grundeigentümerklasse kann solch eine Konstruktion nichts erklären. Denn für die Frage, wann Boden in Bebauung genommen wird, muß Marx »fehlende Zufuhr« eines Produkts annehmen, die wiederum auf steigende Preise dieses Produkts verweist. Derartige Phänomene können aber nichts zur Bestimmung der Rente hinzutun, denn Preisschwankungen eines Produkts sind Erscheinungen auf dem Warenmarkt, gesamtgesellschaftlich wird der erhöhte Preis dieses Produkts durch ein Sinken der zahlungskräftigen Nachfrage eines anderen Produkts kompensiert. Es mag im Einzelfall Konsequenzen für die Höhe der Rente eines Stücks Land haben, systematisch kann es aber keinen Zusammenhang geben zwischen der Rente, auf die der Grundeigentümer Anspruch erhebt, und der Produktenart, die der Pächter produzieren läßt. Hier zeigt sich zum ersten Mal das Mißverständliche an der Formulierung »Verwandlung von Surplusprofit in Grundrente.«

Der Rentier hat keinen Anspruch auf das »Differenzproduktquantum«, also diese Menge des auf diesem Boden produzierten Produkts, das über der Menge des auf schlechtest bebauten Boden liegt.² Dennoch kann nur das Dasein eines solchen von bestimmter Größe und dessen Verkauf dem Kapitalisten die Zahlung der Rente

1 Bei Marx heißt es im gleichen Sinne: »Da aber das Korn in die Reproduktion der Arbeitskraft eingeht und von jedem Quarter ein Teil Arbeitslohn ersetzen muß und ein anderer konstantes Kapital, so war unter dieser Voraussetzung der Mehrwert höher, also auch, bei sonst gleichbleibenden Umständen, die Profitrate. (Die Sache über die Profitrate noch besonders und mehr im Detail zu untersuchen.)« Vgl. MEW 25, S. 670 und S. 775. vgl. auch F. Rinkleff, *Theorien über die Grundrente. Grundeigentum und Grundrente im System der bürgerlichen Produktion*, Berlin 1974.

2 Vgl. den mißverständlichen Ausdruck: »Kornrente«, MEW 25, S. 707 und S. 749.

erlauben, ohne auf seinen Unternehmergeinn verzichten zu müssen. Ebenso existiert weder für den Grundeigentümer noch für den Kapitalisten der Unterschied von absoluter¹ und Differentialrente, auch das macht die Marxsche Formulierung von der Verwandlung des Surplusprofit in Rente mißverständlich, denn es soll sich zeigen, daß Surplusprofit nicht Surplusprofit ist, es also einen Unterschied im Begriff geben muß, dessen jeweilige Verwandlung jeweilige Rentenart ermöglicht.

Die Kapitel 39 bis 44 (MEW 25) zehren von dem genannten Fehler, daß immer wieder Beispiele konstruiert werden, die von einer Produktart ausgehen und Preisschwankungen und/oder Produktivkraftsteigerungen mit der Rente in Beziehung setzen wollen. Allgemein besteht der Fehler von Marx darin, die Rente, – die vollkommen richtig erst nach dem Begriff der Durchschnittsprofitrate (genauer Warenhandlungsprofit und Geldhandlungsprofit) erörtert werden kann, – zu untersuchen anhand von einzelnen Produktionen insbesondere der Agrikultur. Er spricht von »Kornrente« (776) und »agrikolem Mehrwert« (772), als sei die Rente einzig Phänomen der Landwirtschaft und nicht, wie er ebenso betont hat,² eines für Bauterrain, Bergwerke etc. Marx geht so weit, die gesamte Agrikultur der unmittelbaren Lebensmittelproduktion zuzuordnen, ganz so, als sei die Agrikultur das, was im zweiten Band des *Kapitals* als Abteilung II gefaßt wird.³ Welches Argument Marx aus der Zuspitzung der Grundrente auf die Agrikultur ziehen wird, kann im nächsten Kapitel dargestellt werden.

Jedoch lassen sich mit einigen bei Marx selbst auftauchenden Formulierungen die Schwierigkeiten vermeiden, die durch die

1 D.i. Rente, die gezahlt werden muß, obwohl der Boden kein »Differenzproduktquantum« liefert.

2 Charakteristisch ist in diesem Zusammenhang ein logischer Lapsus: »Die Differentialrente tritt überall ein und folgt überall denselben Gesetzen wie die agrikole Differentialrente, wo überhaupt Rente existiert.« A. a. O., S. 781.

3 So heißt es MEW 25, S. 775: »Hier ist aber zu bemerken, daß wir bei der Entwicklung der Rente von dem Teil des agrikolen Kapitals, der das entscheidende pflanzliche Nahrungsmittel, also überhaupt das Hauptlebensmittel bei zivilisierten Völkern produziert, als bestimmend ausgehen. A. Smith – und das ist eins seiner Verdienste – hat schon nachgewiesen, daß in der Viehzucht und überhaupt im Durchschnitt aller nicht in der Produktion der Hauptlebensmittel, also z. B. des Kornes, auf dem Boden angelegten Kapitalen – eine ganz andre Bestimmung des Preises stattfindet.« (Vgl. MEGA II/4.2, S. 709). Vgl auch MEW 25, S. 648 bzw. MEGA II/4.2, S. 686.

Überschätzung der Agrikultur und die Darstellung anhand einer Produktenart entstehen.

a) Alles agrikole Kapital ist auch industrielles Kapital.¹

b) Alles industrielle Kapital benötigt Boden, daraus folgt²

c) alles industrielle Kapital zahlt Rente, entweder dem fremden Grundeigentümer, oder, soweit es Eigentümer des Bodens ist, sich selbst.

Mit der am Modell konstruierten Differentialrente läßt sich erklären, wie es möglich ist, daß der industrielle Kapitalist sowohl das vorgeschossene Kapital ($c + v$ bzw. Kostpreis) ersetzt hat, als auch den Zins bedienen, den Unternehmergewinn einstreichen und dazu Rente zahlen kann. Er nutzte außerordentliche Naturbedingungen, die ihm ein »Differenzproduktquantum« verschaffen. Dieses »Differenzproduktquantum« muß, wie bereits erwähnt, verstanden werden können als preisbestimmt nicht aber als wertbestimmt. Würde es als wertbestimmt aufgefaßt, ließe sich bereits das erste Beispiel einer Differentialrente (Wasserfallbeispiel) nicht konstruieren. Denn dann müßte angenommen werden, daß die Produzenten, die diese Naturbedingung nicht nutzen könnten, dauerhaft Abzüge vom Unternehmergewinn hinnehmen müßten, eine Konsequenz, die mit der kapitalistischen Produktionsweise unvereinbar ist, weil kein Kapitalist gezwungen werden kann, sich in einer für ihn unrentablen Sphäre zu engagieren. Die Differentialrente ist demnach nur erklärt unter der Voraussetzung, daß gerechtfertigt werden kann, daß absolute Rente existiert.

1 Das wird von Marx in MEW 23 ausdrücklich zugestanden: »Im ›kategorischen‹ Sinn ist der Pächter ein industrieller Kapitalist so gut wie der Fabrikant.« MEW 23, S. 777.

2 »Genauso wie es dem Kapital egal ist, ob es sich in Kartoffeln- oder Elektrochips verwertet, genauso wahr ist es, daß es in welcher Produktionsbranche auch immer auf Grund und Boden als Bedingung seines Wirkens angewiesen ist.« Bischoff/Otto u.a., *Ausbeutung, Selbstverrätselung, Regulation*, Hamburg 1993. – Der Text von Bischoff u.a. zum 3. Band des *Kapital* nutzt zwar die gerade herausgekommenen Manuskripte zum dritten Band, ohne jedoch Systematisches zu liefern. Es geht Bischoff eher um eine Zusammenfassung des Inhalts des dritten Bandes und dessen Beziehung zu gegenwärtigen Oberflächenerscheinungen.

Absolute Rente

Die Marxsche Erklärung der absoluten Rente ist fehlerhaft. Die Unstimmigkeiten des 45. Kapitels (K III) werden offenbar dadurch, daß Engels sich bei der Herausgabe des dritten Bandes an die von Marx in den Manuskripten vorgeschlagene Reihenfolge hält.¹ Hatte Marx bei dem ersten Versuch einer Erklärung der Rente mit der absoluten Rente begonnen, ohne einen Begriff der Differentialrente sich erarbeitet zu haben, erscheinen nun in MEW 25 die äußerst fragmentarischen Passagen zur absoluten Rente hinter den bereits ausgefeilteren Kapiteln zur Differentialrente. Recht hatte Marx zu fordern, in welcher Reihenfolge die Rente zu behandeln ist. Das Bewußtsein der systematischen Reihenfolge der Formen der Rente ist selbst Ergebnis der Forschung. Das bedeutet allerdings, daß Marx sich der absoluten Rente nach dem Begriff der Differentialrente erneut, auf der Grundlage der Ergebnisse des Begriffs der Differentialrente, hätte zuwenden müssen, wozu er aber nicht mehr kam. So daß es nach der Herausgabe des dritten Bandes des *Kapitals* durch Engels so aussehen muß, als wären die dort abgedruckten Passagen zur absoluten Rente Resultat eines Begriffs der Differentialrente.² Der Zusammenhang beider Formen von Rente wird nun unabhängig oder z.T. im Gegensatz zum Marxschen Text dargestellt.

Die absolute Rente soll die Rente sein, die an den Grundeigentümer gezahlt wird, obwohl der Boden kein Differenzproduktquantum lie-

1 Vgl. die Abschnitts- und Kapiteileinteilung in MEW 25, S. 736 mit MEGA II/4.2, S. 816. Ebenso den editorischen Hinweis im Engelsschen Vorwort MEW 25, S. 14. Nach Engels klingt es so, als sei es nur eine Änderung der Reihenfolge ohne sachliche Konsequenz.

2 Vgl. die Darstellung in den Manuskripten; die Reihenfolge der Kapitel ist dort: a, c, b; »a) Einleitendes«, S. 667 ff, »c) Die absolute Grundrente«, S. 690 ff, »b) Die Differentialrente«, a. a. O., S. 753 ff. Der Hinweis der Editoren im zugehörigen Apparatband, a. a. O., S. 916 ist mit seinem Verweis auf den Brief vom 2.8.1862 irreführend, denn die Vorstellung der Differentialrente, die Marx dort äußert, ist falsch. Im Brief an Engels vom 2.8.1862 heißt es: »Die bloße Differentialrente – die nicht daraus entspringt, daß capital on land instead of any other field of employment angewand wird – hat theoretisch keine Schwierigkeit. Es ist nichts als surplus profit, der auch in jeder industriellen Produktionsphäre für jedes Kapital existiert, das unter besseren als den average conditions arbeitet. Nur fixiert es sich in der Agrikultur, weil gegründet auf so solider und (relativ) fester Grundlage, wie die different degrees of natural fertility verschiedener Bodenarten.« Es fehlt die in diesem Zusammenhang spezifische Bedeutung des Wortes Surplusprodukt ebenso wie die Einsicht, daß Differentialrente selbstverständlich nicht auf die Agrikultur beschränkt ist.

fert, also keinen Surplusprofit i. S. des neuen Surplusprofits liefert. Es ist dies der Boden A, der schlechteste bebaute Boden bei dem Differentialrente = 0.

Einerseits muß es den schlechtesten bebauten Boden geben, denn dessen Ertrag gibt den den Markt regulierenden Produktionspreis ab. Andererseits kann er nicht bebaut werden, da er keine Rente abwirft und damit den Kapitalisten zwingt, für den Gebrauch des Bodens dem Grundeigentümer Rente aus seinem Unternehmergewinn zu zahlen. Würde der Boden aber nicht bebaut, wäre Boden B der schlechteste bebaute Boden; das Problem reproduzierte sich. D. h. mit den bisherigen Bestimmungen muß die absolute Rente sein und kann nicht sein!

Es wurden bereits von Marx folgende Varianten für die Erklärung des Daseins der absoluten Rente erwogen und – zu recht – verworfen: 1. Senken des Arbeitslohns unter den Wert durch den Pächter, 2. Monopolpreis, 3. Produktion durch den Grundeigentümer selbst.¹

Die Konstruktion der absoluten Rente anhand einer Differenz von Wert und Produktionspreis² unter Rückgriff auf die verschiedenen organischen Zusammensetzungen, wie Marx es mit Blick auf die angeblich niedrig zusammengesetzte Agrikultur versucht,³ ist nicht haltbar, weil sie einen bestimmbaren Unterschied von agrikolem und industriellem Kapital unterstellt, den es nicht gibt, und das explizit gegen Marx!⁴ Allein der Hinweis auf das neben der Fruchtbarkeit zweite Moment der Rente, die Lage, beweist das. Denn, wie oben bemerkt, müssen sich alle Beispiele auch mit einer Lagedifferenz konstruieren lassen. Eine Lage tritt aber ausdrücklich auch bei nicht-agrikolem Kapital und nicht-extraktivem Kapital auf. Jeder Kapitalist – sowohl der agrikole als auch der nicht-agrikole industrielle Kapitalist – zahlt Rente, da jedes Kapital einen Produktionsort hat, dessen Pächter oder Eigentümer er ist.⁵

1 Vgl. MEW 25, S.762 ff.

2 Vgl. a. a. O., S. 766 ff.

3 Vgl. ebda.

4 Vgl. a. a. O. S. 772, S. 773 und S. 779. Dieser entscheidende Fehler wird von Dämpfung an Marx nicht kritisiert, so daß seine gesamte Rekonstruktion der *Marxschen Theorie der Grundrente* daran krankt.

5 Mit diesem Argument fällt der Marxsche Versuch, das »agrikole Kapital« analog der Abteilung II (Lebensmittelproduktion) gemäß den Reproduktionsschemata zu fassen. Vgl. hier S. 46 FN 3.

Die organische Zusammensetzung kann zwar die Differenz von Preis und Wert in jeder einzelnen Ware erklären, nicht jedoch eine Differenz zwischen Gesamtproduktionspreis und Gesamtwert. Es ist vielmehr die spekulativ vorauszusetzende Gleichheit der Produktionspreissumme und der Wertsumme, die, wenn keine von der lebendigen Arbeit unabhängige Quelle des Mehrwerts angenommen werden kann, den Begriff einer allgemeinen Durchschnittsprofitrate ermöglicht.¹

Die Marxsche Argumentation fällt vor die Ergebnisse des zweiten Abschnitts des dritten Bandes des *Kapitals* zurück.² Die Bildung der Durchschnittsprofitrate ist vorausgesetzt. Ohne sie könnten gar nicht unterschiedlich zusammengesetzten Kapitale nebeneinander existieren; die gesellschaftliche Teilung der Arbeit auf der Grundlage der Werttheorie wäre ad absurdum geführt.

Der Anlaß des Marxschen Fehlers – mit der organischen Zusammensetzung bei der absoluten Rente zu operieren – mag die Entdeckung des Begriffs »organic composition« sein. Ihn scheint Marx 1862 in einer Phase gefunden zu haben, in der er sich sowohl mit der Profitrate als auch mit der Rente bei Ricardo beschäftigt hat.³ Zwar lösen sich mit dem Begriff der organischen Zusammensetzung Widersprüche der Ricardoschen Theorie, aber nicht alle!

Bis jetzt gibt es damit nur die negative Bestimmung der absoluten Rente: sie verdankt sich keinem Surplusprofit. Und das Problem bleibt, daß es sie geben muß und mit den bisherigen Bestimmungen nicht geben kann.

1 Vgl. H.-G. Bensch, *Der Begriff der organischen Zusammensetzung des Kapitals*, in: *Traditionell kritische Theorie*, hrsg. vom Gesellschaftswissenschaftlichen Institut (GI), Würzburg 1995.

2 Da Dämpfling genau wie Marx im Abschnitt Grundrente glaubt, das in der Agrikultur engagierte Kapital würde sich wesentlich von industriellem Kapital unterscheiden (vgl. hier S. 47 FN 1), beginnt die Untersuchung bei Dämpfling mit einer Kritik der Marxschen Fassung der Bildung der Durchschnittsprofitrate. Dämpflings »Lösung« will die Arbeit in niedrig zusammengesetzten Kapitalen niedrig bewertet sein lassen, in hoch zusammengesetzten hoch, vgl. a. a. O., S. 32 ff. Ohne es zu ahnen, läuft das auf die Habermas-These hinaus. Wissenschaft und Technik, die doch wohl die Bedingung für hohe Zusammensetzung des Kapitals sind, seien zur unabhängigen Quelle des Mehrwerts geworden. Vgl. J. Habermas, *Wissenschaft und Technik als »Ideologie«*, Frankfurt a.M. 1981, S. 80 und die Kritik an Habermas in: H.-G. Bensch, *Vom Reichtum der Gesellschaften*, S. 72 ff., Lüneburg 1995.

3 Vgl. Marx an Engels vom 2.8.1862 und 9.8.1862.

Der Boden, der neu in die Nutzung aufgenommen wird, scheint den Bestimmungen der absoluten Rente zu genügen. Er lag brach, da auf ihm kein Differenzproduktquantum zu erwarten war. Er wird nun vom Kapitalisten gepachtet und genutzt, weil dieser sich von dessen Nutzung zumindest den Unternehmergewinn verspricht. Da er ihn aber nur nutzen darf gegen die kontraktlich festgesetzte Summe Geld, ist sofort die Frage, aus welchem Fonds er diese Summe zahlen kann. Produziert er, z. B. mit einer neuen Fruchtsorte ein Differenzproduktquantum, dessen Verkauf ihm die Zahlung erlaubte, trüge der Boden nicht absolute Rente, sondern Differentialrente, das Problem wäre nicht gelöst.

In den Manuskripten ist dies die Stelle, an der Marx wieder auf das Problem der absoluten Rente stößt. In MEW 25 ist der Text aus den Manuskripten *Differentialrente auf dem schlechtest bebauten Boden*¹ betitelt. Dieser Text ist bezeichnenderweise verfaßt worden, nachdem (!) sich Marx einen Begriff der Differentialrente erarbeitet hat. Eine Rente auf solchem Boden könnte nicht von absoluter Rente unterschieden sein. Zwar folgt Marx in diesem Kapitel dem in die Irre führenden Weg der Annahme von Preisschwankungen aufgrund fehlender Zufuhr einer Produktart, trotzdem ist er dort soweit, so etwas wie absolute Rente als Basis aller Differentialrente anzuerkennen. Während das in MEW 25 folgende Kapitel *Die absolute Rente*² (s.o.) aber aus einer früheren Forschungsperiode stammt und Marx den systematischen Zusammenhang beider Formen von Rente noch nicht kennt.³

Das entscheidende Problem bleibt also: Wie ist absolute Rente möglich? Sie ist erschlossen als Grundlage der Differentialrente und dennoch kann sie nicht aus dem Fonds gezahlt werden, der die Zahlung der Rente, die dem Begriff nach Differentialrente ist, ermöglicht.

Wenn die unterschiedliche Bonität von Böden genauso wenig wie die Zahlung von Rente überhaupt bestritten werden kann, muß alle Rente dem Begriff nach zu unterscheiden sein nach Differen-

1 MEW 25, S. 747 ff. Vgl. MEGA II/4.2, S. 827 ff. Allein der Titel dieses Kapitels zeigt Marxens Schwanken: Differentialrente auf dem schlechtest bebauten Boden, wo doch letzterer der sein sollte, der keine Differentialrente trägt! Vgl. MEW 25, S. 747.

2 Vgl. MEGA II/4.2, S. 690 ff.

3 Vgl. hier S. 48 FN 2.

tialrente und nach absoluter Rente. Denn wenn es der Lage und oder Fruchtbarkeit nach unterschiedliche Böden gibt, ist je einer (pro Produktart) der schlechtest bebaute Boden, der keine Differentialrente trägt und für den dennoch Rente gezahlt werden muß. Es läßt sich jedoch empirisch nicht identifizieren, für welchen bestimmten Boden nur absolute Rente bezahlt wird. Denn mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise – ihrer Durchsetzung in einem Land oder ihrer technischen Gestalt – ändern sich Lage und Fruchtbarkeit, die beide nur relational zu bestimmende Momente der Rente sind. Das kann heißen, daß der ehemals schlechtest bebaute Boden sich durch technische Entwicklung als einer erweist, der ein hohes »Differenzproduktquantum« abwirft. So kann z. B. durch Züchtung und Düngung auf wissenschaftlich-technischer Basis in Weltgegenden eine Produktion aufgezogen werden, in denen bereits ein Markt für derartige Produkte besteht, der Anbau dieser Frucht in diesen Breiten vorher aber ausgeschlossen war. Die Beispiele, die sich konstruieren ließen, sind mannigfaltig. Es kann demnach nicht bestritten werden, daß es je schlechtest bebauten Boden gibt, für den gezahlt werden muß. D. h. es gibt in jeder Sphäre¹ immer einzelne Kapitalisten, die auf dem gegebenen Stand der Technik aufgrund relativer und objektiver Bedingungen benachteiligt sind. Für sie müßte die Zahlung der Rente, die dem Begriff nach absolute Rente ist, ein Abzug vom Unternehmergewinn sein, den sie dauerhaft nicht hinnehmen können, sondern durch bewußte Steigerung der Produktivkraft der Arbeit zu kompensieren gezwungen sind² und so den Surplusprofit erzielen können, der auf Kosten der Konkurrenten geht. Gelingt dem auf schlechtest bebauten Boden produzierenden Kapitalisten die Kompensation qua technischer und arbeitsorganisatorischer Steigerung der Produktivkraft der Arbeit nicht, muß er seinen Betrieb einstellen, mit dem Resultat, daß der ehemals zweitschlechteste Boden zu

1 Die Landwirtschaft ist keine Sphäre, sondern die Landwirtschaft besteht aus so vielen Sphären wie es landwirtschaftliche Produkte gibt!

2 »Die Pächter schrieten nach Herabsetzung der Renten. Es gelang ihnen in einzelnen Fällen. Im Durchschnitt scheiterten sie mit dieser Forderung. Sie nahmen Zuflucht zur Herabsetzung der Produktionskosten, u.a. durch massenhafte Einführung des lokomobilen Dampfs und neuer Maschinerie ...« (641) Versteckt in einer historische Notiz kennt Marx auch dieses Argument, ohne aber aus ihm an gehöriger Stelle etwas zu machen.

dem wird, für den dem Begriff nach absolute Rente gezahlt werden muß.

Für einzelne Kapitalisten entsteht und vergeht damit die Rente, die dem Begriff nach absolute Rente ist. Gesamtgesellschaftlich ist absolute Rente in allen Sphären immer da. Ihre Existenz ist ein weiterer Stachel zur Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, die den Kapitalisten als Zwang der Konkurrenz und als Zwang des Grundeigentums erscheint; – die fremde Macht.

Konsequenzen dieser Interpretation

Erst diese Darstellung der absoluten Rente unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Dynamik erlaubt die Beantwortung der Ausgangsfrage, ob Rente Teil des gesamtgesellschaftlichen Mehrwerts ist, genauer: welche Art von Surplusprofit in welche Art von Grundrente verwandelt wird. Denn bei der statischen Darstellung unter Abstraktion von der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit müßte ein Teil der Kapitalistenklasse angenommen werden, der dauerhaft nicht auf seinen Unternehmergewinn käme, da er Boden nutzt, der kein Differenzproduktquantum abwirft und dennoch Rente zu zahlen hätte.¹

Die Rente, die dem Begriff nach absolute Rente ist, ist Abzug vom Unternehmergewinn einzelner und notwendig wechselnder Kapitalisten, den diese durch den Einsatz von gesteigerter Produktivkraft der Arbeit – technisch und arbeitsorganisatorisch – zu kompensieren gezwungen sind, also den Surplusprofit erzielen, der auf Kosten der Konkurrenten geht und der damit Teil des gesellschaftlichen Mehrwerts ist. Während die Rente, die dem Begriff nach Differentialrente ist, kein Teil des gesellschaftlichen Mehrwerts ist, sondern gezahlt werden kann aus dem Erlös eines preis- aber nicht wertbestimmten Produktquantums. Auf diese Weise ist das Verhältnis von Grundrente und Mehrwert bestimmt; in ihm ist Boden

1 »Sie sind gezwungen, mit weniger als dem Durchschnittsprofit vorliebzunehmen und einen Teil davon in der Form der Rente an den Grundeigentümer abzugeben.« So Marx im Einleitungsteil (S. 639). Aber wie soll das möglich sein, wer sollte die Pächterkapitalisten zwingen können, in solch einer Sphäre sich zu engagieren?

in der Funktion als Eigentum und in der Funktion als Produktbildner gefaßt.¹

Die Analyse mußte also zunächst die zwei Arten von Surplusprofit² strikt trennen. Nur so konnte Rente, die dem Begriff nach Differentialrente ist, erscheinen. Diese Rente mußte als möglich erwiesen werden können, da sonst eine kapitalistische Produktion auf Böden unterschiedlicher Bonität nicht zu denken wäre. Da sich aber in der Untersuchung zeigte, daß das, was als Differentialrente aufzufassen ist, sich nur auf der Grundlage dessen, was dem Begriff nach absolute Rente ist, erheben kann, muß für das Dasein der absoluten Rente auf den Begriff des Surplusprofits zurückgegriffen werden, der eine Konstruktion von Differentialrente unmöglich machte – Surplusprofit auf Kosten der Konkurrenten.

Dieser Unterschied im Begriff des Surplusprofits, der von Marx in einzelnen Formulierungen im Abschnitt zur Grundrente mehr angedeutet als entwickelt wird,³ kann den uneindeutigen Titel des

1 Erst diese beiden Seiten des Bodens bzw. der Natur zusammen geben die Grundlage der *Kritik des Gothaer Programms*, vgl. MEW 19, S. 15.

Diese Erklärung der Grundrente zeigt auch eine Ähnlichkeit mit der Spaltung von Zins und Unternehmergeinn. Erscheint der Zins als Frucht des Eigentums an Kapital, so die absolute Rente als Frucht des Eigentums an Boden (so denn der schlechteste verpachtet wird), während der Unternehmergeinn aus der Funktion des Kapitals entspringt, wie die Differentialrente aus der besonderen natürlichen Fruchtbarkeit dieses Eigentums. Vgl. MEW 25, S. 387 bzw. MEGA II/4.2, S. 445.

2 Vgl. H. Brede, B. Dietrich, B. Kohaupt, *Politische Ökonomie des Bodens und der Wohnungsfrage*, Frankfurt a.M. 1976. Zwar haben Brede u.a. eine Ahnung davon, daß es einen Unterschied im Begriff des Surplusprofits geben muß (vgl. a. a. O., S. 49). Da sie jedoch den Surplusprofit, der in Rente verwandelbar sei, aus einem *Profit* entspringen lassen, der mit geringerem Kapitaleinsatz erwirtschaftet wäre, wird diese neue Form des Surplusprofits doch nur eine, die auf Kosten der Konkurrenz geht. Anders ausgedrückt: Der Surplusprofit entspringt für sie aus dem Profit (a. a. O., S. 51), dies deshalb, weil sie nicht beachten, daß bei der Betrachtung der Differentialrente zunächst einmal bei gleichem Kapitaleinsatz *unterschiedliche Produktmengen* entstehen. Sie stellen keine Reflexion auf die Implikationen eines neuen Begriffs von Surplusprofit an. Entsprechend dürftig ist die gedankenlose Übernahme (a. a. O., S. 57) der Marxschen These von der absoluten Rente, die in der Landwirtschaft auf der niedrigen organischen Zusammensetzung beruhe.

3 Z. B. MEW 25, S. 705: » Wenn wir hier von Surplusprodukt sprechen, so ist darunter immer zu verstehen der aliquote Teil des Produkts, worin sich der Surplusprofit darstellt. Sonst verstehen wir unter Mehrprodukt oder Surplusprodukt den Produktenteil, worin sich der Gesamtmehrwert, oder auch in einzelnen Fällen denjenigen, worin sich der Durchschnittsprofit darstellt. Die spezifische Bedeutung, die das Wort beim Rente tragenden Kapital erhält, gibt wie früher gezeigt, zu Mißverständnissen Anlaß.« Oder MEW 25, S. 659: »Die Konkurrenz zwischen den Kapitalen strebt im Gegenteil, diese Unterschiede mehr und mehr auszugleichen; die Bestimmung des Werts durch die gesellschaftliche notwendige Arbeitszeit setzt sich durch in der Verwohlfelierung der Waren und dem Zwang, die Waren unter denselben günstigen Verhältnissen herzustellen. Es verhält sich aber anders mit dem Surplusprofit des Fabrikanten, der den Wasserfall anwendet.«

Abschnitts erklären. Ein früherer eher marginaler Hinweis¹ von Marx belegt, daß er selbst wußte, daß auf den zweifachen Surplusprofit bei der Behandlung der Grundrente zurückzukommen ist.

Nur weil sich die Differentialrente einzig auf der Grundlage der absoluten Rente erheben kann, kann Marx formulieren, daß es für die Gesetze der Differentialrente durchaus gleichgültig ist, ob die Rente des schlechtesten bebauten Boden ≥ 0 oder > 0 ist« (S. 757). Für die Gesetze der Differentialrente ist es gleichgültig, für das Dasein der Differentialrente ist es nicht gleichgültig, da ohne die Annahme der absoluten Rente der angenommenen schlechtesten bebauten Boden nicht bebaut würde und so der zweitschlechtesten Boden zu dem würde, der keine Rente lieferte, also nicht bebaut würde etc.

Weder sind Differentialrente und absolute Rente unabhängig von einander, noch sind sie ineinander aufzulösen oder gar empirisch zu identifizieren. Und dennoch führt die indifferente Rede: jeder Kapitalist habe Rente zu zahlen, zu einer weiteren Mystifikation der kapitalistischen Produktionsweise. Denn die Rente ohne den begrifflichen Unterschied von Differentialrente und absoluter Rente, müßte als Element des (emp.) Kostpreises aufgefaßt werden. Damit wäre jede Verbindung zum Wertbegriff, die noch bei der Differentialrente auftritt, gekappt. Die Quelle des Mehrwerts, des Profits wäre verschüttet; ähnlich wie es Marx bereits im ersten Abschnitt des dritten Bandes beschrieben hat.

D. h. für die Analyse des Phänomens Rente ist die Differentialrente notwendig das erste, für das Dasein der Differentialrente ist die absolute Rente das erste. Oder anders ausgedrückt: Für den Schluß auf die absolute Rente ist die Differentialrente vorausgesetzt

1 »Der Surplusprofit der Produzenten, die den natürlichen Wasserfallfall als Triebkraft anwenden, verhält sich zunächst wie aller Surplusprofit (und wir haben diese Kategorie bereits entwickelt bei der Darstellung des Produktionspreises), der nicht zufälliges Resultat von Transaktionen im Zirkulationsprozeß, von zufälligen Schwankungen der Marktpreise ist.« (S. 654) Diese von Marx gesetzte Klammer kann sich nur auf die – in sich sehr problematische – Schlußformulierung des 10. Kap., MEW 25, S. 209 beziehen, dort heißt es: »Ein Surplusprofit kann aber außerdem noch entstehen, wenn gewisse Produktionssphären in der Lage sind, sich der Verwandlung ihrer Warenwerte in Produktionspreise und daher der Reduktion ihrer Profite auf den Durchschnittsprofit zu entziehen. Im Abschnitt über die Grundrente werden wir die weitere Gestaltung dieser beiden Formen des Surplusprofits zu betrachten haben.« Vgl. MEGA II/4.2, S. 273, dort heißt der letzte Satz: »In dem Capitel über die Grundrente werden wir die weitere Gestaltung der sub a) und b) aufgeführten Formen des Surplusprofits zu betrachten haben.«

und für das Dasein der Differentialrente ist die absolute Rente vorausgesetzt.

Diese Erklärung der absoluten Rente unterscheidet sich von der Marxschen dadurch, daß weder behauptet wird, nur agrikoles Kapital zahle absolute Rente, noch daß diese Zahlung durch eine niedrige organische Zusammensetzung des agrikolen Kapitals möglich wäre, noch daß die absolute Rente mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise verschwinden würde.¹ (Vgl. S. 780)

Für Marx dagegen ist die »Lösung« die »fremde Macht«, die »Schranke des Kapitals«; eine Erklärung der absoluten Rente ist das jedoch nicht. Marx bezeichnet das Grundeigentum zwar zu Recht als »fremde Macht«, diese Macht aber darin bestehen läßt, daß sie verhindere (!), daß das agrikole Kapital (!) mit seiner niedrigen organischen Zusammensetzung (!) an der Ausgleichung der Profitrate teil habe. Mit dieser nicht zu rechtfertigenden Behauptung glaubt Marx das »Wesen der absoluten Rente« (S. 779) bestimmt zu haben. »Das Wesen der absoluten Rente besteht also darin: gleich große Kapitale in verschiedenen Produktionssphären produzieren, je nach ihrer verschiedenen Durchschnittszusammensetzung, bei gleicher Rate des Mehrwerts oder gleicher Exploitation der Arbeit, verschiedene Massen von Mehrwert. In der Industrie gleichen sich diese verschiedenen Massen von Mehrwert zum Durchschnitt aus und verteilen sich auf die einzelnen Kapitale gleichmäßig als auf aliquote Teile des Gesellschaftskapitals.«

Die Zumutung, ein preis- aber nicht wertbestimmtes »Differenzproduktquantum« annehmen zu müssen, mit den erörterten Voraussetzungen: Differenz im Begriff der Produktivkraft der Arbeit, besonderer Surplusprofit, geänderte Bestimmung des Marktmagens, ergab sich aus der nicht zu leugnenden Unterschiedlichkeit der Bodenbonität. Diese unterschiedliche Bodenbonität als Prämisse hat insbesondere den neuen Surplusprofit zur Konsequenz, der dann zur erschlossenen Prämisse des Wasserfallbeispiels wurde. Würde die

1 MEW 25, S. 773. »Wäre die Durchschnittszusammensetzung des agrikolen Kapitals dieselbe oder höher als die des gesellschaftlichen Durchschnittskapitals, so fiel die absolute Rente, immer in dem entwickelten Sinn fort; d.h. die Rente, die ebenso von der Differentialrente wie von der auf eigentlichem Monopolpreis beruhende Rente verschieden ist.« Vgl. auch a. a. O., S. 780.

unterschiedliche Bodenbonität bestritten, löste sich alle Rente in absolute Rente auf, die als solche bloßer Abzug der gesellschaftlich produzierten Mehrwertmasse wäre. Die nicht in ökonomische Bestimmungen aufzulösende Materialbestimmtheit würde ignoriert.

Abstrahiert vom Unterschied von Differentialrente und absoluter Rente läßt sich jedoch die Klasse der Grundeigentümer bestimmen. Grundeigentümer sind zwar Eigentümer aber keine Warenbesitzer, da ihr Eigentum weder ein Resultat von Arbeit noch sich als reproduzierendes in Reproduktionskosten auflösen läßt, ihr Eigentum hat nur Warenform. Zwar sind sie immer auf dem Sprung, Kapitalisten zu werden; durch den Verkauf ihres Bodens könnten sie zu Geldhandlungskapitalisten werden, die vom Zins lebten; oder aber, die Naturbesonderheiten ihres Bodens selbst nutzend, verwandelten sie sich in industrielle Kapitalisten. Der reine Grundeigentümer, der es ist und bleibt, muß zur eigenen (Luxus-) Reproduktion mit seiner erzielten Rente Waren von Kapitalisten kaufen, die Rente an ihn und seinesgleichen zu zahlen hatten. Damit ist Rente die Schuld – das Kainsmal der ursprünglichen Akkumulation – die je beglichen wird und je neu entsteht. So steht am Ende der Analyse der kapitalistischen Produktionsweise, die mit dem Äquivalententausch im ersten Band begann, wieder die ursprüngliche Akkumulation, – die Verwandlung von Boden als Mittel zur Subsistenz in warenförmiges Produktionsmittel – die historisch kontingente und gewalttätige Voraussetzung aller bürgerlichen Eigentumsverhältnisse. Die Marxsche Aufgabe ist damit erfüllt, nur auf der Grundlage der ursprünglichen Akkumulation erhebt sich das Wertgesetz und nur die konsequente Reflexion auf die Bedingungen der Möglichkeit einer antagonistischen gesellschaftlichen Produktion, die aktuell weder nach Raub noch nach Betrug funktioniert, schließt auf das, was nicht dem Wertgesetz entspricht und wie dies Negative unter der Geltung des Wertgesetzes erscheint.

Till Streichert

Arbeitslohn und Politischer Lohn

»Ich erwarte von Ihnen, sehr verehrte Herren Richter, daß Sie in dem Urteil, das Sie nun zu sprechen haben, ganz klar sagen, ohne Einschränkungen sagen, daß an dem Inhalt der WISO nichts strafbar ist – gar nichts.«
(Plädoyer von Gustav Heinemann im Prozeß gegen Viktor Agartz vor dem Bundesgerichtshof November/Dezember 1957)¹

I. Vorbemerkung

Bekannt ist, daß »die spezielle Lehre von der Lohnarbeit«² nicht im Marxschen *Kapital*, sondern in einem eigens für die Lohnarbeit vorgesehenen Buch abgehandelt werden sollte.³ Dieses Buch liegt nicht vor. Auch in der Art seines Gegenstandes ragt der VI. Abschnitt über den Arbeitslohn aus der Analyse des unmittelbaren Produktionsprozesses heraus. Da der Begriff des Arbeitslohns Bestimmung der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft ist, scheint seine Betrachtung eher in die Untersuchung des Gesamtprozesses der kapitalistischen Produktion zu gehören. Unklarheiten oder vermeintliche Unklarheiten wie diese und die zentrale Rolle des Arbeitslohns als das den Austausch von Kapital und Arbeit Vermittelnde sind immer wieder Anlaß für die Beschäftigung mit der Marxschen Lohntheorie gewesen.

Als ein Versuch, die Marxsche Lohntheorie weiter zu entwickeln, ist Mitte der 50er Jahre das Konzept der *Expansiven Lohnpolitik* mit der Propagierung des Politischen Lohns bekannt gewor-

1 V. Agartz, *Wirtschaft-Lohn-Gewerkschaft*, Ausgewählte Schriften, Mit einem Plädoyer von Gustav Heinemann, Schriftenreihe Gewerkschaftspolitische Studien 17, hrsg. v. V. Gransow, M. Krätke, Berlin 1982, S. 210.

2 MEW 23, S. 565.

3 Vgl. R. Rosdolsky, *Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen »Kapital«*, Frankfurt a. M. 1974, S. 78 ff.

den. Ihr Verfasser war der seinerzeit führende Kopf des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Viktor Agartz. Seine Überlegungen zur Marx'schen Lohntheorie und die daraus sich ergebenden Anweisungen für die Strategie der Gewerkschaften können Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung sein: Erstens durch ihren Anspruch auf »allgemeine Gültigkeit« und zweitens dadurch, daß Agartz sich in der Diskussion der »Theorie der Arbeiterbewegung«¹ verpflichtet sieht. Springpunkt seiner sich auf das *Kapital* gründenden Folgerungen ist das Verhältnis von Bestimmungen der Oberfläche, Konkurrenz und Arbeitslohn, und objektiver Werttheorie. Zu zeigen ist, daß das Konzept des Politischen Lohns an seinen eigenen Voraussetzungen scheitert und mit einer objektiven Werttheorie nicht verträglich ist.

II. Der Politische Lohn Agartz'

Agartz' Forderung des Politischen Lohns richtet sich gegen eine dynamische Lohnpolitik: »[...] sie muß auch expansiv sein. Sie darf sich nicht damit begnügen, den Reallohn an die volkswirtschaftliche Entwicklung nachträglich heranzubringen. Sie muß versuchen, die wirtschaftliche Expansion von sich aus (sic!) zu forcieren, um durch bewußte Kaufkraftsteigerung eine Ausweitung der Produktion herauszufordern. D. h. eine expansive Lohnpolitik ist zugleich das wirksamste Mittel, die Betriebe zu laufend höherer Rationalität anzuhalten, die Produktivität zu steigern und damit die Lohnexpansion zu fundamentieren.«² Sätze wie diese wirken heute weitaus anachronistischer als jeder Satz aus dem *Kapital*.

Der Politische Lohn ist bei Agartz ausdrücklich äquivok bestimmt. Einerseits als die Forderung nach reeller Lohnerhöhung: »Mit einer Lohnforderung verlangt der Arbeiter nichts anderes als einen weiteren Teil des Betrages [des Mehrwerts, (T.S.)], der ihm zusteht und

1 *Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (WISO)* 1/1965, Hrsg. Gesellschaft für wirtschaftliche Forschung m.b.H., Schriftleitung V. Agartz, W. Horn, S. 1 f.

2 V. Agartz, *Expansive Lohnpolitik*, in ders., *Wirtschaft-Lohn-Gewerkschaft*, S. 114 f. Agartz beruft sich an anderer Stelle mit derselben Aussage explizit auf Rudolf Hilferding (*Finanzkapital*) und Rosa Luxemburg (*Akkumulation des Kapitals*). Da die Kritik dieses Aufsatzes ohne Bezug auf die genannten Werke auskommt, sind diese nicht Gegenstand.

der ihm vorenthalten wird.«¹ Ferner: »Jede materielle Lohnfindung hat sich allein und ausschließlich nach den international erreichten optimalen Ergebnissen zu richten. Jede andere Bindung des Lohnes, mag es sich um eine Parallelschaltung mit einer sogenannten Produktivität oder um Messungen handeln, ist abzulehnen. Indiskutabel ist eine Koppelung mit Indexziffern oder Vergleichsjahren einer rückliegenden Zeit.«²

Andererseits ist der Politische Lohn als Mittel zwecks Abschaffung der Produktionsweise bestimmt: »Nur wer gewillt ist, das kapitalistische System anzuerkennen, ist bereit, die Lohnpolitik in das nach Gewinnchancen und Gewinninteressen ausgerichtete System einzugliedern. Umgekehrt bedeutet diese Aussage, daß eine Lohnpolitik, die den kapitalistischen Wirtschaftszustand akzeptiert, keine Lohnpolitik sein kann, die sich mit den jahrzehntelangen wissenschaftlichen Erkenntnissen der Arbeiterbewegung verträgt.«³ Ferner: »Die Wirtschaftspolitik Westdeutschlands muß daher die Tendenz des dauernden Lohndruckes haben. In der kapitalistischen Wirtschaft gibt es keinen Lohn, der »objektiv« feststellbar ist, weil es keine klassenfreie Wertschöpfung (sic!) gibt, die ermittelt werden könnte und zurechenbar wäre. Der Lohn ist Teil der Einkommenspolitik und damit der Wirtschaftspolitik. Deshalb ist der Lohn ein politischer Lohn. Man kann den Lohn nicht berechnen, sondern nur erkämpfen.«⁴ Agartz schließt den letztzitierten Aufsatz mit einem Marx-Zitat⁵ über den Zweck der Arbeiterassoziationen im Zusammenhang mit Lohnkampf: »Handelte es sich in den Assoziationen wirklich nur um das, worum es sich zu handeln scheint, nämlich um die Bestimmung des Arbeitslohns, wäre das Verhältnis von Arbeit und Kapital ein ewiges, so würden die Gewerkschaften an der Notwendigkeit der Dinge erfolglos scheitern.

1 V. Agartz, *Gewerkschaft und Arbeiterklasse*, Schriften zum Klassenkampf Nr. 25, München 1971, S. 135.

2 V. Agartz, *Expansive Lohnpolitik*, S. 115.

3 V. Agartz, *Der gefesselte Lohn*, in: ders., *WISO* 1/1956, S. 4.

4 A. a. O., S. 7.

5 Vgl. MEW 16, S. 554 f. Sowohl Agartz' Quellenangabe als auch seine Zitierweise ist falsch: Für »Assoziationen« im Original steht »Gewerkschaften«. Im Original steht: die »Gewerkschaften aber sind das Mittel, die alte Gesellschaft durch eine neue zu ersetzen«. Daraus wird bei Agartz, daß die Gewerkschaften das »Mittel der Vereinigung der Arbeiterklasse, der Vorbereitung zum Sturz« seien.

Die Gewerkschaften aber sind das Mittel, die alte Gesellschaft durch eine neue zu ersetzen.«¹

Da »jede Lohnforderung ein Angriff auf den Mehrwert ist«², läßt dies den Politischen Lohn plausibel erscheinen: Dauernder Lohn- druck vermindere die Masse des Mehrwerts graduell bis zu dem Punkt, an dem die Akkumulation erlahme und die Existenz der Pro- duktionsweise selbst bedroht sei. Diese Überlegung ist schon – jedoch negativ formuliert – im *Kapital* zu finden: »Die Erhöhung des Arbeitspreises bleibt also eingebannt in Grenzen, die die Grundlagen des kapitalistischen Systems nicht nur unangetastet las- sen, sondern auch seine Reproduktion auf wachsender Stufenleiter sichern.«³ Daß die Darstellung des Arbeitslohns im *Kapital* einer- seits Anlaß für die Interpretation Agartz' und zugleich die Mittel des Nachweises ihrer Falschheit enthält, ist im folgenden zu zeigen.

III. »Wert oder Preis der Arbeit«

»Auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft erscheint der Lohn des Arbeiters als der Preis der Arbeit, ein bestimmtes Quan- tum Geld, das für ein bestimmtes Quantum Arbeit gezahlt wird.«⁴ Die Bestimmung des »Preises der Arbeit« ist indifferent gegen die Unterscheidung, ob diese Arbeit produktiv oder unproduktiv ist. Auch die Arbeit, die vom Standpunkt des unmittelbaren Produk- tionsprozesses aus keinen Wert und Mehrwert schafft, wie die des Zirkulationsagenten oder Videothekars, wird mit Lohn bezahlt.⁵

Zunächst stellt sich der Kauf oder Verkauf der ›Arbeit‹ wie der jeder anderen Ware dar: G-W und W-G. Gleicher Wert ist Bedin- gung des normalen Verlaufs der Zirkulation. Jedoch ist der Begriff des »Werts oder Preises der Arbeit«, der die ›Ware Arbeit‹ käuflich zeigt, nur ein »irrationeller Ausdruck«⁶. Der »Wert oder Preis der Arbeit« wäre identisch mit dem Wert oder Preis des von ihr geschaffenen Produkts. Er ist mit dem Wertgesetz nicht kompati-

1 V. Agartz, *Expansive Lohnpolitik*, S. 7.

2 V. Agartz, *Gewerkschaft und Arbeiterklasse*, S. 136.

3 MEW 23, S. 649.

4 A. a. O., S. 557.

5 Vgl. H.-G. Bensch, *Vom Reichtum der Gesellschaften*, Lüneburg 1995, S. 51 ff.

6 MEW 23, S. 561.

bel.¹ Die Arbeit selbst ist weder Ware noch hat sie einen Wert, sie »ist die Substanz und das immanente Maß der Werte«². Als Begriff der Substanz drückt sie einerseits die Gleichheit der mannigfaltigen Waren als Produkt menschlicher Arbeit aus. Als Begriff der Relation ist sie andererseits Maß der Werte der in verschiedenen Waren durch verschiedene Quanta Arbeit enthaltenen Arbeitsmasse. Nicht der »Wert der Arbeit«, sondern der Wert der Ware Arbeitskraft wird mit Lohn gezahlt. Ihr Wert ist kleiner als das von ihr geschaffene Wertprodukt. »Die Form des Arbeitslohns löscht also jede Spur der Teilung des Arbeitstags in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus. Alle Arbeit erscheint als bezahlte Arbeit.«³ Der »Wert oder Preis der Arbeit« erscheint dem Arbeiter, unvermeidbar aber falsch, als Äquivalent seiner gesamten geleisteten Arbeit – ersetzt jedoch nur den Wert der für seine Reproduktion notwendigen Lebensmittel. Er ist verkehrte Form des Werts des Arbeitsvermögens. Dieser Schein unterscheidet die Lohnarbeit von jeder anderen historischen Form der Arbeit. Dem Sklaven erscheint alle seine Arbeit, einschließlich der Arbeit zur eigenen Reproduktion, als Gratisarbeit für den Herrn. Dem Fronbauern ist die Zeit, die er auf herrschaftlichem Gut arbeiten muß von der für die eigene Reproduktion auf eigenem Feld, räumlich und zeitlich erkennbar getrennt. Die Erscheinungsform Lohn ist Mystifikation des »wirklichen Verhältnisses«⁴, des Austausches zwischen Kapital und Arbeit. Das Verhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeit ist als Tausch von Äquivalenten nicht denkbar. Der dem Warenverkehr zugrundeliegende Austausch von Äquivalenten ist der Zirkulationssphäre angehöriger Schein. In der Scheinhaftigkeit des Lohns ist sowohl die Differenz von notwendiger Arbeit und Mehrarbeit als auch die von produktiver und unproduktiver Arbeit aufgehoben.

1 Vgl. MEW 23, S. 180, FN 37. Vgl. MEGA II/4.1, S. 15: Im Unterschied zur quantitativen Abweichung von Wert und Preis wäre »hier beim *Preis der Arbeit* (...) *qualitative* Incongruenz.« Der Preis der Arbeit ist auf keinen Wert reduzierbar.

2 MEW 23, S. 559.

3 A. a. O., S. 562.

4 Ebda.

Wert und Gebrauchswert der Arbeitskraft sind wie bei jeder beliebigen Ware »an und für sich inkommensurable Größen«¹. Für die Bestimmung des Wertes gilt zunächst: »Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder andren Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit.«² Das Quantum der in der Masse der Lebensmittel vergegenständlichten gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit bestimmt ihren Wert. In diesen Wert sind nicht nur die Lebensmittel inbegriffen, die den Arbeiter in den Stand versetzen, jeden Tag aufs neue mit derselben »Kraft, Gesundheit und Frische zu arbeiten«³, sondern auch die zur Reproduktion der Arbeiterklasse notwendigen Lebensmittel. So geht in den Wert der Arbeitskraft auch das ein, was von ihrer unmittelbaren Reproduktion getrennt erscheint.

Gegen die Identität der Ware Arbeitskraft mit allen anderen Waren ist sie von der allgemeinen Wertbestimmung der Waren dadurch unterschieden, daß die Bestimmung des Werts der Arbeitskraft »ein historisches und moralisches Element«⁴ enthält. Damit ist zugleich gesagt, daß es sich um eine »nationale« Ware handelt, deren Wert »für *ein bestimmtes Land*, zu einer bestimmten Periode«⁵ (Hervorhebung T.S.) gegeben ist. Das historische und moralische Element ist gleichgültiger Teil der Bestimmung des Werts der Arbeitskraft. Es erscheint nicht gesondert, sondern bestimmt als

1 MEW 23, S. 563. Nur in der Analyse des im unmittelbaren Produktionsprozeß befindlichen Einzelkapitals sind Tausch- und Gebrauchswert der Arbeitskraft *kommensurable* Größen. Oft genug tauchen im *Kapital* Modellrechnungen auf, in denen anhand wechselnder Größen von *v* und *m*, bzw. der Größe des Neuwerts und des Teils, der zum Ersatz des vorgeschossenen variablen Kapitals aufgewendet werden muß, ein Vergleich durchgeführt wird. Die Größe des variablen Kapitals entspricht dabei dem Tauschwert, die Größe des Neuwerts entspricht dem Gebrauch der Arbeitskraft, der Länge des Wertbildungsprozesses (bei konstanter Intensität der Arbeit).

Über den unmittelbaren Produktionsprozeß hinaus gilt, daß Tausch- und Gebrauchswert der Arbeitskraft inkommensurable Größen sind: Nur zwei Beispiele seien genannt, auch der unproduktive Arbeiter erhält durch den Lohn den Wert seiner Arbeitskraft gezahlt (dieses seinem Wert entsprechende Äquivalent ist selbst nur Resultat produktiver Arbeit und wird demnach aus der gesamtgesellschaftlich produzierten Mehrwertsumme bezahlt), in ihrem Gebrauch schafft er jedoch weder Wert noch Mehrwert! Gleiches gilt für die Arbeiterfamilie, deren Mitglieder, ohne zu arbeiten, vom Lohn ihres Ernährers sich reproduzieren. Mit diesem Hinweis auf die gesamtgesellschaftlich produzierte Wertsomme klärt sich auch der mögliche Einwand, daß in den Wert der Arbeitskraft preisbestimmte Elemente, »Dienstleistungen« wie Ausbildung usf., eingehen.

2 A. a. O., S. 184.

3 A. a. O., S. 248.

4 A. a. O., S. 185.

5 Ebda.

Element die verschiedenen nationalen Arbeitskräfte. Die Einführung dieses wertbestimmenden Elements steht dem Begriff der Klasse entgegen. Dennoch ist es als theoretischer Ausdruck für die Ungleichzeitigkeit in der Entwicklung der nationalen Arbeiterklassen und die geographischen Differenzen in der Bestimmung der besonderen Gestalt der notwendigen Lebensmittel erzwungen.

»Die letzte Grenze oder Minimalgrenze des Werts der Arbeitskraft wird gebildet durch den Wert einer Warenmasse, ohne deren tägliche Zufuhr der Träger der Arbeitskraft, der Mensch, seinen Lebensprozeß nicht erneuern kann, also durch den Wert der physisch unentbehrlichen Lebensmittel.«¹ Fiele der Preis der Arbeitskraft auf oder unter diese Grenze, könnte die Arbeitskraft »sich nur in verkümmerter Form erhalten und entwickeln«². Es fände keine gesellschaftliche Reproduktion statt. Fällt der Preis der Arbeitskraft unter ihren jeweils gegebenen Wert, jedoch nicht bis auf jene Minimalgrenze, findet keine Reproduktion ihres Werts statt, ohne daß die gesellschaftliche Reproduktion des Kapitals beeinträchtigt ist! Ohne Minderung ihres Gebrauchs, unveränderte Länge des Arbeitstags, gleicher Grad an Intensität der Arbeit und gleicher »Lebensarbeitszeit«, wird ihr der normale Tauschwert nicht gezahlt.³ Da aber weder das dem physischen Minimum entsprechende Wertelement noch das historisch-moralische Element quantifizierbar sind, ist der Teil des historisch-moralischen Elements gesunken.

1 A. a. O., S. 187.

2 Ebd. Die Grenze ist die Reproduktion der Arbeiterklasse. Sind die Arbeitskräfte durch geringe Bezahlung und der Länge und Intensität ihrer Arbeit als Träger dieses Vermögens verschlissen, das heißt verstorben, ehe sie ihre Kinder als Ersatzleute aufgezogen haben, findet keine Reproduktion und damit auch keine Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter mehr statt. Für Reproduktion auf gegebener oder erweiterter Stufenleiter muß die Bedingung erfüllt sein, daß die »die verbrauchten Produktionsmittel, d.h. Arbeitsmittel, Rohmaterialie und Hilfsstoffe, in natura durch ein gleiches Quantum neuer Exemplare ersetzt« (A. a. O., S. 591) werden. Das gilt auch für die Arbeitskraft. Dieses physische Minimum an Lebensmitteln ist nicht zu verwechseln mit dem politisch festgelegten »Existenzminimum«! Doch gerade dieses bedauert W. Hofmann offenbar. Weil sich das physische Minimum üblicherweise post mortem nur bestimmen läßt, folgert Hofmann messerscharf, es handele sich nur um eine »Fiktion« – gar wohl noch um eine science fiction? (W. Hofmann, *Verelendung*, in: *Folgen einer Theorie, Essays über »Das Kapital« von Karl Marx*, Frankfurt a. M. 1967, S. 51).

3 Folge der falschen Identifikation von Tausch- und Gebrauchswert der Arbeitskraft ist die beliebte These vom »Wettbewerbsvorteil« durch »sozialen Frieden«: »Diese soziale Marktwirtschaft war und ist das Erfolgsgeheimnis für die große Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.« (Oskar Lafontaine, »Wir können nicht billiger sein als China oder Indien«, zit. n. Frankfurter Rundschau, Nr. 247, 23.10.1996).

Ist der Wert der Arbeitskraft bestimmt durch ihre Reproduktions- oder Erhaltungskosten, unterliegt seine Größe dem Wechsel in der Extensität und Intensität der Arbeit. Wird mehr Arbeit verausgabt, steigt ihr Wert: »Diese vermehrte Ausgabe bedingt eine vermehrte Einnahme.«¹ Wird diese vermehrte Ausgabe nicht proportional kompensiert, erhebt sich zu recht die Stimme des Arbeiters zur Polemik gegen die Identifizierung seiner Ware mit dem »andren Warenpöbel«². Gegen die maßlose Verlängerung des Arbeitstags, dargestellt im 8. Kapitel, kann nur wieder seine »Normaldauer«³ ins Feld geführt werden, denn die dem Gesamtwert der Arbeitskraft zugrundegelegte »Durchschnittsperiode, die ein Durchschnittsarbeiter bei vernünftigen Arbeitsmaß leben kann«⁴, unterliegt selbst dem Zwang der Verwertung des Werts, ist damit Maß und zugleich kein Maß: »Das Kapital fragt nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft. Was es interessiert, ist einzig und allein das Maximum von Arbeitskraft, das in einem Arbeitstag flüssig gemacht werden kann.«⁵ Die infolge übermäßigen Verschleißes jeweils verkürzte Lebenszeit stellt die jeweils neue Basis des Gesamtwerts der Arbeitskraft dar. Nicht die absolute Größe der verausgabten Arbeitsmasse, sondern allein die relative Größe der Mehrarbeit zur notwendigen Arbeit ist der ›Lebenstrieb‹ des Kapitals. Die Steigerung der absoluten Mehrwertproduktion beruht darauf, daß bei gegebenem oder konstantem Wert der Arbeitskraft die verausgabte Arbeitsmasse durch Verlängerung der Arbeitszeit wächst und diese vermehrte Ausgabe *nicht* durch vermehrte Einnahme beglichen wird. Das heißt, die gesteigerte Produktion des absoluten Mehrwerts hat zur Voraussetzung, daß keine Reproduktion des Werts der Arbeitskraft stattfindet!⁶

Erst unter der Voraussetzung, »daß die Waren, also auch die Arbeitskraft zu ihrem *vollen* (Hervorhebung T.S.) Wert gekauft und verkauft werden«⁷, kann auf den Begriff des relativen Mehrwerts

1 MEW 23, S. 185.

2 A. a. O., S. 248.

3 Ebda.

4 Ebda.

5 A. a. O., S. 281.

6 Daß Marx im 10. Kapitel die Produktion des absoluten Mehrwerts ohne Einschränkung mit der »verkümmerten Reproduktion« (a. a. O., S. 333) der Arbeitskraft gleichsetzt, fällt hinter den Stand des 4. Kapitels zurück.

7 Ebda.

und die Methoden seiner Steigerung geschlossen werden. Steigt die Produktivkraft der Arbeit in den Produktionszweigen, die Konsumtionsmittel herstellen, sinkt die zur Reproduktion dieses Werts notwendige Arbeitsmasse und mit ihr der Wert der Arbeitskraft.

Wechsel der Intensität und der Extensität der Arbeit haben einen proportionalen Wechsel des Werts der Arbeitskraft zur Folge, Wechsel in der Produktivkraft der Arbeit dagegen einen umgekehrt proportionalen Wechsel ihres Werts. Daß jedoch die Intensifikation der Arbeit erst im vierten Abschnitt über die *Produktion des relativen Mehrwerts* explizit genannt wird, ist durch die Gebrauchswertseite der Arbeitskraft zu erklären: »Gesteigerte Produktivkraft der Arbeit und ihre wachsende Intensität wirken nach einer Seite hin gleichförmig.«¹ In ihrer Wirkung auf die Größe des Produktquantums sind gesteigerte Intensität und gesteigerte Produktivkraft der Arbeit nicht zu unterscheiden. Jedoch in ihrer Wirkung auf den Wert der Arbeitskraft »macht sich der Unterschied zwischen absolutem und relativem Mehrwert fühlbar, sobald es gilt, die Rate des Mehrwerts überhaupt zu steigern.«² Fühlbar dem Träger der Ware Arbeitskraft, denn sein Wert könnte ihm, im Gegensatz zur Produktion des absoluten Mehrwerts, im Falle relativer Mehrwertproduktion potentiell gezahlt werden.³ Bezogen auf das Produktenquantum wirkt die gesteigerte Intensität der Arbeit als besondere Methode der relativen Mehrwertproduktion: Relativer Mehrwert wird ohne Produktivkraftsteigerung produziert. Bezogen auf den Wert der Arbeitskraft wirkt sie wie die absolute Mehrwertproduktion.

Der Wert der Arbeitskraft erscheint doppelt, als nomineller und als reeller Lohn. Ihr Wert und die ihrem Wert korrespondierende Masse an Lebensmitteln können voneinander unabhängige Bewegungen durchlaufen.

1 A. a. O., S. 552.

2 A. a. O., S. 534.

3 Vgl. a. a. O., S. 545. Der an dieser Stelle zu nennende Lapsus Marx', daß die Produktion relativen Mehrwerts, »soll der Lohn nicht unter den Wert der Arbeitskraft sinken, Wechsel in der Produktivität oder der Intensität der Arbeit« (A. a. O., S. 534) voraussetze, ist entschuldbar, da mit der Prämisse gleichbleibenden Lohns und Werts der Arbeitskraft im Fall gestiegener Produktivkraft die Intensität der Arbeit zunehmen müßte und umgekehrt.

1. Steigt die Extensität oder Intensität der Arbeit, wächst der Wert der Arbeitskraft dadurch, daß eine größere Masse an Lebensmitteln die vermehrte Ausgabe kompensieren muß. Wird der nominelle Lohn nicht angepaßt, bleibt ihr Wert absolut zwar unverändert, relativ zur verausgabten Arbeitsmasse sinkt er jedoch.

2. Steigt die Produktivkraft der Arbeit, sinkt der Wert der Arbeitskraft dadurch, daß der Wert der Masse Lebensmittel sinkt. Verschiedene Grade des Falls des durch die Größe des nominellen Lohns (Geldwert konstant) bislang gezahlten Werts auf diesen neuen Wert der Arbeitskraft sind denkbar: Erstens, bliebe der nominelle Lohn gleich, repräsentierte dieser eine größere Masse an Lebensmitteln; der ›Lebensstandard‹ wäre gestiegen. Zweitens, sänke der nominelle Lohn auf den neuen Wert herab, hätte sich der reelle Lohn, die Masse an Lebensmitteln, nicht verändert. So ergibt sich drittens, daß trotz gefallenem nominellen Lohn der reelle gestiegen sein kann, wenn durch Zwischenbewegungen der Fall auf den neuen Wert nur sukzessive erfolgt.

IV. Wert der Arbeitskraft, Lohn und Konkurrenz

Der Betrachtung der Eigentümlichkeiten verschiedener Lohnformen ist vorausgesetzt, daß der Wert der Arbeitskraft ihr als Lohn gezahlt wird. Für die Form des Zeitlohns ergibt sich bei stündlicher Entlohnung folglich: Durchschnittlicher Tageswert der Arbeitskraft dividiert durch die Stundenzahl des durchschnittlichen Arbeitstags ist der Preis der Arbeitsstunde. Wird der Arbeiter kürzer als die durchschnittliche Stundenzahl des Arbeitstages beschäftigt, fällt sein Preis unter seinen Wert. »Der Kapitalist kann jetzt ein bestimmtes Quantum Mehrarbeit aus dem Arbeiter heraus schlagen, ohne ihm die zu seiner Selbsterhaltung notwendige Arbeitszeit einzuräumen.«¹ Wird die Dauer des Arbeitstags hingegen verlängert, wächst der Lohn, der Preis der Arbeit bleibt nominell konstant und kann dennoch unter den Wert der Arbeitskraft fallen, immer dann, wenn die Relation zwischen Wert und Preis an den Knotenpunkt gelangt, an dem der in gleicher Proportion gewachsene Lohn nicht mehr

1 MEW 23, S. 568.

genügt, die in Übermaß verschlissene Arbeitskraft zu ersetzen. »Der Wert der Arbeitskraft, weil ihr Verschleiß, wächst mit der Dauer ihrer Funktion und in rascherer Proportion als das Inkrement ihrer Funktionsdauer.«¹ Wechsel in der Länge des Arbeitstags, gleichgültig ob über oder unter die des Normalarbeitstags, hat zur Konsequenz, daß die Relation von normalem Wert der Arbeitskraft und normaler Dauer des Arbeitstags ihren Sinn verliert.

Zeit- und Stücklohn sind als Erscheinungen derselben wesentlichen Bestimmung ineinander überführbar. Bestimmt sich der Lohn beim Zeitlohn allein durch die Dauer der Arbeit, mißt er sich beim Stücklohn am Produktenquantum, Lohn pro Stück. Nur dadurch, daß die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die zur Produktion eines Stückes aufgewandt werden muß, aus der »Praxis«² bekannt ist, bietet der Stücklohn »den Kapitalisten ein ganz bestimmtes Maß für die Intensität der Arbeit.«³ Maß für die Intensität der Arbeit ist er jedoch nur dann, wenn ein Produktionszweig, identische Gebrauchswertarten, ferner gleiche Produktivkraft der Arbeit, identische Maschinen, angenommen werden.

Angetrieben durch die »Niedrigkeit des Arbeitspreises«⁴ ist es das »persönliche Interesse«⁵ des Arbeiters, möglichst lange zu arbeiten. Der Versuch, durch längere Arbeitszeit die Größe seines Arbeitslohns zu behaupten oder zu steigern, verkehrt sich ins Gegenteil: »*Je mehr er arbeitet, um so weniger Lohn erhält er, [...] weil er also in letzter Instanz sich selbst Konkurrenz macht, sich selbst als Mitglied der Arbeiterklasse.*«⁶ Verrichtet ein Mann das Tagwerk von 1½ oder 2 Männern, wächst die auf den Markt strömende vergegenständlichte Arbeitsmasse. Unter Annahme eines begrenzten Marktumfanges muß die Zahl der beschäftigten Arbeiter reduziert werden. Der Intensitätsgrad der Konkurrenz, der nur relational durch das Verhältnis der Größe der beschäftigten zur Größe

1 A. a. O., S. 568 f., vgl. S. 549.

2 A. a. O., S. 576. Diese Praxis ist Praxis »beständige(r) Kämpfe zwischen Kapitalist und Arbeiter« (a. a. O., S. 582).

3 A. a. O., S. 576. Nur unter diesen Annahmen ist die Möglichkeit gewerkschaftlichen Kampfes denkbar, der nicht nur die Extensität, sondern auch die Intensität der Arbeit zum Gegenstand hätte.

4 A. a. O., S. 570.

5 A. a. O., S. 577.

6 MEW 6, S. 421.

der unbeschäftigten Arbeiter zu bestimmen ist, wächst. »Die so unter den Arbeitern erzeugte Konkurrenz befähigt den Kapitalisten, den Preis der Arbeit herabzudrücken, während der fallende Preis der Arbeit ihn umgekehrt befähigt, die Arbeitszeit noch weiter heraufzuschrauben.«¹ Fallender Preis der Arbeitskraft und dadurch erzeugte Verlängerung des Arbeitstages potenzieren sich somit. Wird in Stücklohn gezahlt, ist es das subjektive Interesse, möglichst intensiv zu arbeiten. Wie bei gesteigerter Produktivkraft verkürzt sich der Teil des Arbeitstags, der zur Produktion der Lebensmittel oder ihres Äquivalents notwendig ist – mit der aparten Differenz, daß erstens keine Reproduktion des Werts der Arbeitskraft stattfindet, zweitens der Arbeiter noch intensiver (und obendrein länger) arbeiten muß, um sich reproduzieren zu können und drittens der in dieser Weise gesteigerte Normalgrad der Intensität Anlaß ist, den Stücklohn selbst herabzusetzen und so fort bis zur Grenze des physischen Minimums.

Vom Resultat her betrachtet, scheinen die Formen der Bezahlung der Arbeitskraft Methoden der absoluten und relativen Mehrwertproduktion zu sein. Zwar wird absoluter Mehrwert durch die Verlängerung des Arbeitstags und die Intensifikation der Arbeit produziert, aber seiner Produktion ist auf Grundlage der Werttheorie die des relativen Mehrwerts vorausgesetzt. Relativer Mehrwert wird produziert durch Kooperation, Teilung der Arbeit und große Industrie. Der jeweils gegebene Stand der technischen Entwicklung ist damit Voraussetzung der erneuten Extension und Intensifikation der Arbeit. Daß die Arbeit ausgedehnt und intensiviert wird, »dafür sorgt das Kapital durch die Methode der Zahlung.«² Durch die Form der Bezahlung wird zwar absoluter Mehrwert produziert, der Lohn ist aber keine Methode der Mehrwertproduktion.³ Kooperation, Teilung der Arbeit und große Industrie haben Wertäquivalenz zur Voraussetzung. Die Methode der Zahlung in ihren mannigfal-

1 MEW 23, S. 571.

2 A. a. O., S. 433.

3 Da die Lohnformen in ihrer Wirkung auf die Masse Mehrwert nicht von den Methoden der absoluten und relativen Mehrwertproduktion zu unterscheiden sind, haben sie ihren Ort in der Analyse des unmittelbaren Produktionsprozesses. Einerseits folgt ihre Untersuchung unmittelbar auf den Abschnitt, der betitelt ist mit »Die Produktion des absoluten und relativen Mehrwerts«. Da andererseits der Lohn mystifizierende Erscheinung der Oberfläche ist, ist er von jeder den Methoden der Mehrwertproduktion zu unterscheiden. Äußerlich wird dieser Unterscheidung durch die Widmung eines eigenständigen Abschnitts Rechnung getragen.

tigen Gestalten ist vielmehr Methode der permanenten Unterschreitung des gegebenen Niveaus Werts der Ware Arbeitskraft. Gilt für die allgemeine Bestimmung des Werts von Waren, daß dieser in der Form des Preises erscheint und seine Größe durch »das Quantum der in ihm enthaltenen wertbildenden Substanz«, der Arbeit«¹ bestimmt wird, ergibt sich für die Bestimmung des Werts der Ware Arbeitskraft der Widerspruch: Einerseits ist ihr Wert durch seine Produktion und Reproduktion bestimmt, andererseits wird ihre die Preisgröße bestimmende Wertgröße selbst durch die Größe ihres Preises, des »Preises der Arbeit«, bestimmt. Liegt der »Preis der Arbeit« unter dem Wert der Arbeitskraft, an einem gegebenen Zeitpunkt, so hat der Wert die Tendenz, sich dem Preis anzugleichen.

Zwar ist im I. Abschnitt des *Kapitals* die Rede von der »Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Preis und Wertgröße, oder der Abweichung des Preises von der Wertgröße«², diese ist jedoch für den ersten Band des *Kapitals* gegenstandslos, weil kein Grund für diese Inkongruenz entwickelt ist.³ Wert und Preis sind als quantitativ nicht voneinander abweichend unterstellt.⁴ Für die Ware Arbeitskraft dagegen ist diese Inkongruenz im ersten Band des *Kapitals* entwickelt – durch die Methoden ihrer Bezahlung, die Erscheinungsform Lohn.⁵

Die Analyse der Konkurrenz ist selbst nicht Gegenstand im ersten Band des *Kapitals*. Die Darstellung des Arbeitslohns kommt jedoch ohne den Begriff der Konkurrenz nicht aus. Einerseits ist die Konkurrenz explizit genannt, da sie den Kapitalisten befähigt, »den

1 A. a. O., S. 53, vgl. S. 121.

2 A. a. O., S. 117.

3 Vgl. F. Kuhne, *Begriff und Zitat bei Marx*, Lüneburg 1995, S. 34, vgl. S. 67. Die Ware Arbeitskraft wird als Ware gehandelt, ist jedoch selbst nicht Produkt eines unmittelbaren Produktionsprozesses. Deshalb mußte, wie gezeigt, ihr Wert durch den Wert der zu ihrer Reproduktion notwendigen Lebensmittel bestimmt werden. Verschiedene Werte/Preise dieser Lebensmittel sind Folge verschiedener organischer Zusammensetzungen einzelner Kapitale in der Konsumgüterindustrie. Ziel einzelner Kapitalisten dieser Produktionssphäre ist nicht die Herstellung einer möglichst wohlfeilen Ware Arbeitskraft, sondern möglichst wohlfeiler, verkäuflicher Lebensmittel.

4 Vgl. MEW 23, S. 180 FN, S. 234 FN.

5 Die »relative Entwertung der Arbeitskraft« (A. a. O., S. 371) durch Manufaktur und Maschinerisierung, ist von der durch Lohn verursachten Inkongruenz zu unterscheiden. Dort sinkt oder erlischt der Gebrauchswert als Folge der Einführung von Weiber- oder Kinderarbeit, dem teilweisen Wegfall von geschickter Arbeit oder endlich der Freisetzung von Arbeitskräften und infolgedessen auch der Tauschwert (vgl. A. a. O., S. 454).

Preis der Arbeit herabzudrücken«¹, andererseits ist sie ausgeschlossen, da die einfache Transformation der Gesetze des 15. Kapitels über den Größenwechsel von Preis der Arbeitskraft und Mehrwert in die »exoterische Form des Arbeitslohns«² zugleich die Gesetze seiner Bewegung liefere. Als »Exekutor«³ der ökonomischen Gesetze ist die Konkurrenz wesentlich von diesen zu unterscheiden.

Es ist gezeigt worden, daß der »Preis der Arbeit« durch die Konkurrenz und die Methoden der Bezahlung unter den Wert der Arbeitskraft gesenkt werden kann⁴ und daß die *Ungleichheit* des Preises der lebendigen Arbeit und des Werts der toten Arbeit Voraussetzung des Wertgesetzes, von Kapital überhaupt, ist. Konkurrenz bestimmt den Wert der Arbeitskraft und kann ihn zugleich nicht bestimmen, ohne die Werttheorie aufzuheben. Dieser Widerspruch ist lösbar: Logisch und zeitlich ist der Wert der Arbeitskraft seiner Variation durch die Konkurrenz vorgeordnet.⁵ Die Transformation der im 15. Kapitel des ersten Bandes des *Kapitals* entwickelten Gesetze in Gesetze der Bewegung des Arbeitslohns liefert somit nur das Material des unter Bedingungen der Konkurrenz stattfindenden Lohnkampfes. Fällt der Preis der Arbeitskraft unter ihren Wert, sei es durch einfache Lohndrückerei, »Nullrunden«, Kürzung des Schlechtwettergeldes etc., sei es durch Wechsel in der Extensität, Intensität oder Produktivkraft der Arbeit, hängt »der Grad des Falls [...] von dem relativen Gewicht ab, das der Druck des Kapitals von der einen Seite, der Widerstand der Arbeiter von der anderen Seite in die Waagschale wirft.«⁶ Die Vorstellung der Bestimmbarkeit des Werts der Arbeitskraft durch den Arbeitslohn ist dagegen mit der

1 A. a. O., S. 571.

2 A. a. O., S. 583, vgl. S. 565.

3 MEW 42, S. 457.

4 Vgl. MEW 23, S. 332, S. 549, S. 571, S. 626.

5 »Seit langem bewegt sich (...) das Preisniveau in allen Ländern mit hochmonopolistisch organisierter Wirtschaft nach oben. Gleichzeitig müssen die »Werte« der Waren infolge der gewaltigen Steigerung der Arbeitsproduktivität (Automation!) als fortgesetzt sinkend betrachtet werden. Unter diesen Umständen hat sich die Tendenz der Preise offenbar gänzlich von der Bewegung der »Werte«, wie Marx sie sich dachte, gelöst. Auch der »Wert« der Arbeitskraft muß unter diesen Umständen zum bloßen gedanklichen Hilfsbegriff absinken.« (W. Hofmann, *Verelendung*, in: *Folgen einer Theorie, Essays über ›Das Kapital‹ von Karl Marx*, Frankfurt a. M. 1967, S. 49). Degradierte man den Begriff des Werts der Ware Arbeitskraft zu einem Begriff, der hilfreich, doch nicht notwendig sei, verschwände der Unterschied zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit oder der Unterschied von Wert der Arbeitskraft und ihrer Funktion als Wertbildner. Die Herkunft von Mehrwert bliebe mysteriös.

6 MEW 23, S. 545.

Werttheorie unvereinbar. Der Wertbegriff wäre »völlig ausgelöscht«¹.

Insofern der Lohn als Preis der Arbeit den jeweils gegebenen Wert der Arbeitskraft variiert, gibt die Darstellung des Arbeitslohns im *Kapital* in einer Hinsicht Anlaß für die Agartzsche Konsequenz des Politischen Lohns. Marx zufolge geht das »Ringens um Lohnsteigerung nur als Nachspiel *vorhergehender* Veränderungen [...] im Umfang der Produktion, der Produktivkraft der Arbeit, des Werts der Arbeit, des Werts des Geldes, der Dauer oder der Intensität der ausgepreßten Arbeit, der Fluktuation der Marktpreise, abhängig von den Fluktuationen von Nachfrage und Zufuhr und übereinstimmend mit den verschiedenen Phasen des industriellen Zyklus«² vor sich. Auf das Moment der Bestimmbarkeit des Arbeitslohns und des Werts der Arbeitskraft sich berufend, verkehrt Agartz diese logische und zeitliche Abfolge und fordert den höchstmöglichen Lohn. Gelingt den Gewerkschaften eine Politik des ständigen Lohndrucks, ist deren Wirkung auf die Akkumulation des gesellschaftlichen Kapitals zu betrachten.

V. Lohn und Akkumulation

Zwei Varianten scheinen zunächst nur denkbar: Entweder die Größe der Akkumulation ist abhängig von der Größe des Lohns oder umgekehrt. Daß die Größe des Lohns die Akkumulation des gesellschaftlichen Kapitals und letztlich auch seine Existenz bestimmt, muß Agartz' Konzeption der *Expansiven Lohnpolitik* mit der doppelten Bedeutung des Politischen Lohns zugrundeliegen.

Erste Variante:

Allgemein gilt, daß eine Lohnerhöhung die Profitrate senkt. Da für das Durchschnittskapital Profit und Mehrwert in eins fallen, senkt eine Lohnerhöhung direkt die Rate des Mehrwerts. Bei der Bestimmung der Größe der Akkumulation wirken deshalb alle Umstände mit, die die Masse des Mehrwerts bestimmen.

1 A. a. O., S. 559.

2 MEW 16, S. 146.

1. Einerseits der Exploitationsgrad der Arbeitskraft: »Die gewaltsame Herabsetzung des Arbeitslohns unter diesen Wert spielt jedoch in der praktischen Bewegung eine zu wichtige Rolle, um uns nicht einen Augenblick dabei aufzuhalten. Sie verwandelt faktisch, innerhalb gewisser Grenzen, den notwendigen Konsumtionsfonds des Arbeiters in einen Akkumulationsfonds von Kapital.«¹ Andererseits die Exploitation der Arbeitskraft: Durch Extension und Intensifikation der Arbeit wächst absolut die Masse des Mehrwerts. Der Akkumulationsfond dehnt sich aus, im ersten Fall, weil die Größe des variablen Kapitalteils ohne Änderung seines Gebrauchswerts dem Wert nach sinkt; die Mehrwertrate steigt. Im zweiten Fall, wenn der gesteigerte Verschleiß proportional kompensiert wird, ändert sich die Mehrwertrate nicht, und ist dennoch von Vorteil für das Einzelkapital. Drei Gründe für das »absolute Interesse«² des Kapitalisten an gesteigerter Exploitation sind zu nennen: Erstens muß das konstante Kapital trotz gesteigerter Arbeitsmasse nur unverhältnismäßig wachsen. Arbeitet anstatt einer größeren Arbeiterzahl eine geringere länger oder intensiver, ergibt sich zwar keine Veränderung des Teils des konstanten Kapitals, der in Arbeitsgegenständen vorgeschossen werden muß. Der in Arbeitsmitteln vorgeschossene Kapitalteil hingegen, braucht mit steigender Arbeitsmasse nicht verhältnismäßig zu steigen. Trotz verhältnismäßig schnelleren Verschleisses, sind für weniger Hände nur weniger Arbeitsmittel nötig. Zweitens unterliegt damit ein geringerer Teil des konstanten Kapitals der Möglichkeit des moralischen Verschleisses. Drittens entstehen keine weiteren Ausbildungs- oder Anlernkosten. Wird bei gesteigerter Exploitation diese nicht durch ein entsprechendes Äquivalent an Lohn kompensiert, steigt obendrein der Exploitationsgrad, die Rate des Mehrwerts.

Die Größe des variablen Kapitals ist folglich einerseits die Wertsumme, mit der der Kapitalist durch den Lohn Arbeitskraft kauft, andererseits ist sie bloßer Index von Arbeit. Das heißt, Lohn und variables Kapital treten in nominellen und reellen Lohn aufseiten der Reproduktion des Arbeiters und in auszulegendes Kapital

1 MEW 23, S. 626.

2 A. a. O., S. 664. Vgl. MEW 25, im Abschnitt über das »Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate« das 14. Kapitel »Entgegenwirkende Ursachen«. Die Profitrate steigt aufgrund gesteigerter Exploitation, ohne daß sich die Mehrwertrate ändert.

und Index von Arbeit auf seiten der Akkumulation des Kapitals auseinander. Allein die letztgenannte Relation, Wert von v und v als Index von Arbeit, bestimmt die Größe des Mehrwerts, »die Substanz der Akkumulation«¹.

2. Der Produktivitätsgrad der gesellschaftlichen Arbeit: Steigt die Produktivkraft der Arbeit, kann die Rate des Mehrwerts und somit auch seine Masse steigen. Ohne gesteigerte Exploitation wird das gleiche variable Kapital Index von mehr Arbeit. Der reelle Lohn könnte steigen. Jedoch: »Er steigt nie verhältnismäßig mit der Produktivität der Arbeit.«² Stiege der Lohn, Agartz' Intention gemäß, dauerhaft in dieser Weise, könnte weder relativer Mehrwert produziert werden noch bestünde die beschleunigte Akkumulation des Kapitals fort. »Das in ein Naturgesetz mystifizierte Gesetz der kapitalistischen Akkumulation drückt also in der Tat nur aus, daß ihre Natur jede solche Abnahme im Exploitationsgrad der Arbeit oder jede solche Steigerung des Arbeitspreises ausschließt, welche die stetige Reproduktion des Kapitalverhältnisses und seine Reproduktion auf stets erweiterter Stufenleiter ernsthaft gefährden könnte.«³

Festzuhalten ist, daß eine (nominelle/reelle) Lohnerhöhung nur dann Einfluß auf die Akkumulation hätte, wenn einerseits die Exploitation der Arbeitskraft nicht wüchse oder andererseits der (reelle) Lohn verhältnismäßig oder gar schneller als die Produktivkraft stiege. Damit sind die Bedingungen des Erfolgs des Politischen Lohns genannt. Zu den aus der Erfüllung dieser Bedingungen sich zwingend ergebenden Problemen später.

Zweite Variante:

Wenn auch nicht als eigenständiger Abschnitt, findet der Begriff der Konkurrenz und des Lohnes im 23. Kapitel über *Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation* doch erneut Erwähnung.

Indifferent gegen die Unterscheidung von einfacher und beschleunigter Akkumulation gilt: Akkumulierte das Kapital in der Weise, daß der konstante Kapitalteil einen, ungeachtet ob in gleicher oder ungleicher Proportion, gewachsenen variablen Kapitalteil,

1 A. a. O., S. 630.

2 A. a. O., S. 631.

3 A. a. O., S. 649.

das heißt mehr Arbeiter, als zuvor für seine Anwendung benötigte, stiege die Nachfrage nach Arbeitskräften¹ und mit ihr sänke der Intensitätsgrad der Konkurrenz. Die Lohngröße wüchse. Der Preis der Arbeit stiege auf Kosten des Mehrwerts. Die kontinuierliche Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital fände nur in geringerem Umfang statt. »Die Akkumulation nimmt ab. Aber mit ihrer Abnahme verschwindet die Ursache ihrer Abnahme, nämlich die Disproportion zwischen Kapital und exploitablem Arbeitskraft. Der Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses beseitigt also selbst die Hindernisse, die er vorübergehend schafft. Der Arbeitspreis fällt wieder auf ein den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechendes Niveau, ob dies nun unter, über oder gleich mit dem Niveau, welches vor Eintritt des Lohnzuwachses als normal galt.[...] Es sind diese absoluten Bewegungen in der Akkumulation des Kapitals, welche sich als relative Bewegungen in der Masse der exploitablen Arbeitskraft widerspiegeln und daher der eignen Bewegung der letzteren geschuldet scheinen. Um mathematischen Ausdruck anzuwenden: die Größe der Akkumulation ist die unabhängige Variable, die Lohngröße die abhängige, nicht umgekehrt.«²

Diese Disproportion zwischen Kapital und Arbeit am Ende von Kapitel 23.1 drückt den Mangel aus, an die jeweils gegebene Größe der Arbeiterbevölkerung zu stoßen. Dieser Mangel erzwingt den Übergang zu den in Kapitel 23.2 beschriebenen Methoden, die unabhängig von der Bevölkerungsgröße und dem Preis der Arbeit³ die

1 Vgl. a. a. O., S. 641. Bei einfacher Akkumulation könnte die Nachfrage nach Arbeitskräften gar über ihr Angebot steigen.

2 A. a. O., S. 648.

3 Vgl. MEW 4, S. 176: »In England sind die Strikes regelmäßig Veranlassung zu Erfindung und Anwendung neuer Maschinen gewesen. Die Maschinen waren, man darf es behaupten, die Waffe, welche die Kapitalisten anwendeten, um die Revolte der Geschick erfordernden Arbeiter niederzuschlagen.« Dies stimmt nur, insofern »Strikes« oder, in Agartz' Sinne, Expansive Lohnpolitik den Anlaß für die Einführung von Maschinerie, deren Technologie bereits entwickelt ist, bildet. Steigt v , wird der Kapitalist, wenn technisch möglich, Maschinen die Tätigkeit der Arbeiter verrichten lassen, sobald der Preis der Maschine unter dem der Arbeiter steht. Steht der Preis der Arbeitskräfte in anderen Ländern unter dem der durch höhere Lohnkosten einzuführenden Maschine, verlagert das Kapital seinen »Standort«. Bezeichnet Agartz die Expansive Lohnpolitik als »zugleich das wirksamste Mittel, die Betriebe zu laufend höherer Rationalität anzuhalten, die Produktivität zu steigern und damit die Lohnexpansion zu fundamentieren« (Expansive Lohnpolitik, S. 114 f.) mißachtet er erstens die Möglichkeit des »Standortwechsels«, zweitens das Moment von Kontingenz in der Entwicklung der Resultate allgemeiner Arbeit und drittens, daß die gestiegene Produktivität eine relative Abnahme, d.h. Freisetzung, von Arbeitskräften zur Folge hat.

Größe der Akkumulation bestimmen: Konzentration und Zentralisation des Kapitals.

Die Nachfrage nach Arbeit ist nicht bestimmt durch die Größe des Gesamtkapitals, sondern nur durch die Größe seines variablen Kapitalteils. Fällt dieser aufgrund veränderter technischer Zusammensetzung relativ zur Größe des Gesamtkapitals, werden Arbeiter freigesetzt. Sie bilden die industrielle Reservearmee, die auf zweierlei Weise den wechselnden Verwertungsbedürfnissen des Kapitals das jeweils notwendige »exploitable Menschenmaterial«¹ liefert: Der Zahl nach und unabhängig von ihrer Zahl. Es gilt: »Im großen und ganzen sind die allgemeinen Bewegungen des Arbeitslohns ausschließlich reguliert durch die Expansion und Kontraktion der industriellen Reservearmee, welche dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus entsprechen. Sie sind also nicht bestimmt durch die Bewegung der absoluten Anzahl der Arbeiterbevölkerung, sondern durch das wechselnde Verhältnis, worin die Arbeiterklasse in aktive und Reservearmee zerfällt«².

Beide Varianten, die Bestimmbarkeit der Akkumulation durch den Lohn und umgekehrt, finden sich im *Kapital*. Jede der Varianten für sich genommen ist falsch. Behauptet Agartz über die Bestimmbarkeit des Arbeitslohns durch gewerkschaftlichen Lohnkampf die Bestimmbarkeit der Akkumulation, entgeht ihm, daß erstens Lohn nicht mit variablem Kapital zu identifizieren ist und zweitens der Lohn selbst unter Bedingungen der Konkurrenz, deren Grad außerhalb des gewerkschaftlichen Einflusses liegt, ausgehandelt wird. Umgekehrt dem Kapital noch den Klassenkampf determinierende Kraft beizulegen, vollendete die »Despotie des Kapitals«³.

VI. Kritik des Politischen Lohns

Agartz fordert mit dem Politischen Lohn, der auch Mittel zur Erhöhung des realen Lohns ist: »Jede materielle Lohnfindung hat sich

1 MEW 23., S. 661.

2 A. a. O., S. 666.

3 A. a. O., S. 669.

allein und ausschließlich nach den international erreichten optimalen Ergebnissen zu richten.«¹

Daß international verschiedene Niveaus der Löhne vorherrschen, ist augenfällig. »Beim Vergleich nationaler Arbeitslöhne sind also alle den Wechsel in der Wertgröße der Arbeitskraft bestimmende Momente zu erwägen, Preis und Umfang der natürlichen und historisch entwickelten ersten Lebensbedürfnisse, Erziehungskosten des Arbeiters, Rolle der Weiber- und Kinderarbeit, Produktivität der Arbeit, ihre extensive und intensive Größe.«² Nominell ist die Verschiedenheit durch Wechselkurse kommensurabel. Ist jedoch die Rede von »materieller Lohnfindung«, kann es sich nur um den realen Arbeitslohn handeln. Das Maß der Verschiedenheit realer Arbeitslöhne zu bestimmen, bereitet dagegen einige Schwierigkeiten: Tertium comparationis wäre das Verhältnis der Masse Lebensmittel zur Masse verausgabter Arbeit. Doch schon die Bestimmung der Relata scheitert: Nur wenn gleiche Gebrauchswertarten in den Umkreis der notwendigen Lebensmittel zweier zu vergleichender Länder gehörten, wären die Massen der Lebensmittel vergleichbar.³ Schon der Unterschied zwischen Schwarzbrot oder Weißbrot sprengte den Vergleich, ganz zu schweigen davon, daß abhängig von klimatischen Differenzen gewisse Waren an bestimmten Orten keinen Gebrauchswert darstellen. Differieren die nationalen »Warenkörbe« in ihren definierten Gebrauchswerten, ist kein gemeinsamer »Index« und damit kein Vergleich möglich.⁴ Differieren sie in der Menge gleicher Waren, wäre ein Vergleich denkbar, wenn die ihr korrelierende Masse Arbeit quantifizierbar wäre. Die Masse der verausgabten Arbeit ist Produkt ihrer Extensität und ihrer Intensität. Im Gegensatz zur Extensität der Arbeit, deren allgemeines Maß die Zeit ist, hat die Intensität der Arbeit kein allgemeines Maß. Nur unter der Voraussetzung einer konstanten Produktivkraft der Arbeit und der Reduktion der »angewandten Arbei-

1 V. Agartz, *Expansive Lohnpolitik*, S. 115.

2 MEW 23, S. 583.

3 Vgl. M. Dobb, *Der Lohn*, Frankfurt a. M. 1970, S. 38: »Dieser Weg ist ziemlich befriedigend, wenn in den zu vergleichenden Fällen die tatsächlichen Budgets nicht allzu unterschiedlich sind. Wo jedoch die Budgets nach allen Richtungen beträchtlich variieren, kann man zu merkwürdigen und widersprüchlichen (sic!) Ergebnissen gelangen, je nachdem, ob man das eine oder das andere der verschiedenen Budgets als Basis verwendet.«

4 Vgl. MEW 23, S. 542. Marx übersieht hier, daß der Wert der Arbeitskraft als »konstante Größe« behandelt zur Voraussetzung hat, daß die Form der Lebensmittel *nicht* wechseln kann.

ter auf Durchschnitts-Arbeiter«¹, bietet der Stücklohn »ein ganz bestimmtes Maß für die Intensität der Arbeit.«² Im Vergleich der Intensitäten der Arbeit bei Kapitalien verschiedener Produktionssphären genügt nicht die Konstanz der Produktivkraft. Gleiche Produktivkraft, das heißt identische Maschinen müßten angenommen werden. Die Vorstellung jedoch, mit identischen Maschinen die Herstellung verschiedener Gebrauchswerte zu bewerkstelligen, ist abwegig. Ist die Quantifizierung der Relata nicht möglich, ist die Relation nichtig. Das Dritte des Vergleichs ist nicht konstruierbar.

Ist kein Maß des realen Arbeitslohns als Bedingung des Vergleichs angebar, kann Agartz' Forderung, daß die »materielle Lohnfindung« sich »nach den international erreichten optimalen Ergebnissen« zu richten habe, in ihrer technisch-praktischen Realisierung nur scheitern.³

Hingegen gelingt der durch »praktische Notwendigkeit«⁴ erzwungene Vergleich der nationalen Verschiedenheit der Arbeitslöhne jeder Unternehmensführung und gibt Anlaß für den ›Standortwettbewerb‹: Tertium comparationis im Vergleich der Nationen ist das Verhältnis des Kostpreises zum Produktenquantum. So ist die im 20. Kapitel des ersten Bandes des *Kapitals* vorgenommene Reduktion der Durchschnitts-Tagelöhne »für dieselben Gewerbe«⁵ auf gleiche Länge und ihre Übersetzung in die Form des Stücklohns notwendige Bedingung des Vergleichs. In den ›Lohnstückkosten‹ ist der Unterschied von Produktivkraft der Arbeit und intensiver Größe der Arbeit nicht mehr zu erkennen. Jeweils eine Größe konstant gesetzt, ist der Stücklohn für ein Einzelkapital »ein Gradmesser sowohl für die Produktivität als die intensive Größe der Arbeit.«⁶ Anders formuliert: der Unterschied von konstantem und

1 A. a. O., S. 322.

2 A. a. O., S. 576.

3 Über die bloße Erwähnung, daß es in »lohnpolitischen Erörterungen« darauf ankomme, »wie solche Maßgrößen (des Werts der Arbeitskraft, T.S.) zustandekommen« (V. Gransow/M. Krätke, *Viktor Agartz – Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik*, Gewerkschaftspolitische Studien Bd. 12, Berlin 1978, S. 67) findet dieses zentrale Problem bei Gransow und Krätke keine weitere Beachtung.

4 MEW 23, S. 587.

5 A. a. O., S. 583. Die präzisere Formulierung steht im folgenden Satz: nur »bei Produktion einer Ware« (ebda.) innerhalb derselben Gewerbe.

6 Ebda. Ohne die Setzung einer Größe als konstant ist der Stücklohn Gradmesser für die Produktivität oder die Intensität der Arbeit. So ist es problematisch, wenn Marx im folgenden behauptet: »Im Maß, wie in einem Lande die kapitalistische Produktion entwickelt ist, im sel-

variablen Kapital ist im Kostpreis einer Ware aufgehoben.¹ Sei die Produktivkraft an zwei zu vergleichenden ›Standorten‹ identisch gesetzt, durch ›Technologietransfer‹, läßt sich der relative Arbeitspreis, im Verhältnis zum Wert des Produkts, durch den Stücklohn bestimmen und gibt so dem Einzelkapital das Kriterium für die Wahl seines ›Standorts‹.

Obwohl jeweils, dem Titel des 20. Kapitels gemäß, die *Nationale Verschiedenheit der Arbeitslöhne* verglichen wird, gelingt dem Einzelkapital das, was den nationalen Gewerkschaften nicht gelingen kann. ›Technologietransfer‹ eines Einzelkapitals findet statt, gleiche ›Warenkörbe‹ anzunehmen, ist hingegen unsinnig.

Die Lohnforderung, die eine Hebung des Lebensstandards bezweckt, kommt nicht ohne einen zugrundeliegenden ›Index‹ aus und ist zugleich gezwungen diesen ›Index‹ zu verwerfen. Demnach scheint es, als sei nur unabhängig von einem ›Index‹ über das Mittel der ›maximalen Lohnforderung‹ zu dem zitierten ›Optimum‹ zu gelangen. Jede Lohnforderung ist aber die Forderung einer bestimmten Lohngröße. Die Größe seines Unternehmergewinns ist dem Kapitalisten bekannt. Konsequenterweise fordert Agartz: »Will man über die Lohnkosten verhandeln, so ist die Bruttogewinn- und Verlustrechnung vorzulegen. Vorzulegen sind ferner der Wirtschaftsprüferbericht, die Steuerbilanz und ein Steuerprüfungsbericht. Verweigern die Arbeitgeber diese Offenlegung und das gleichzeitige Verhandeln über die übrigen Kosten, so scheidet jede

ben Maß erheben sich dort auch die nationale Intensität *und* (Hervorhebung T.S.) Produktivität der Arbeit über das internationale Niveau.« (A. a. O., S. 584) Zwar gibt es Argumente dafür, daß mit der voranschreitenden Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, auch die Intensität der Arbeit wächst (vgl. a. a. O., S. 427, S. 432, S. 552) – ein verhältnismäßiges Wachsen läßt sich wohl kaum begründen. Der Verdichtungsgrad der Arbeit läßt sich durchaus auch ohne Produktivkraftsteigerung erhöhen!

1 Vgl. a. a. O., S. 632: »Gleich vermehrter Ausbeutung des Naturreichtums durch bloß höhere Spannung der Arbeitskraft, bilden Wissenschaft und Technik eine von der gegebenen Größe des funktionierenden Kapitals unabhängige Potenz seiner Expansion.« Auf diese nicht zu unterscheidende Wirkung von höherem Verschleiß der Arbeitskraft und gesteigerter Produktivkraft, vorausgesetzt die zu verschleissende Anzahl der Arbeitskräfte sei unendlich groß, beziehen sich die Vergleiche im ›Standortwettbewerb‹: »Ein isolierter Vergleich der Arbeitskosten je Stunde ist aber wenig aussagefähig, wenn nicht gleichzeitig die Arbeitsproduktivität betrachtet wird. Wenn in einem Land die stündlichen Kosten doppelt so hoch sind wie in einem anderen, dasselbe aber auch für die Produktivität gilt, dann entsteht aus den höheren Arbeitskosten keinerlei Standortnachteil. Ist die Produktivität mehr als doppelt so hoch, ergibt sich für das angebliche ›Hochlohnland‹ sogar ein Standortvorteil.« (zit. nach Frankfurter Rundschau, Das Ifo-Gutachten zur Standort-Diskussion, Nr. 176, 31.7.1996).

Lohnkostendiskussion aus.«¹ Ziel der Forderung, die Bilanzen offenzulegen, ist die Mehrwertrate, die Auskunft über das Verhältnis der unbezahlten zur bezahlten Arbeit gibt: »Bei Offenlegung aller Zahlen ist eine solche Mehrwertsberechnung [...] möglich.«² Aus der empirischen Profitrate ist jedoch die Mehrwertrate nicht abzuleiten. Der Mehrwert erscheint in Gestalt des Profits als Überschuß über den Kostpreis. »Der Mehrwerth ist gegeben, aber gegeben als *Ueberschuß des Verkaufspreiß der Waare über ihren Kostenpreiß*; wobei mysteriös bleibt, woher dieser Ueberschuß stammt, aus der Exploitation der Arbeit im unmittelbaren Productionsproceß, aus der Uebervortheilung im Circulationsproceß oder aus beiden. [...] Aus dieser Profitrate, wenn von ihr ausgegangen wird, ist also durchaus auf kein spezifisches Verhältniß der zwischen dem Ueberschuß und dem in Arbeitslohn ausgelegten Theil des Capitals zu schliessen [...].«³

Mit der Prämisse der offengelegten Bilanzen kann sich Agartz' Forderung des permanenten Lohndrucks nur im Kreis drehen, einerseits ›maximale Lohnhöhe‹ zu fordern, andererseits zur Lohnverhandlung aber ein bestimmtes Quantum vorauszusetzen, das anhand der offengelegten Bilanz zu bestimmen sei, aber nicht zu bestimmen ist. Es bliebe nur wieder die ›maximale Forderung‹, da die Größe des Mehrwerts nicht aus der des Profits zu erschließen ist.

Als Mittel zur Abschaffung der Produktionsweise impliziert der Politische Lohn das Argument, daß es sich nur um einen graduellen Unterschied zu der Größe der Lohnforderung handele, die den Mehrwert verschwinden ließe. Die Forderung einer solchen Lohngröße als Mittel der Abschaffung der Produktionsweise erzwingt die Annahme einer ›Welt‹-Arbeiterklasse. Gelänge es etwa einer nationalen Gewerkschaft, den Lohn auf Kosten des Mehrwerts derart zu steigern, daß das Kapital in seiner Akkumulation aufgehalten würde, wäre dieses Kapital entweder ruiniert oder verlagerte seinen ›Standort‹ dorthin, wo der Preis der Arbeit niedriger ist. Aufgabe der ›Welt‹-Arbeiterklasse wäre demnach, weltweit durch die Höhe

1 V. Agartz, *Gewerkschaft und Arbeiterklasse*, S. 134.

2 A. a. O., S. 135.

3 MEGA II/4.2, S. 63.

des Lohns den Wert der Arbeitskraft derart zu bestimmen, daß keine Akkumulation mehr möglich sei.

Weltweit müßten der Wert der Arbeitskraft und die von ihr produzierte Masse an Mehrwert einheitlich groß bestimmt sein. Der Wert der Arbeitskraft wäre jedoch nur dann weltweit einheitlich bestimmt, wenn erstens ihr Gebrauch einheitlich bestimmbar wäre, zweitens unabhängig von der Gestalt der Lebensmittel diese jeweilige Gestalt der Lebensmittel die gleiche Menge vergegenständlichte menschliche Arbeit repräsentierte und drittens das historisch-moralische Element einheitlich bestimmt wäre. Der Erfüllung dieser Bedingungen ist jedoch die *Kenntnis* des »wirklichen Verhältnisses«¹, der Wertgröße der Arbeitskraft und der Größe des Mehrwerts, vorausgesetzt. Dieses ist aber aus den Erscheinungen der Oberfläche nicht zu erschließen.

1. Im Lohn ist die Differenz von notwendiger und Mehrarbeit verschwunden
2. Selbst wenn die betriebswirtschaftlichen Bilanzen offen lägen, wäre aus der Größe des empirischen Profits die Größe des Mehrwerts nicht zu erschließen.
3. Für das Verhältnis von Wertgröße der Arbeitskraft und der von ihr produzierten Größe des Mehrwerts gilt: Erstens, wären Wert der Arbeitskraft, Länge des Arbeitstags und Intensität der Arbeit weltweit gleichgesetzt, hingen die von verschiedenen Kapitalien produzierten Massen von Wert und Mehrwert von der jeweiligen Produktivkraft der Arbeit ab. Zweitens, setzte man die Extensität, die Produktivkraft und den Wert der Arbeitskraft überall als gleich voraus, hingen die Werte und Massen Mehrwert von den verschiedenen Intensitätsgraden der Arbeit ab. Drittens, setzte man die Produktivkraft, Extensität und Intensität der Arbeit überall als gleich voraus, hänge die Größe des Mehrwerts von den verschiedenen Größen des Werts der Arbeitskraft, genauer denen des historisch-moralischen Elements, ab. In keinem der drei Fälle könnte ausgeschlossen werden, daß nicht irgendwo noch ein Quentchen Mehrwert produziert würde. Anders formuliert: Nur unter der Bedingung, daß, angenommen die Extensität, die ein allgemeines Maß hat, jede der drei Variablen *für sich* bestimmbar wäre, ist eine Lohnforderung

1 MEW 23, S. 562.

denkbar, deren Größe keine Exploitation mehr zuließe. Produktivkraft der Arbeit ist aber nur durch Negation ihrer Intensität bestimmbar, Intensität der Arbeit nur durch Negation der Produktivkraft bestimmbar und das historisch-moralische Element als Differenz zum physischen Minimum nur post mortem. Frei nach Marx: Hic Rhodus, hic Salta!

Der Versuch einer positiven Bestimmung der Größe des Lohns, welche die Existenz der Produktionsweise selbst gefährdete, nötigt demnach zu der absurden Konsequenz, daß jeder individuelle produktive Arbeiter je nach Wert und Exploitation genau die Höhe der Lohnforderung zu stellen hätte, die seinen individuellen Wert auf Kosten des Mehrwerts bis zu dessen Verschwinden steigerte. Damit wäre jedoch der Lohnkampf als Kampf der Arbeiterklasse in das Individuum rückverlegt, was nicht nur seinem Begriffe widerspricht, sondern auch die durch die Organisation als Klasse abgeschwächte objektive Konkurrenz der Arbeiter untereinander uneingeschränkt hervortreten ließe.

Durchaus ist der reelle Arbeitslohn durch Klassenkampf zu steigern, jedoch mittels des Politischen Lohns Klassenkampf mit dem Ziel der Abschaffung der Produktionsweise zu führen, scheitert zwangsläufig an seinen unreflektierten Voraussetzungen. Insofern ist die falsche Wiedergabe, sowohl im Wortlaut als auch im Kontext, des Marx-Zitates über die Arbeiterassoziationen signifikant. Agartz' Intention gemäß seien die Gewerkschaften durch die Forderung des Politischen Lohns, in seiner revolutionären Bedeutung, »das Mittel, die alte Gesellschaft durch eine neue zu ersetzen.«¹ Im Original steht: »Aber sie [die Gewerkschaften (T.S.)] sind das Mittel der *Vereinigung* (Hervorhebung T.S.) der Arbeiterklasse, der Vorbereitung zum Sturz der ganzen alten Gesellschaft mit ihren Klassengegensätzen.«² Expressis verbis wird diese Differenz in der Beurteilung des gewerkschaftlichen Lohnkampfes am Schluß des 1865 von Marx gehaltenen Vortrags *Lohn, Preis und Profit*: »Gleichzeitig, und ganz unabhängig von der allgemeinen Fron, die das Lohnsystem einschließt, sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie

1 Zit. n. V. Agartz, *Der gefesselte Lohn*, in: ders., *WISO* 1/1956, S. 7.

2 MEW 6, S. 555.

sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen«¹.

VII. Schluß

Trotz der unbegriffenen Voraussetzungen seiner deshalb falschen Konsequenzen ist der Politische Lohn Agartz' zumindest der in der Bundesrepublik bislang einzige Versuch einer, gegen die reaktionäre ›Sozialpartnerschaft‹ von Arbeiterklasse und Kapital gewendeten, begründeten Strategie des Klassenkampfes.

Der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit als Substanz- und Relationsbegriff ist Voraussetzung für den Tausch von Waren in der Zirkulationssphäre. Tendenziell handelt das Kapital alle Waren auf dem Weltmarkt. Arbeit überhaupt, als vergegenständlichte, ist universell, die Ware Arbeitskraft jedoch nicht. In ihrer Bestimmung als Ware muß die Arbeitskraft universell sein und kann sie zugleich nicht universell sein, denn das historisch-moralische Element steht als Schranke dieser Universalität entgegen. Marx unterscheidet innerhalb dieses Elements, abhängig von geographischen Differenzen, die »natürlichen Bedürfnisse« von »Gewohnheiten und Lebensansprüchen«². Zwar sind natürliche Bedürfnisse, weil naturgegeben, nicht universalisierbar; durch die Mobilität von Arbeitskräften aber doch aufhebbar. Der durch Gewohnheiten und Lebensansprüche entwickelte traditionelle Lebensstandard eines Landes ist frei verhandelbar. Diese Universalität zu exekutieren, fällt der ›Globalisierung‹ des Kapitals anheim. Die Konkurrenz zwingt zu tun, was die Arbeiterklasse nie zu tun vermöchte.

1 MEW 16, S. 152.

2 MEW 23, S. 185.

Jan Weyand

Stummer Zwang oder innere Stimmen?

Bemerkungen zur Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses

I

Der wesentliche Beitrag der Kritischen Theorie¹ zur Theorie der Gesellschaft besteht in dem Versuch, sie um eine »den Bedürfnissen der Geschichte entgegenkommenden Sozialpsychologie«² zu bereichern. Ohne eine solche, so die Überlegung ihrer Vertreter, könne nicht erhellt werden, was die Menschen noch immer an einen unmenschlichen Zustand binde. Denn die Produktivkräfte seien so weit über die Produktionsverhältnisse hinausgewachsen, daß die Frage zu beantworten sei, was die Aufhebung dieses Mißverhältnisses hindere. Dazu sei der »Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft, der psychischen Entwicklung der Individuen und den Veränderungen auf den Kulturgebieten im engeren Sinn ... zu erforschen.«³ Der Ausgangspunkt theoretischer Anstrengung sei durch die Marxsche Theorie, vor allem die Kritik der politischen Ökonomie, gegeben: »Die kritische Theorie der Gesellschaft beginnt also mit einer durch relativ allgemeine Begriffe bestimmten Idee des einfachen Warentausches.«⁴ Doch sei die Kritik der politischen Ökonomie zur Erklärung der Reproduktion des

1 Der Terminus »Kritische Theorie« bezeichnet hier ganz allgemein die Gestalt der Gesellschaftstheorie, die im Umkreis des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, zunächst wesentlich von Max Horkheimer und Erich Fromm, entwickelt worden ist.

2 M. Horkheimer, *Vorwort*, in: ders. (Hrsg.), *Zeitschrift für Sozialforschung*, Jahrgang 1, Reprint der Ausgabe Leipzig 1932. München 1980, S. II.

3 M. Horkheimer, *Die gegenwärtige Lage der Sozialphilosophie und die Aufgaben eines Instituts für Sozialforschung*, Gesammelte Schriften (GS), Bd. 3, Frankfurt a. M. 1988, S. 32.

4 M. Horkheimer, *Traditionelle und Kritische Theorie*, GS, Bd. 4, Frankfurt a. M. 1988, S. 200. Vgl. auch M. Horkheimer und H. Marcuse, *Philosophie und kritische Theorie*, in: M. Horkheimer (Hrsg.), *Zeitschrift für Sozialforschung*, Jahrgang 6, Reprint der Ausgabe Paris 1937. München 1980, S. 625. Für Horkheimer wie für Adorno liegt am Grunde der Gesellschaft nicht das Kapital, sondern das Tauschverhältnis – ein Mißverständnis der Marxschen Theorie, dessen Entfaltung die *Dialektik der Aufklärung* darstellt. Darauf ist hier jedoch nicht weiter einzugehen.

Kapitalverhältnisses nicht länger hinreichend. War für Marx die Anerkennung der Eigentumsverhältnisse durch die Organisationen der Arbeiterklasse wesentlich in der Freiheit der Lohnabhängigen vom Eigentum an den gegenständlichen Reproduktionsbedingungen begründet, müsse gemäß den für die frühe Kritische Theorie richtungsweisenden Schriften Horkheimers spätestens seit Beginn der 30er Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts dabei die psychische Verfassung der Einzelnen berücksichtigt werden. Bei der Untersuchung der Hinderungsgründe einer »vernünftigen Gesellschaft«¹ spielt daher weniger der Begriff der Klasse als Subjekt ihrer Herstellung, sondern der Begriff der Triebstruktur, deren Träger dann in »Gruppen« oder »Schichten« zusammengefaßt werden, eine Rolle. »Daß die Menschen ökonomische Verhältnisse, über die ihre Kräfte und Bedürfnisse hinausgewachsen sind, aufrechterhalten, anstatt sie durch eine höhere und rationalere Organisationsform zu ersetzen, ist nur möglich, weil das Handeln numerisch bedeutender sozialer Schichten nicht durch die Erkenntnis, sondern durch eine das Bewußtsein verfälschende Triebmotorik bestimmt ist.«² Damit ist der grundlegende Gedanke bezeichnet, auf dem der wesentliche Teil der vom Institut betriebenen empirischen Sozialforschung von der Angestelltenuntersuchung³ über »Autorität und Familie«⁴ bis zu »The Authoritarian Personality«⁵ wie ein nicht geringer der frühen theoretischen Schriften aufbaut. Denn erst unter der Voraussetzung eines Gegensatzes »zwischen den wachsenden menschlichen Kräften und der geschichtlichen Struktur«⁶ stelle sich die Frage nach den psychologisch zu bestimmenden Hinderungsgründen rationalen gesellschaftlichen Handelns. Der Gegensatz ist bei Horkheimer

1 M. Horkheimer und H. Marcuse, *Philosophie und kritische Theorie*, a. a. O., S. 630.

2 M. Horkheimer, *Geschichte und Psychologie*, GS, Bd. 3, S. 59. »Anstatt der Stimme des Gewissens hört es (das antisemitische Subjekt, J.W.) Stimmen; anstatt in sich zu gehen, um das Protokoll der eigenen Machtgier aufzunehmen, schreibt es die Protokolle der Weisen von Zion den anderen zu« (Th. W. Adorno, M. Horkheimer, *Dialektik der Aufklärung*, in: M. Horkheimer, GS, Bd. 5, Frankfurt a.M. 1987, S. 219 f.). Die Autoren kennzeichnen damit den Mechanismus der »pathischen Projektion«: Pathisch werde die Projektion, wenn der projektive Gehalt der Wahrnehmung nicht reflektiert werde.

3 E. Fromm, *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches*. München 1983. Die Untersuchung wurde von Fromm zusammen mit Hilde Weiß vor seiner Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialforschung begonnen.

4 M. Horkheimer (Hrsg.), *Studien über Autorität und Familie*, Reprint der Ausgabe Paris 1936, Lüneburg 1987.

5 Th. W. Adorno u.a., *The Authoritarian Personality*, New York 1956.

6 M. Horkheimer, *Geschichte und Psychologie*, a. a. O., S. 56.

zweifach gefaßt: Nicht nur die menschlichen »Kräfte«, sondern auch die »Bedürfnisse« seien über die »ökonomischen Verhältnisse hinausgewachsen, so daß jene beiden zu diesen in Widerspruch träten. Allein der Zweck der doppelten Fassung des Gegensatzes wird nicht deutlich. Mal ist die Rede von »Kräften und Bedürfnissen«, mal nur von »Kräften«, mal nur von »Bedürfnissen«, die in Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen stehen sollen.¹ Die Psychologie kann allerdings nur dann mit dem Anspruch auftreten, »Hilfswissenschaft der Geschichte«² zu sein, wenn sich zeigen läßt, daß sich die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise gemäß einer Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen vollzieht und daß diese Dialektik stillsteht, weil einem durch Erkenntnis motivierten gesellschaftlichen Handeln eine unbewußte Triebstruktur entgegensteht. In einem zweiten Schritt wird zu untersuchen sein, ob sich ein Vollstrecker dieser der Geschichte unterstellten Dialektik identifizieren läßt.

Für Horkheimer erweist sich »die Gesellschaft ... in ihrer heutigen Form außerstande, von den Kräften, die sich in ihr entwickelt haben, und von dem Reichtum, der in ihrem Rahmen hervorgebracht worden ist, wirklich Gebrauch zu machen.«³ Diese Überlegung entbirgt eine spätestens seit Lenins Imperialismusschrift geläufige Vorstellung: Die Entwicklung der Produktivkräfte sei im Zuge der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise so weit

1 Wahrscheinlich wird dem Gegensatz zwischen den menschlichen Kräften und Produktionsverhältnissen der zwischen Bedürfnissen und Produktionsverhältnissen beiseite gestellt, um den Weg zur Einführung der Psychologie in die Gesellschaftstheorie zu ebnet. Der Psychoanalytiker Erich Fromm jedenfalls versucht, historischen Materialismus und Psychologie zu verknüpfen, indem er beiden attestiert, sie würden von Bedürfnissen ausgehen: Die »Soziologie, mit der die Psychoanalyse die meisten Berührungspunkte« (E. Fromm, *Über Methode und Aufgabe einer analytischen Sozialpsychologie*, in: M. Horkheimer (Hrsg.), *Zeitschrift für Sozialforschung*, Jahrgang 1, S. 32.) habe, sei der »historische Materialismus«, weil beide »nicht von »Ideen«, sondern vom irdischen Leben, von Bedürfnissen« (a. a. O., S. 33) ausgingen.

2 M. Horkheimer, *Geschichte und Psychologie*, a. a. O., S. 57. Daß die Psychologie »den Bedürfnissen der Geschichte« entgegenkommen bzw. »Hilfswissenschaft der Geschichte« sein soll, befremdet nur auf den ersten Blick. Insofern die Psychologie nach Horkheimers Auffassung über die Hinderungsgründe einer »vernünftigen Gesellschaft« Auskunft gibt, ist sie der rationalen Veränderung der bestehenden vorausgesetzt und daher nicht nur Hilfswissenschaft der Geschichtswissenschaft, sondern der Geschichte selbst.

3 M. Horkheimer, *Bemerkungen über Wissenschaft und Krise*, GS, Bd. 3, S. 40. Damit ist nicht gemeint, daß die Gesellschaft vom in ihr hervorgebrachten Reichtum einen unwirklichen, also keinen Gebrauch macht, sondern daß er dem Stand der »menschlichen Kräfte und Bedürfnisse« unangemessen sei.

fortgeschritten, daß die materiellen Voraussetzungen einer »sozialen Revolution des Proletariats«¹ geschaffen seien.

Horkheimer bezieht sich mit der These vom Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen implizit wie Lenin explizit auf Marx' Veröffentlichungen vor dem Kapital, in denen ein solcher Widerspruch wiederholt als Prinzip geschichtlicher Entwicklung formuliert wird.² Dabei ist die Position Horkheimers der Sache nach von der Position der Vertreter des Historismus, gegen die er energisch Einspruch erhebt, geringer, als er selbst vermutet. Der Unterschied bezieht sich nicht auf die der Geschichte unterstellte Dialektik, sondern auf die darauf aufbauenden Überlegungen, die bei Horkheimer wesentlich sozialpsychologischer Art sind und erhellen sollen, was das Proletariat an der Erfüllung der ihm durch das Wachstum der Produktivkräfte gestellten Aufgabe hindert.

Doch die Vorstellung einer Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ist nicht weniger problematisch als die in dem programmatischen Aufsatz »Geschichte und Psychologie« zitierte Hegelsche Auffassung der Geschichte, an deren Kritik sie entwickelt wird. »Die Erkenntnis der realen Zusammenhänge entthront den Geist als autonom die Geschichte gestaltende Macht und setzt die Dialektik zwischen den verschiedenartigen in der Auseinandersetzung mit der Natur wachsenden menschlichen Kräften und veralteten Gesellschaftsformen als Motor der Geschichte ein.«³ Denn die These vom Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, auch wenn sie damals unter marxistischen Theoretikern en vogue war und selbst heute noch nicht verstummt ist, führt die Theorie in allerlei Ungereimtheiten. Ihre Beliebtheit hätte auch schon in den 30ern verwundern können, enthält sie doch einen flagranten und damals bekannten Widerspruch. Mit

1 W. I. Lenin, *Der Imperialismus als Höchstes Stadium des Kapitalismus*, Ausgewählte Werke, Bd. 1, Berlin 1976, S. 774.

2 Vgl. exemplarisch die berühmte Formulierung von Marx im Vorwort zur *Kritik der politischen Ökonomie*, MEW 13, S. 9, dessen Inhalt von Lenin einmal als »abgeschlossene Formulierung der Grundsätze des Materialismus« (W. I. Lenin, *Karl Marx*, Werke, Bd. 21, S. 31-80. Berlin 1974, S. 43.) bezeichnet worden ist, oder in der Schrift gegen Proudhon, *Das Elend der Philosophie*, MEW 4, S. 140, oder in den *Klassenkämpfen in Frankreich*, MEW 7, S. 98. Die Angaben sind beispielhaft; die These findet sich in vielen vor dem *Kapital* von Marx veröffentlichten Schriften.

3 M. Horkheimer, *Geschichte und Psychologie*, a. a. O., S. 55.

der Annahme, daß die menschlichen Kräfte, also die Mittel, deren Verbesserung ganz allgemein die *menschliche* Existenz erleichtert, sei es durch die Senkung der notwendigen Arbeitszeit zur Herstellung von Gebrauchsgegenständen, sei es durch Fortschritte in der Medizin oder, als deren beider Grundlage, in der Wissenschaft überhaupt, über die Produktionsverhältnisse hinausgewachsen seien, wird unterstellt, daß jene Kräfte dem Prinzip ihrer Entfaltung nicht mehr angemessen seien. Im Marxschen *Kapital* wird dagegen, ganz entgegen der in den früheren Schriften vertretenen Auffassung, begründet, daß die permanente Steigerung der Produktivkraft nicht in Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen steht, sondern immanentes Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise ist, das sich gegen die einzelnen Kapitale als Zwangsgesetz der Konkurrenz durchsetzt. Die »menschlichen Kräfte« wachsen, aber nicht über die Produktionsweise hinaus, sondern weil sich in ihrem Wachstum deren Zweck, die Produktion von akkumulierbarem Mehrwert, realisiert. Daraus, daß sich diese Bewegung nicht reibungslos, sondern als ungeheure Vernichtung von Produktionsmitteln, deren »moralischem Verschleiß«¹ vollzieht, läßt sich kein Widerspruch gegen den Zweck ableiten.² Nicht mehr dem Stand der technischen Entwicklung entsprechende Kräfte sind keine Kräfte. Die neuen sind nicht wider den Zweck, sondern ihm gemäß. Die Zerstörung von Produktivkraft in Gestalt funktionsfähiger Produktionsmittel und deren Ersetzung durch neue folgt aus der anarchischen Gestalt gesellschaftlicher Reproduktion, die sich gegen die Einzelkapitale als blindwütiges Naturgesetz geltend macht. Auf die Steigerung der

1 MEW 23, S. 426.

2 Marx fällt auch im *Kapital* verschiedentlich auf die alte Auffassung zurück, z. B.: »Das Mittel, unbedingte Entwicklung der Productivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit, geräth in fortwährenden Conflict mit dem beschränkten Zweck, der Verwerthung des vorhandenen Capitals. Wenn daher die *capitalistische Produktionsweise* ein historisches Mittel ist, um die materielle Productivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden Produktionsverhältnissen.« MEGA II/4.2, S. 324. Dem entspricht die Verwendung des Begriffs der Produktivkraft in unterschiedener Bedeutung: Einmal tritt er in der zitierten Weise als Umfang und Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel auf und daher im Plural, einmal als Produktivkraft der Arbeit. »Produktivkraft ist natürlich stets Produktivkraft nützlicher, konkreter Arbeit und bestimmt in der Tat nur den Wirkungsgrad zweckmäßiger produktiver Tätigkeit in gegebenem Zeitraum« MEW 23, S. 60. Horkheimer und alle, die von einem Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sprechen, beziehen sich auf die erste Bedeutung, die zweite ist die Grundlage der Argumentation im *Kapital*. Hier sind dann die Produktivkräfte im ersten Sinne Mittel zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit.

Produktivkraft, vermittels derer sich der Zweck der Produktionsweise realisiert, kann sich also der Widerspruch nicht beziehen. Tatsächlich bezieht er sich auch nicht darauf, sondern auf Unterschiedenes: Als Widerspruch tritt bei Horkheimer auf, was auf dem gegebenen Stand wissenschaftlicher und technischer Entwicklung *möglich* wäre und was *wirklich* ist. »Die wissenschaftlichen Erkenntnisse teilen das Schicksal der Produktivkräfte und Produktionsmittel anderer Art: das Maß ihrer Anwendung steht in argem Mißverhältnis zu ihrer hohen Entwicklungsstufe und zu den wirklichen Bedürfnissen der Menschen.«¹ Unterstünden die Produktivkräfte einem anderen Zweck, ließen sie sich diesem Zweck gemäß verwenden. Das ist zweifellos wahr, kann aber einem Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen nicht zur Begründung dienen. Denn mit der Existenz von Mehrarbeit ist gesetzt, daß der Möglichkeit nach die Produktivkräfte auch zu Zwecken, die nicht dem erst unterm Kapital maßlos gewordenen Trieb zur Einsaugung von Mehrarbeit entsprechen, verwandt werden. Dann aber verdünnte sich der vermeintliche Widerspruch zu der erst noch zu konkretisierenden Bemerkung, daß Herrschaft in jedweder historischen Gestalt in Widerspruch zum Begriff des Menschen steht. Daß der selbst historisch, ein spätes Produkt der Menschheitsgeschichte, ist, ändert daran nichts. »Die Anatomie des Menschen ist ein Schlüssel zur Anatomie des Affen.«²

Das Telos, das als realer geschichtlicher Gang mißverstanden wird, ist nicht mehr der Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit, sondern eine »den Bedürfnissen der Allgemeinheit besser angepaßte« Produktionsweise.³ Nicht mehr die Vernunft, sondern das Bedürfnis und die menschlichen Fähigkeiten verleihen dem Gang der Geschichte sein Recht, solange sie den Produktionsverhältnissen angemessen sind. Während bei Hegel die Verwirklichung der Freiheit ein den geschichtlich Handelnden nicht bewußtes Telos der Geschichte war, ist bei Horkheimer dieses Telos ersetzt durch angemessene Bedürfnisbefriedigung, die Freiheit reduziert auf den

1 M. Horkheimer, *Bemerkungen über Wissenschaft und Krise*, a. a. O., S. 41.

2 MEW 42, S. 39.

3 »Die Erkenntnis, daß die Ablösung unterlegener Produktionsweisen durch differenziertere, den Bedürfnissen der Allgemeinheit besser angepaßte, gleichsam das Gerippe der uns interessierenden Geschichte darstellt, ist der zusammenfassende Ausdruck für die menschliche Aktivität.« M. Horkheimer, *Geschichte und Psychologie*, a. a. O., S. 57.

Entschluß, den gewachsenen Bedürfnissen und Fähigkeiten adäquate Bedingungen ihrer Realisierung beiseite zu stellen. Wo die Kollision von Bedürfnis und Produktionsverhältnis als »Gerippe der Geschichte« verstanden wird, bedarf der Gang der Weltgeschichte zwar nicht mehr der List der Vernunft, um vom rechten Weg nicht abzukommen, dafür aber ihrer nicht minder listigen Subsumtion unter einen heteronomen Zweck. Horkheimers Bemerkung, mit der er sich vom Histomat distanzieren will: in der von ihm vorgelegten Fassung werde das »Gerippe der Geschichte« gerade nicht als »universales Konstruktionsschema«¹ oder als eine »mit Notwendigkeit die Zukunft gestaltende Macht«² angesehen, ist kaum überzeugend. Denn nach ihm funktioniert die geschichtliche Dialektik nicht deshalb nicht, weil die Bewegung der Geschichte nicht in dieser Weise gedacht werden kann, sondern weil sich ihrem reinen Gang Hinderungsgründe auf Seiten der Träger geschichtlicher Veränderung, nämlich deren unbewußte Triebstrukturen, in den Weg stellen. Ihnen ist geschuldet, daß der Gang der Geschichte am Ende einer Epoche regelmäßig auf einen Stolperweg gerät, von dem ungewiß ist, wann er wieder ebenmäßig wird. Gewiß ist einzig, daß irgendwann sich die Produktivkräfte den Produktionsverhältnissen anmes-

sen.

Wie in der Hegelschen Geschichtsphilosophie erfährt so noch die brutalste Schlachtung eine späte Weihe als Mittel zu einem höheren Zweck, welcher allerdings, im Unterschied zu Hegel, bei Horkheimer als Einklang von Bedürfnis bzw. Fähigkeit und Produktionsverhältnis erscheint, damit kein vernünftig bestimmter ist, noch sein kann. War noch bei Marx Gegenstand der Kritik der herrschenden Produktionsweise, daß in ihr die Menschen als bloße Mittel einem ihnen fremden Zweck, der Produktion von akkumulierbarem Mehrwert, unterworfen sind, so verkehrt er sich bei Horkheimer in die Vorstellung, eine Gesellschaft mit kapitalistischer Produktionsweise sei den menschlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten *nicht mehr* angemessen.³

1 M. Horkheimer, *Geschichte und Psychologie*, a. a. O., S. 56.

2 Ebd.

3 In späteren Schriften Horkheimers finden sich solche Überlegungen nicht mehr. Im *Autoritären Staat* etwa wird zwar am Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen festgehalten (vgl. M. Horkheimer, *Autoritärer Staat*, GS, Bd. 5, Frankfurt a. M. 1987, S. 302) nicht aber daran, daß das Kapital den menschlichen Bedürfnissen einmal ange-

Das aber war sie nie. Dem Bedürfnis, sofern es nicht als zahlungskräftiges auftritt, ergeht es unterm Kapital nicht anders als dem Gebrauchswert, nach dem keine zahlungskräftige Nachfrage besteht: es ist nichtig, und jeder Hungerleider bestätigt immer wieder aufs Neue, daß das bloße Bedürfnis in keinem Zusammenhang zu den Mitteln seiner Befriedigung steht. Was Horkheimer vor Augen gestanden haben mag, die Weltwirtschaftskrise, ist, wenn überhaupt vom normalen Gang der Geschäfte zu unterscheiden, durch eine quantitative Differenz zu ihm gekennzeichnet, dem massiven Anwachsen der sog. industriellen Reservearmee und einem temporären Rückgang der Produktion, nicht durch eine qualitative, als die sie bei Horkheimer erscheint. So liegt am Grunde der »Bemerkungen zu Wissenschaft und Krise«, einem Aufsatz aus dem Jahr 1932 für die Zeitschrift für Sozialforschung, die Verwechslung einer historischen mit einer systematischen Bestimmung. Die Krise tritt dort als Umschlagspunkt in der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise auf, ausgezeichnet aber ist sie durch die typischen Phänomene in bisher unbekanntem Ausmaß. Am Beweis des Umschlages von Quantität in Qualität in einer Einzelwissenschaft aber ist bisher noch jeder gescheitert außer den stimmberechtigten Teilnehmern verschiedener Parteitage der KPdSU, und die nur deshalb nicht, weil sie die Kraft des guten Arguments durch die Macht des Parteitagsbeschlusses ersetzen.

Die der Geschichte in der Gestalt eines ihre Bewegung strukturierenden Widerspruchs zwischen möglicher und wirklicher Realisierung menschlicher Fähigkeiten bzw. Befriedigung von Bedürfnissen unterstellte Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen nötigt Horkheimer, die Epochen zu differenzieren nach Phasen, in denen eine Produktionsweise der Beförderung der menschlichen Kräfte und Bedürfnisse dient und solchen, in denen sie gehemmt werden. Je nach dem, ob die Produktionsverhältnisse dem Stand der »Bedürfnisse der Allgemeinheit« angemessen seien oder nicht, übten sie und die mit ihnen zusammenhängenden kulturellen Einrichtungen eine produktive oder hemmende Funktion auf die geschichtliche Entwicklung aus. In derselben Epo-

messen gewesen sei: »Für den Revolutionär ist die Welt schon immer reif gewesen.« A. a. O., S. 305.

che könne daher die Unterwerfung unter bestehende Herrschaftsverhältnisse »geschichtlich vernünftig«¹ wie geschichtlich unvernünftig sein. Damit ist der Springpunkt der Gesellschaftskritik der der Geschichte unterstellten Dialektik zum Opfer gefallen. Zur Debatte steht nicht mehr, ob die Menschen die Verhältnisse zueinander und zur Natur vernünftig einrichten, sondern ob die Verhältnisse ihren Bedürfnissen entsprechen. Gestritten werden müßte dann über die Frage, ob die Bedürfnisse denn nun über die Verhältnisse hinausgewachsen sind oder nicht. Das zwänge zu einer Differenzierung zwischen echten oder wirklichen und unechten Bedürfnissen. Genau so argumentiert Horkheimer: Die herrschenden Produktionsverhältnisse wie die ihnen entsprechenden kulturellen Einrichtungen genügten »den wirklichen Bedürfnissen der Menschen«² nicht mehr. Der von den Verhältnissen auf die Menschen ausgeübte Zwang und die Unterwerfung jener unter diesen sei nicht mehr »geschichtlich vernünftig«. Deswegen ist das gesellschaftliche Handeln der Einzelnen dem Zweck nach nicht mehr vernünftig, sondern allenfalls zweckrational. Als bloß zweckrationales Handeln ist es rational nur bezogen auf das Verhältnis von Mitteln und Zwecken, nicht auf die Zwecke selbst. Sind die Zwecke nicht vernünftig bestimmt, ist das gesellschaftliche Handeln rational und irrational zugleich. Bezüglich des Zwecks wäre es dieser Argumentation zufolge genau dann rational, wenn eine neue Produktionsweise, die eine bessere Versorgung der Allgemeinheit gewährleiste,³ durch die revolutionäre Tat in die Wirklichkeit gesetzt werde. Möglich werde die Tat, weil die Bedürfnisse und Kräfte der Menschen über die alte hinausgewachsen seien. Die Auf-

1 M. Horkheimer, *Autorität und Familie. Allgemeiner Teil*, GS, Bd. 3, S. 378.

2 M. Horkheimer, *Bemerkungen über Wissenschaft und Krise*, a. a. O., S. 41. Allein die »wirklichen Bedürfnisse« sind höchst unwirklich. Von den wirklichen Bedürfnissen der Menschen weiß einzig der Theoretiker der Bedürfnisse etwas. Kaum ist zu entscheiden, welches Bedürfnis denn nun wirklich sein soll und welches nicht, weil sich kein Kriterium, nach dem sie unterschieden werden könnten, angeben läßt. Fällt das Kriterium bloß in die Vorstellung des Subjekts der Unterscheidung, stehen sich erstens mannigfache Theorien über Bedürfnisse gegenüber, über die sich zweitens nicht urteilen läßt. Eine Debatte über das Verhältnis der »wirklichen«, in Wirklichkeit unwirklichen, zu den »unwirklichen«, in Wirklichkeit wirklichen Bedürfnissen wäre also so aussichtsreich wie etwa eine über die Frage, welcher Art die Behufung von Einhörnern sei. Spätestens mit den »Thesen über Bedürfnis« von Adorno, die selbst wieder Resultat interner Selbstverständigung des inzwischen exilierten Instituts sind, ist die Argumentation in dieser Gestalt hinfällig und nur noch von Marcuse z. B. in *Der eindimensionale Mensch* später wieder aufgenommen worden.

3 M. Horkheimer, *Geschichte und Psychologie*, a. a. O., S. 56.

rechterhaltung der alten Produktionsweise begründe die Psychologie als Hilfswissenschaft der Geschichte. Sie habe zu erhellen, was die Menschen vom rationalen gesellschaftlichen Handeln abhält. Das heißt für Horkheimer, die Frage nach den Hinderungsgründen gesellschaftlicher Veränderung zu beantworten. Eben deshalb sei es nötig, den Zusammenhang zwischen Ökonomie, Kultur und Psyche zu untersuchen.¹ »Je mehr das geschichtliche Handeln von Menschen und Menschengruppen durch Erkenntnis motiviert ist, um so weniger braucht der Historiker auf psychologische Erklärungen zurückzugreifen.«² Unterstellt wird dabei, daß irrationales gesellschaftliches Handeln psychologisch zu erklären sei. Das führt auf zwei Probleme. Erstens müßte sich ein Umschlagspunkt bestimmen lassen, bis zu dem die Anerkennung der kapitalistischen Produktionsweise vernünftig gewesen sei bzw. ab dem sie eben nicht mehr geschichtlich vernünftig sei. Weil der Zweck der kapitalistischen Produktionsweise sich auch vorher nicht als vernünftiger bestimmen läßt, stünde die Theorie vor dem Dilemma, einmal das auf einen irrationalen Zweck bezogene Handeln als vernünftig, einmal als pathologisch zu bestimmen oder einen irrationalen Zweck in einen rationalen umzubiegen. Zweitens wäre zu zeigen, daß irrationales gesellschaftliches Handeln wesentlich psychologischer Erklärung bedürfe. Horkheimer gemäß reicht Zwang allein nicht hin, »um zu erklären, warum die beherrschten Klassen sich in den Zeiten des Niedergangs einer Kultur, in denen die Eigentumsverhältnisse wie die bestehenden Lebensformen überhaupt offenkundig zur Fessel der gesellschaftlichen Kräfte geworden waren, und trotz der Reife des ökonomischen Apparats für eine bessere Produktionsweise das Joch solange ertragen haben.«³ Es bedürfe noch der Annahme eines »Kitts« der Gesellschaft, der Verinnerlichung des Zwangs als Grundlage einer das Bewußtsein verfälschenden Triebstruktur, zu deren Erklärung die Psychologie erforderlich sei. Nun wird das »Joch« keineswegs dadurch leichter erträglich, daß ihm von der Theorie seine geschichtliche Vernünf-

1 Die Kultur wird dabei zum Forschungsgegenstand, weil sich die psychische Entwicklung der Einzelnen nicht in der Ökonomie, sondern in ihr vollzieht. Entsprechend bestand das erste große Forschungsprojekt des Instituts in den *Studien über Autorität und Familie*.

2 M. Horkheimer, *Geschichte und Psychologie*, a. a. O., S. 59.

3 M. Horkheimer, *Autorität und Familie. Allgemeiner Teil*, a. a. O., S. 347.

tigkeit attestiert wird. Dann aber bedürfte die Aufrechterhaltung eines Herrschaftsverhältnisses immer eines psychologisch zu bestimmenden Moments. Die Psychologie wäre dann nicht »Hilfswissenschaft der Geschichte«, sondern deren notwendiger Bestandteil.¹ Unabhängig von diesem Problem müßte Horkheimer begründen können, warum der Zwang nicht hinreicht. Eine solche Begründung findet sich jedoch nirgends. Ihr Mangel erklärt sich aus der Unterstellung, irrationales gesellschaftliche Handeln sei in einer unbewußten Triebstruktur als movens begründet. Ausgerechnet die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise ist notwendig irrational, weil deren Zweck nicht begründbar ist, ohne daß deren Erklärung irgend auf psychologische Überlegungen angewiesen wäre. Tatsächlich gelingt Horkheimer im theoretischen Teil von »Autorität und Familie« die auch dort nicht begründete Einführung der psychischen Verfassung der Einzelnen als Hinderungsgrund gesellschaftlicher Veränderung nur mit Hilfe einer Auslassung. Als Zwang, der nicht hinreicht, die Aufrechterhaltung überholter Produktionsverhältnisse zu erklären, tritt dort nicht der stumme der Verhältnisse, der Zwang, die Ware Arbeitskraft verkaufen zu müssen, um die gegenständlichen Mittel individueller Reproduktion erwerben zu können, auf, sondern der physische, durch die Organe des staatlichen Gewaltapparats vermittelte.² Der erstere ist Horkheimer keineswegs unbekannt. Die Einführung des verinnerlichten Zwangs ist plausibel aber nur, wenn Horkheimer bloß gegen den zweiten als ausreichende Erklärung der Aufrechterhaltung der Produktionsweise argumentiert. Zwischen beiden besteht ein wesentlicher Unterschied. Die Androhung oder Ausübung physischer Gewalt unterstellt einen unbotmäßigen Willen, der droht, sich in eben solchen Handlungen zu entäußern oder das tatsächlich tut, und deshalb zu unterwerfen ist, der stumme Zwang der Verhältnisse zwingt den Willen vorab in die Botmäßigkeit.

Schon bei Marx findet sich der Gedanke, daß die Arbeiterklasse im Zuge der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise

1 Diese Konsequenz zieht Fromm in dem schon zitierten Aufsatz. »Es sind die libidinösen Kräfte der Menschen, die gleichsam den Kitt formieren, ohne den die Gesellschaft nicht zusammenhielte, und die zur Produktion der großen gesellschaftlichen Ideologien in allen kulturellen Sphären beitragen.« E. Fromm, *Über Methode und Aufgabe einer analytischen Sozialpsychologie*, a. a. O., S. 50.

2 M. Horkheimer, *Autorität und Familie. Allgemeiner Teil*, a. a. O., S. 344 f.

deren Anforderungen anerkennt. An der Konfrontation der Horkheimerschen Begründung der Psychologie als »Hilfswissenschaft der Geschichte« mit der Kritik der politischen Ökonomie läßt sich zeigen, daß sie sich auf einer Vernachlässigung des Grundes der Anerkennung der Verhältnisse erhebt. Zu diesem Zweck ist der Begriff der Klasse zu entfalten. Auf dieser Grundlage kann beantwortet werden, ob es eine historische Mission des Proletariats gibt oder ob nicht die Frage nach ihrem Scheitern falsch gestellt ist, weil es eine solche Mission nicht hat, daher auch nicht daran scheitern kann.

II

Unterm Kapital erkennt die Arbeiterklasse nicht die Produktionsweise selbst, wohl aber deren Anforderungen an: »Im Fortgang der kapitalistischen Produktionsweise entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt.«¹ Die Anerkennung aus »Erziehung, Tradition, Gewohnheit« wird eingeführt, um den Unterschied im Verhältnis der Lohnabhängigen zu ihren gegenständlichen Existenzbedingungen zwischen der Phase der »ursprünglichen Akkumulation«, der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise, und ihrer Entfaltung deutlich zu machen. Dabei ist der Begriff »Arbeiterklasse« zunächst zu verstehen als Summe der Lohnabhängigen; daß er darin nicht aufgeht, wird an späterer Stelle Thema werden. Die Arbeiterklasse gewöhnt sich an die Verhältnisse, insofern die Entfaltung der kapitalistischen Produktion die Möglichkeit zerstört, die Existenz unabhängig von warenförmig vermittelter Konsumtion zu sichern, sie daher gezwungen ist, sich gemäß den durch jene gesetzten Bedingungen zu reproduzieren. Aus Tradition wird die Klasse ans Kapitalverhältnis durch Traditionsverlust gebunden – die vorkapitalistische Erfahrung der Vorfahren ihrer Mitglieder, im Besitz der gegenständlichen Reproduktionsbedingungen zu sein, fällt dem Vergessen anheim. Schließlich erzieht der kapitalistische Produk-

1 MEW 23, S. 765.

tionsprozeß die Arbeiterklasse, indem mit dem Übergang zum »Maschinensystem« »die ganze von ihrer Geschicklichkeit ausschließlich abhängige Klasse von Arbeitern beseitigt«¹ und damit das letzte, in der »Manufakturperiode« ihr sich aus der technischen Gestalt des Produktionsprozesses selbst ergebende Mittel des Widerstands vernichtet wird.²

Sind die Produzenten einmal von den gegenständlichen Bedingungen ihrer Reproduktion befreit – »und die Geschichte dieser Expropriation ist in die Annalen der Menschheit eingeschrieben mit Zügen von Blut und Feuer«³ –, werden sie von den Verhältnissen selbst gezwungen, sich ihnen zu unterwerfen. Um die Menschen zur Mehrarbeit zu zwingen, bedarf es fortan nicht mehr der unmittelbaren Gewalt der ursprünglichen Akkumulation, die keineswegs verschwunden, sondern aufgehoben ist in einem Gesellschaftssystem, das ihrer kaum mehr bedarf, weil es selbst, wenn auch ohne Befugnis, den Willen der Abhängigen zwingt. Darin besteht ein wesentlicher Unterschied zu vorkapitalistischen Zeiten, der sich aus der Gestalt der gesellschaftlichen Reproduktion ergibt.

In vorkapitalistischen Zeiten ist Herrschaft nicht durch den Produktionsprozeß selbst vermittelt; daß Mehrarbeit geleistet wird, geht auf unmittelbaren Zwang zurück. Der Beherrschte war zwar in dem Sinne auf den Herrn angewiesen, als dieser ihn vor den Begehrlichkeiten anderer schützt, doch hätte er auch ohne ihn leben können: Er verfügte über die Produktionsmittel und die Arbeitsprozesse, sofern sie mit der Herstellung lebensnotwendiger Produkte befaßt waren, bedurften nur sporadisch der Leitung. Wo ihre Leitung erforderlich war, war sie keine Funktion der Herrschaft. Sofern sie zum Zweck die Befriedigung herrschaftlicher Bedürfnisse

1 Was James Nam Smyth, zitiert in MEW 23, S. 459, über die Einführung des Dampfhammers in seinem Betrieb berichtet, kann umstandslos Geltung für die Produktionsweise beanspruchen.

2 Nebenbei sei bemerkt, daß darin der Prozeß der realen Subsumtion der Arbeit unter Kapital besteht. Formell subsumiert sind die Proleten, sofern die Gestalt des Produktionsprozesses, den das Kapital naturwüchsig vorfindet, noch nicht verändert ist, der Produktionsprozeß sich also unter der Kontrolle des Kapitalisten, dem das Produkt gehört, vollzieht. Vgl. MEW 23, S. 199 f. Reell subsumiert ist die Arbeitskraft, wenn sich der Arbeitsprozeß nur noch unter Voraussetzung eines Kapitalisten, der seine Einheit garantiert, vollziehen kann. Der Prozeß der realen Subsumtion beginnt mit der Arbeitsteilung innerhalb eines Betriebs, die eine Leitung des Arbeitsprozesses erzwingt und endet im Maschinensystem, das die Erfahrung der Arbeiter im Umgang mit dem Produktionsinstrument durch technische Anwendung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse ersetzt.

3 MEW 23, S. 743.

hatten, deren dauerhaftere Resultate heute zurecht als Teil des Kulturschatzes der Menschheit bewundert werden, waren die Arbeitsprozesse, etwa der Bau einer Kirche, und mit ihnen die Leitung, die sie erforderten, mit der Befriedigung des herrschaftlichen Bedürfnisses erloschen. Die Verfügung über die Produktionsmittel seitens der Produzenten, gering entwickelte gesellschaftliche Teilung der Arbeit, und die nur sporadisch erforderte Leitung der Arbeitsprozesse sind der sachliche Grund, der den Herrscher zur Bewältigung der Reproduktion überflüssig sein läßt: Vorkapitalistische Herrschaft ist parasitär und grausam. Grundlage der Verfügung über die Mehrarbeit ist die Verfügung über den physischen Gewaltapparat. Durch ihn ist die Anerkennung der Herrschaft erzwungen.

Nach der gewaltsamen »Befreiung« der Produzenten von den Produktionsmitteln stellt sich die Sache anders dar. Der von den Produktionsmitteln befreite Lohnabhängige ist nun abhängig von der Existenz des Anwenders seiner Arbeitskraft, des Kapitalisten. Reproduzieren kann er sich nur vermittels des Arbeitslohns. Dazu muß ihm der Verkauf seiner Arbeitskraft gelingen. Aber nicht nur die durch den Anwender vermittelte Verbindung von Arbeitskraft und Produktionsmittel setzt den Lohnarbeiter in Abhängigkeit von ihm. Die Revolutionierung der technischen Grundlage der Produktion, die Ersetzung einer auf Tradierung von Erfahrungswissen beruhenden Produktion durch die technische Anwendung der Resultate der Naturwissenschaften wie die nun technisch erforderte Kooperation der Lohnarbeiter im Produktionsprozeß führt dazu, daß der einzelne Lohnarbeiter nur noch zusammen mit anderen, mit denen er gemeinsam eine Ware verfertigt, arbeiten kann. Die wesentlichen Mittel zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit oder zur Senkung der notwendigen Arbeitszeit, eigentlich ein Segen der Menschheit, verkehren sich unterm Kapital in gewaltige Mittel zur Unterjochung der Menschen. Das bloß technische Erfordernis der Leitung eines kooperativen Arbeitsprozesses mehrt unterm Kapital die Abhängigkeit der Lohnarbeiter, weil diese als Einzelne nicht mehr in der Lage sind, eine Ware herzustellen. »Der Befehl des Kapitalisten auf dem Produktionsfeld wird jetzt so unentbehrlich wie der Befehl des Generals auf dem Schlachtfeld.«¹ Die An-

1 A. a. O., S. 350.

wendung der Maschinerie setzt die Arbeitskraft außer Funktion und entzieht ihren Trägern so die Mittel zur individuellen Reproduktion. Dabei ist es für den Lohnabhängigen einerlei, ob, wie im frühen Kapitalismus, die Leitung des Produktionsprozesses und die mit ihm zusammenhängenden Funktionen, die sich aus der sich naturwüchsig entwickelnden gesellschaftlichen Arbeitsteilung ergeben (Einkauf, Verkauf, etc.) noch nicht zwingend auseinanderfallen, oder ob, wie nach der durch die Konzentration von Kapital erzwungenen Scheidung von Eigentum und Leitung ein Großteil der Produktionsmittelbesitzer in Rentiers verwandelt ist. Beide Varianten unterscheiden sich nur dadurch, daß im zweiten Fall nicht mehr der Produktionsmitteleigentümer, sondern ein Angestellter die Einheit des Produktionsprozesses garantiert; die Grundlage der Verfügung über die Mehrarbeit wie der Zwang, sie zu leisten, bleibt dieselbe, Eigentum bzw. Nichteigentum an Produktionsmitteln. Der Lohnabhängige kann seine Existenz nur erhalten, wenn er seine Arbeitskraft verkauft; er kann also ohne einen Anwender seiner Arbeitskraft nicht existieren. Insofern der Anwender zugleich die Einheit der einzelnen Arbeitsprozesse garantiert, ist die Arbeitskraft reell unter Kapital subsumiert. Im Unterschied zu vorkapitalistischer Herrschaft erscheint kapitalistische nicht nur als notwendig, sondern ist es auch.

Um existieren zu können, muß der Lohnarbeiter Mehrarbeit leisten. Die Einsaugung von Mehrarbeit ist der Zweck, der sich nur durch das Mittel der Erhaltung der Existenz des Lohnarbeiters vermittels des Arbeitslohns dauerhaft realisieren läßt. In der Lohnform ist der Unterschied von notwendiger und Mehrarbeitszeit erloschen; er scheint Lohn für die vergegenständlichte Arbeitskraft, nicht als ein Äquivalent für ihren Wert zu erhalten. Für den Lohnabhängigen ist die Gesamtarbeitszeit notwendige Arbeitszeit, weil dem Lohn, dem Äquivalent der notwendigen Arbeitszeit, als Bedingung die Vergegenständlichung von Mehrarbeit vorausgesetzt ist. Ohne Mehrarbeit keine notwendige Arbeit, ohne notwendige Arbeit kein Lohn, ohne Lohn keine Mittel zur Sicherung der Existenz. Die Gestalt des Zwangs zur Mehrarbeit ist also eine andere und sie erscheint anders. War die Mehrarbeit vorher durch den Herrscher erzwungen, notwendige Arbeitszeit und Mehrarbeitszeit für jeden sichtbar getrennt, so ist sie es nun durch die Verhältnisse, Eigentum

bzw. Eigentumslosigkeit an Produktionsmitteln, und die Differenz von notwendiger Arbeitszeit und Mehrarbeitszeit ist in der Erscheinung erloschen, der Unterschied nur der Reflexion zugänglich. Die Anerkennung der Verhältnisse durch die Lohnarbeiter wird ihnen nicht vorrangig durch den physischen Gewaltapparat, sondern durch den Zwang, die Arbeitskraft zu verkaufen, abgetrotzt. Die Lebensnot erzwingt die Anerkennung. Um aber die Arbeitskraft verkaufen zu können, muß der Lohnabhängige die Anforderungen der Produktionsweise anerkennen. Daher kann Marx schreiben: »Außerökonomische, unmittelbare Gewalt wird zwar immer noch angewandt, aber nur ausnahmsweise.«¹ Weil der Verkauf der Arbeitskraft *das* Mittel zur individuellen Reproduktion ihres Trägers ist, fällt die Abschaffung des Kapitalverhältnisses mit der Vernichtung seiner Existenzgrundlage zusammen. Sein ökonomisches Handeln zweckt daher auf dessen Reproduktion ab.² Das gebietet die Selbsterhaltung. »Die Organisation des ausgebildeten Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand, die beständige Erzeugung einer relativen Übervölkerung hält das Gesetz der Zufuhr von und Nachfrage nach Arbeit und daher den Arbeitslohn in einem den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechenden Gleise, der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter.«³ Grundlage der individuellen Reproduktion ist die Anerkennung der Anforderungen der kapitalistischen Produktionsweise, Motiv das Interesse der individuellen Selbsterhaltung, das legal nicht anders zu realisieren ist. Zur Erklärung der Anerkennung der Anforderungen der kapitalistischen Produktionsweise bedarf es an dieser Stelle nicht der Annahme einer unbewußten Triebstruktur. Die Lebensnot der Einzelnen reicht hier völlig aus. Die unterstellt, ist jene Anerkennung zweckrational, insofern der Verkauf der Ware Arbeitskraft ein Mittel zur Erhaltung der individuellen Existenz ist. Es mag sein, daß Einzelne, Viele, ja sogar »numerisch bedeutende Schichten« in ihrem gesell-

1 A. a. O., S. 765.

2 Das ist im übrigen der sachliche Grund, warum Marx dem Willen zur Befreiung regelmäßig eine zunehmend elende soziale Lage beiseite stellt. Unterstellt wird dabei, daß jener Wille sich erst entäußere, wenn die Grundlage der individuellen Reproduktion durch das maßlose Streben des Kapitals nach Mehrarbeit untergraben sei. Historisch hat aber das Massenelend nicht in die befreite Gesellschaft, sondern in den Faschismus geführt.

3 Ebda.

schaftlichen Handeln durch eine unbewußte Triebstruktur bestimmt sind. Ob derart motiviert oder nicht, diese Bestimmung ist indifferent gegen den Zwang zum Verkauf der Ware Arbeitskraft. Reproduzieren kann sich der Einzelne legal nur, wenn er die Anforderungen der Produktionsweise anerkennt, sei er nun gebildeter Kritiker oder begeisterter Apologet der bestehenden Verhältnisse.

Der rasch formulierte Einwand, wenigstens in den meisten europäischen und noch in einigen anderen Staaten leide inzwischen seit Jahrzehnten nur noch ein geringer Teil der nichtarbeitenden Staatsangehörigen materielle Not und ein verschwindend geringer erliege ihr, wenn der Verkauf der Ware Arbeitskraft über längere Zeit fehlschlage, weshalb der stumme Zwang der Verhältnisse gehörig an zwingender Kraft eingebüßt habe, greift zu kurz. Die Reproduktion der industriellen Reservearmee, ohnehin kaum mehr als eine des bloßen Lebens, ist, gleich in welcher Gestalt, Reaktion aufs Prinzip, nicht seine Außerkraftsetzung.

Gezeigt werden konnte, daß es für den Einzelnen als Einzelnen zweckrational ist, die Ware Arbeitskraft zu verkaufen. Nun stehen sich unterm Kapital aber nicht Einzelne, sondern Gesellschaftsklassen gegenüber: die einzelnen Produktionsprozesse stehen nicht isoliert nebeneinander, sondern sind aufeinander bezogen. Die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechende spezifische gesellschaftliche Teilung der Arbeit setzt die Einzelnen in allseitige Abhängigkeit voneinander. Es könnte daher sein, daß sich Horkheimers Überlegung hinsichtlich der Klassen als richtig erweisen läßt.

Im Prozeß der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise bilden sich die Klassen heraus. In vorkapitalistischen Zeiten existiert, entgegen der oft aus dem Kommunistischen Manifest abgeschriebenen Behauptung, Geschichte sei eine von Klassenkämpfen, zumindest keine Klasse der Beherrschten. Zu ihrem Begriff reicht die Bestimmung, allen Beherrschten komme ein gemeinsames Merkmal, eben das Beherrscht-Sein, zu, nicht hin. Der abhängige Bauer etwa ist immer ein Knecht seines Herrn; er steht in keiner Beziehung zum Knecht eines anderen Herrn und in einer bloß zufälligen zu den anderen Knechten desselben Herrn. Zufällig ist die Beziehung, weil eine gesellschaftliche Arbeitsteilung nicht oder in nur geringem Ausmaß existiert. Das verhält sich unterm Kapital

anders. Unter Voraussetzung entwickelter kapitalistischer Produktion sind alle Einzelkapitale durch technische Abhängigkeit und Konkurrenz aufeinander bezogen. Daran hat der Begriff des gesellschaftlichen Gesamtkapitals seine Substanz. Das gesellschaftliche Gesamtkapital ist mehr als die Summe seiner Teile: Die technische Beziehung der Einzelkapitale aufeinander bestimmt den Marktma- gen der einzelnen Produktionssphären und steckt damit den Rahmen der Konkurrenz innerhalb der Sphären. Weil die organische Zusammensetzung in verschiedenen Produktionssphären unterschiedlich ist, kann die Beziehung der Kapitale verschiedener Sphären aufeinander nur gelingen, wenn eine gesellschaftliche Durchschnittsprofitrate unterstellt ist, die durchschnittlich von den Einzelkapitalen realisiert wird.¹ Jeder einzelne Kapitalist hat »dasselbe Interesse an der *Productivität der gesellschaftlichen Arbeit*, die vom Gesamtkapital angewandt wird«², weil »der Durchschnittsprofit [...] abhängt von dem Exploitationsgrad der Gesamtarbeit durch das Gesamtkapital«.³ Umgekehrt ist die Arbeit der Lohnabhängigen wirklich gesellschaftliche Arbeit, sofern sie ein zahlungskräftiges Bedürfnis befriedigt. In der durchs gesellschaftliche Gesamtkapital vermittelten allseitigen Abhängigkeit der arbeitsteilig produzierenden Lohnarbeiter voneinander sind diese aufeinander und auf das Kapital bezogen. Zum ersten Mal in der Geschichte stehen sich daher zwei Klassen gegenüber:⁴ das gesellschaftliche Gesamtkapital setzt die Klasse der Kapitalisten zu der der Lohnarbeiter in Beziehung. Hat die erstere dem Begriff nach ein Interesse an der Steigerung des Ausbeutungsgrades, so die letztere an seiner Minderung. Die Beziehung der Klassen aufeinander durch das gesellschaftliche Gesamtkapital reproduziert zugleich das Klassenverhältnis als Klassenverhältnis. Beide Seiten sind Voraussetzung und Resultat des kapitalistischen Produktionsprozesses.⁵ Denn

1 Zur Begründung der Durchschnittsprofitrate bei Marx vgl. F. Kuhne, *Durchschnittsprofitrate und Konstruktion der Totalität*, in: C.-E. Vollgraf (Hrsg.), *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung*. Neue Folge, Hamburg 1995.

2 MEGA II/4.2, S. 271.

3 Ebd. Die Engelsche Verbesserung in MEW 25, S. 207, ist richtig. Engels ersetzt dort »Durchschnittsprofit« durch »Durchschnittsprofitrate«.

4 Das Grundeigentum spielt für die Argumentation an dieser Stelle keine Rolle und ist daher hier zu vernachlässigen.

die Voraussetzung, Eigentum bzw. Nichteigentum an Produktionsmitteln, ist das Resultat des Prozesses. »Es ist die Zwickmühle des Prozesses selbst, die den einen stets als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf den Warenmarkt zurückschleudert und sein eigenes Produkt stets in das Kaufmittel des anderen verwandelt.«¹

Unterm Kapital sind also die Klassen, und das unterscheidet sie von allen vergangenen Produktionsweisen, als Klassen durch den gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozeß bestimmt. Die Kapitalisten sind affirmativ aufeinander bezogen durch technische Abhängigkeit und ein identisches Interesse an der Erhöhung des Ausbeutungsgrades der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, negativ durch die Konkurrenz um die gesamtgesellschaftliche Profitmasse.² Die Lohnabhängigen sind affirmativ aufeinander bezogen durch Arbeitsteilung und ein identisches Interesse an der Senkung des Ausbeutungsgrades der gesellschaftlichen Gesamtarbeit,³ negativ durch Konkurrenz um Arbeitsplätze. An der durch das gesellschaftliche Gesamtkapital vermittelten, inhaltlich durch den Gegenstand der Konkurrenz und das gegensätzliche Interesse am Ausbeutungsgrad der gesellschaftlichen Gesamtarbeit unterschiedenen Beziehung der Klassenangehörigen aufeinander hat der objektive Klassenbegriff seine Substanz. Das gesellschaftliche Gesamtkapital setzt die bei-

5 »Das Kapital setzt also die Lohnarbeit, die Lohnarbeit setzt das Kapital voraus. Sie bedingen sich wechselseitig; sie bringen sich wechselseitig hervor.« *Lohnarbeit und Kapital*, MEW 6, S. 410; zit. n. MEW 23, S. 604, FN.

1 A. a. O., S. 603.

2 Diese Gestalt der Konkurrenz ist zu unterscheiden von der der Einzelkapitale innerhalb einer Sphäre. Wird in einer Sphäre von einem Kapital Extraprofit realisiert, so geht der zu Lasten des Profits der Konkurrenten in der besagten Sphäre. Die Konkurrenz um Anteile an der gesamtgesellschaftlichen Profitmasse vollzieht sich zwischen Kapitalen unterschiedlicher Produktionssphären so, daß Sphären mit vorübergehend höherer Profitrate Kapital anziehen, wodurch die außergewöhnliche Profitrate sich der Durchschnittsprofitrate angleicht.

3 Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei an dieser Stelle betont, daß sich das Interesse der Arbeiterklasse an der Senkung des Ausbeutungsgrades der gesellschaftlichen Gesamtarbeit ausschließlich auf die Erhöhung des historisch-moralischen Elements der Ware Arbeitskraft bzw. auf die Senkung der Mehrarbeitszeit im Verhältnis zur notwendigen Arbeitszeit bezieht, nicht auf die Erhöhung des Werts der Ware Arbeitskraft durch die Senkung der Produktivkraft der Arbeit. An solcher Erhöhung der notwendigen Arbeitszeit kann vernünftigerweise niemand ein Interesse haben. Tatsächlich wird ein solches auch nur von wenigen Sekten – ein bekanntes Beispiel sind die Amish-people in den USA – praktiziert und von wenigen Vertretern der »Grünen« unter der Parole: Zurück zur Natur gefordert. Solche Forderung, sachlich eine fadenscheinige Verkleidung der Parole zurück in die Steinzeit, läßt sich allerdings nur psychologisch verstehen. Rationalisierter Neid, ein Affekt gegen das, was man selbst gerne hätte, aber nicht hat und das deshalb keiner haben soll, mag ein Motiv dafür sein.

den Klassen als Klassen zueinander in Beziehung und reproduziert sie dadurch.

Die Entfaltung des objektiven Klassenbegriffs reicht jedoch nicht hin, wenn untersucht werden soll, ob eine unbewußte Triebstruktur am Grunde affirmativen gesellschaftlichen Handelns der Klassenmitglieder notwendig anzunehmen ist. Dazu müssen die beiden Klassen erstens als handelnde Subjekte bestimmt werden. Als handelnde Subjekte kämpfen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse um den gesellschaftlichen Ausbeutungsgrad der Arbeit, wenn auch nicht bewußt. Als Klassen kämpfen sie um allgemeine Regelungen des Arbeitsprozesses, etwa die gesetzlich festgeschriebene Dauer des Arbeitstags. Zweitens muß der Begriff der Klasse dem Zweck der Handlung nach unterschieden werden. Schon im Marxschen Kapital steht neben dem Interesse in der Produktionsweise das Interesse der Arbeiterklasse an einer anderen Produktionsweise.

Aus der objektiven Existenz der Klassen folgt zunächst noch kein *Klassenhandeln*. Als Klassen stehen sich Arbeiter und Kapitalisten vermittelt durch das gesellschaftliche Gesamtkapital gegenüber. Doch als Handelnde stehen sich auf dem Warenmarkt keine Klassen, sondern Rechtspersonen, Warenverkäufer und Warenkäufer, gegenüber. »Und da Käufe und Verkäufe nur zwischen einzelnen Individuen abgeschlossen werden, so ist es unzulässig, Beziehungen zwischen ganzen Gesellschaftsklassen darin zu suchen.«¹ Die Existenz der Klassen bestimmt die ihr Zugehörigen also noch nicht zu Subjekten, die im Sinne des Klasseninteresses handeln. Zwar mag sich das Handeln Einzelner oder Vieler zur Beförderung ihrer partikularen Interessen auf das Klassenverhältnis auswirken, doch von Klassenkampf wäre nicht zu reden. Davon läßt sich erst sprechen, wenn sich die Klassenangehörigen als jeweils durch einen Zweck geeinte handelnde Subjekte gegenüberstehen. Entsprechend wird der Begriff der Arbeiterklasse im Kapital in verschiedener Bedeutung, mal im eben entfalteten Sinn, mal als durch einen

1 A. a. O., S. 613.

Zweck geeinte, verwandt.¹ Zu fragen ist daher zuerst, ob und wenn, dann welche Beziehung zwischen dem objektiven Klassenbegriff und dem Klassenhandeln besteht und ob sich diese Beziehung für die beiden Klassen unterscheidet.

Um als Klasse handeln zu können, bedarf es eines angebbaren Zwecks, der die Einheit ihrer Angehörigen als handelndes Subjekt garantiert. Marx hat darauf in einem Brief an Friedrich Bolte hingewiesen. »Z. B. der Versuch, in einer einzelnen Fabrik oder auch in einem einzelnen Gewerk durch strikes etc. von den einzelnen Kapitalisten eine Beschränkung der Arbeitszeit zu erzwingen, ist eine ökonomische Bewegung; dagegen eine Bewegung, ein Achtstunden- etc. *Gesetz* zu erzwingen, ist eine *politische* Bewegung. Und in dieser Weise wächst überall aus den vereinzelt ökonomischen Bewegungen der Arbeiter eine *politische* Bewegung hervor, d. h. eine Bewegung der *Klasse*, um ihre Interessen durchzusetzen in allgemeiner Form, in einer Form, die allgemeine, gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt.«² Demgemäß wächst die Klasse als handelndes Subjekt aus einzelnen ökonomischen Bewegungen hervor und unterscheidet sich von diesen durch den verfolgten Zweck: Die Bewegung sucht ein partikulares Interesse einer bestimmten Gruppe von Lohnabhängigen innerhalb eines Staates, die Klasse hingegen zwar auch ein partikulares Interesse, aber eines aller Proleten in diesem Staat durchzusetzen. Entsprechend sind die Adressaten des Interesses unterschieden: Einzelkapitale oder Gruppen von Einzelkapitalen auf der einen, der Staat, insofern er als Vertreter des gesellschaftlichen Gesamtkapitals auftritt, auf der anderen Seite. Die Entstehung der Klasse als politischer Bewegung, d. h. in der Beziehung auf den Staat, ergibt sich aus dem Begriff der Kapitalistenklasse, deren Einheit sich in Rechtsbestimmungen darstellt. Zunächst ist daher deren Begriff zu entfalten.

Der Zweck des Kapitals realisiert sich in der Bewegung von Einzelkapitalen, deren Tendenz, den Wert der Ware Arbeitskraft unter das physische Existenzminimum zu drücken und den Arbeitstag über alle physischen Schranken hinaus zu verlängern, die

1 Vgl. z. B. a. a. O., S. 328: »Das Kapital entwickelte sich ferner zu einem Zwangsverhältnis, welches die Arbeiterklasse nötigt, mehr Arbeit zu verrichten, als der enge Umkreis ihrer eigenen Lebensbedürfnisse vorschrieb.« In anderer Bedeutung z. B. a. a. O., S. 320.

2 K. Marx, *Brief an F. Bolte*, MEW 33, S. 332 f.

Existenz des Kapitalverhältnisses selbst bedroht. »Das Kapital ist .. rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird.«¹ Weil es in der Konkurrenz von Einzelkapitalen existiert, kann es aus sich dem rastlosen Streben, seine eigene Existenzgrundlage zu zerstören, keine Schranke setzen. Gegen die Tendenz zur Zerstörung seiner Grundlagen ist die reale *Einheit* aller Kapitale in ihrer technischen Beziehung aufeinander im gesellschaftlichen Gesamtkapital indifferent. Das gesellschaftliche Gesamtkapital setzt sich als bestimmte Relation arbeitsteilig produzierter Waren zueinander gegen die einzelnen Kapitale durch, doch es zwingt die einzelnen Kapitale nur in bestimmte Relationen zueinander. Gegen deren Tendenz, die Arbeitskraft über alle Maßen zu verschleifen, ist es machtlos. Klasseninteresse und Interesse der einzelnen Klassenmitglieder fallen daher auseinander. Die affirmative und die negative Beziehung der Einzelkapitale aufeinander ist asymmetrisch: Die Klasse kann als Klasse nur handeln, wenn das Interesse der Klassenmitglieder hinter das Interesse der Klasse zurücktritt. Das ist objektiv unmöglich, weil die Existenzweise des gesellschaftlichen Gesamtkapitals das Auseinanderfallen der Interessen erzwingt. Umgekehrt erzwingt eben diese Existenzweise das Klassenhandeln, weil sich sonst die Produktionsweise selbst zerstören würde. Die Konkurrenz der Einzelkapitale untergräbt die »Springquellen allen Reichtums: die Erde und den Arbeiter.«² Die Tendenz zur Zerstörung der materiellen Grundlagen der Produktion erscheint zuerst in dem Bestreben, den Arbeitstag über alle Naturschranken hinaus zu verlängern. Bei Marx wird der Staat an einem historischen Modell, dem Kampf um die Schranken des Arbeitstags in England,³ in diesen Zusammenhang eingeführt als ideeller Gesamt-

1 MEW 23, S. 285.

2 A. a. O., S. 530.

3 Das historische Moment in der Darstellung des Kampfes um die Länge des Arbeitstages ist zwingend. Die Länge des Arbeitstages ist variabel innerhalb einer Maximalschranke (physische Zerstörung des Trägers der Ware Arbeitskraft) und einer Minimalschranke (der Arbeitstag muß unterm Kapital länger sein als die notwendige Arbeitszeit) und, abhängig von unterschiedlichen Traditionen, Naturbedingungen, etc. in verschiedenen Staaten, eine gegebene Größe. Der Kampf läßt sich daher nur an historischem Material darstellen. Daher kommt die Darstellung nicht ohne Einbeziehung der Klasse der Grundbesitzer aus, oder: die Begrenzung des Arbeitstages läßt sich nur darstellen durch die Analyse des historisch gegebenen Kräfteverhältnisses der Klassen zueinander. Das systematische Argument, daß die Tendenz zur Über-

kapitalist, politisches Exekutionsorgan des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, als Instanz, welche die Reproduktion des Kapitalverhältnisses gegen die Interessen der einzelnen Kapitale garantiert.¹ »Diese Gesetze [gemeint sind die Englischen factory acts (J. W.)] zügel den Drang des Kapitals nach maßloser Aussaugung der Arbeitskraft durch gewaltsame Beschränkung des Arbeitstags von Staats wegen, und zwar von Seiten eines Staats, den Kapitalisten und Landlords beherrschen. Von einer täglich bedrohlicher anschwellenden Arbeiterbewegung abgesehen, war die Beschränkung der Fabrikarbeit diktiert durch dieselbe Notwendigkeit, welche den Guano auf die englischen Felder ausgoß. Dieselbe blinde Raubgier, die in dem einen Fall die Erde erschöpft, hatte in dem anderen die Lebenskraft der Nation an der Wurzel ergriffen.«² Grund der Einheit der Bourgeoisie ist das Eigentum ihrer einzelnen Mitglieder an Produktionsmitteln, Mittel das staatliche Gesetz, Zweck die Aufrechterhaltung der Produktionsweise. Die Institutionalisierung der Klasse der Kapitalisten als handelndes Subjekt im staatlich garantierten Gesetz garantiert die Permanenz ihres Klassenhandelns. Der durch den Staat realisierte identische Zweck macht die Bourgeoisie zur »Klasse schlechthin. Aber der egalitäre Charakter, der sie dazu macht, wird selbst von der Kritik der politischen Ökonomie aufgelöst«³, denn in ihrer erzwungenen Einheit als Klasse sind die hinsichtlich des Zwecks als Gleiche vereinten durch unterschiedlich mächtige Kapitale aufeinander bezogen: »die Klasse als ganze muß zur äußersten Hingabe ans Prinzip des Eigentums bereit sein, das sich real vorab aufs Eigentum der Großen bezieht.«⁴ Die Einheit der Klasse ist real und zugleich Ideologie, weil die Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses nur *gegen* konkurrierende Kapitale unterschiedlicher Größe und unterschiedlicher Produktivität möglich ist. Nicht böser Wille, sondern die Zwangsgesetze der Konkurrenz verwandeln das erzwungene Zweckbündnis in ein Haifischbecken,

schreitung der Naturschranken des Arbeitstags seine staatliche Beschränkung erzwingt, wird dadurch nicht berührt.

1 Dies Resultat hat selbst historische Voraussetzungen: die zwangsgesetzliche Verlängerung des Arbeitstags bzw. die Aufhebung gesetzlicher Schranken.

2 A. a. O., S. 253; vgl. auch S. 515.

3 Th. W. Adorno, *Reflexionen zur Klassentheorie*, Gesammelte Schriften, Bd. 8, Frankfurt a. M. 1990, S. 378.

4 A. a. O., S. 379.

dessen Freßordnung das gesellschaftliche Naturverhältnis vorab bestimmt hat. Das notwendige Auseinanderfallen von Staat und Gesellschaft erzwingt zur Durchsetzung der partikularen Interessen unterschiedlich starker Kapitalfraktionen den Lobbyismus, der sich nicht der Struktur, sondern der Legalität nach vom Bandenwesen unterscheidet.

Eine »Form, die allgemeine, gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt«, kann das Interesse der Lohnabhängigen also nur in Beziehung auf die politische Gewalt haben, weil es sich nur durch sie aufs Gesamtkapital beziehen kann.¹ Die Arbeiterklasse, um sich zum handelnden Subjekt zu bilden, bedarf jedoch zusätzlicher Bestimmungen, die sich nicht aus dem entfalteten Begriff des Kapitals selbst ergeben. Der steht ihrer Einheit vielmehr entgegen. Der Zwang zur Sicherung der gegenständlichen Existenzbedingungen bestimmt die Lohnabhängigen nicht zur Einheit, sondern zur Trennung.² Jeder einzelne sucht auf dem Arbeitsmarkt in der Konkurrenz mit anderen potentiellen Verkäufern der Ware Arbeitskraft seine zu verkaufen. Notwendig ist deren Konkurrenz, weil die Bewegung des Kapitals notwendig eine relative Übervölkerung erzeugt.³

Die politischen Organisationsformen der Lohnabhängigen sind Institutionalisierungen der *Erfahrung*, daß die Organisation identischer Interessen die Möglichkeit ihrer Durchsetzung verbessert. Daß die Arbeiterklasse als Klasse handelt, hat Kontingentes zur Voraussetzung, die Einsicht, daß gemeinsam sich mehr erreichen läßt. Weil sich die Arbeiterbewegung als politische Bewegung nicht zwingend bildet, sind die Marxschen Formulierungen entsprechend vorsichtiger. »Zum ›Schutz‹ gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein

1 Daß das gesellschaftliche Gesamtkapital keine Staatsgrenzen kennt, aber nur in den Rechtsbestimmungen unterschiedlicher Staaten erscheinen kann, und der Bezugspunkt der Arbeiterklasse, sofern sie sich aufs Gesamtkapital bezieht, ein einzelner Staat ist, tut der Argumentation hier keinen Abbruch. Die sich daraus ergebenden Friktionen sind hier nicht Gegenstand.

2 »Die Geschichte der Regelung des Arbeitstags in einigen Produktionsweisen, in anderen der noch fortdauernde Kampf um diese Regelung, beweisen handgreiflich, daß der vereinzelt Arbeiter, der Arbeiter als »freier« Verkäufer seiner Arbeitskraft, auf gewisser Reifestufe der kapitalistischen Produktion, widerstandslos unterliegt.« MEW 23, S. 316.

3 Die Begründung findet sich bei Marx im 23. Kapitel des ersten Band des *Kapitals*, a. a. O., S. 650 ff.

Staatsgesetz erzwingen«.¹ Damit ist auf einen Zusammenhang von Erfahrung und Lebensnot verwiesen: Das Erzwingen eines Gesetzes zur Regelung der Arbeitsbedingungen bessert diese allgemein, eben dadurch für jeden Einzelnen. Aus der Freiheit der Lohnabhängigen von den gegenständlichen Bedingungen der Reproduktion folgt zunächst als Zweck des Klassenhandelns, übermäßigen Verschleiß der Arbeitskraft zu verhindern.²

Damit ist ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Klassen, sofern sie als handelnde Subjekte auftreten, bezeichnet. Weil die Arbeiterklasse sich zur Klasse nur durch Erfahrung bilden kann, ist ihr Auftreten als politisch handelndes Subjekt im Unterschied zur Kapitalistenklasse zufällig. Zwar ist das staatliche Zwangsgesetz nun näher bestimmt als Resultat des Klassenkampfes, doch besteht zwischen den beiden Seiten eine Asymmetrie. Entfaltete kapitalistische Produktionsweise unterstellt, erzwingt das maßlose Streben nach Einsaugung von Mehrarbeit der Einzelkapitale in der Konkurrenz dessen Beschränkung durch die Klasse, die als handelndes Subjekt nur als Vertreter des gesellschaftlichen Gesamtkapitals gegen die Einzelkapitale im Staat auftreten kann und muß, während die Arbeiterklasse als handelndes Subjekt auftreten kann, aber nicht muß. Noch aus anderem Grund ist das Klassenhandeln dauernd prekär: Gesetzlich garantierte Verbesserungen der Arbeitsbedingungen lassen sich nur durchsetzen, wenn das Band der Solidarität zwischen den Lohnabhängigen gefestigt ist. Jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen führt aber zur Lockerung dieses Bandes, weil sie ein Motor zum verstärkten Einsatz neuer Produktionsmittel ist, der die Zahl derer, die aus Not auch zu schlechteren Bedingungen arbeiten würden, um überhaupt ihre Arbeitskraft verkaufen zu können, also die relative Übervölkerung, erhöht. Der Mechanismus des kapitalistischen Produktionspro-

1 A. a. O., S. 320; vgl. auch S. 294.

2 Passagen, in denen die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstags auf die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion zurückgeführt werden, sind schon zitiert worden. Die Bedeutung der Arbeiterklasse wird im *Kapital* etwa auf S. 249 betont: »Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstags als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar – ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d.h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse.« Zwei Kräfte, deren genaues Verhältnis schwerlich zu bestimmen ist, drängten so zur Normierung des Arbeitstags; entsprechend wird von Marx mal die eine, mal die andere stärker betont.

zesses selbst unterminiert das Auftreten der Arbeiterklasse als handelndes Subjekt.

Wenn die Arbeiterklasse sich als politische Bewegung nur durch die Beziehung auf politische Gewalt bilden kann, ist die gängige Unterscheidung zwischen deren sogenanntem ökonomischen und dem sog. politischen Kampf wenigstens problematisch. Denn der ökonomische Kampf, sofern auf allgemeine Regelungen der Arbeitsbedingungen bezogen, ist politisch, der politische, sofern er das organisierte Interesse der Lohnarbeiter artikuliert, ökonomisch. Sachlich ist das damit Gemeinte nach dem *Zweck* des politischen Kampfes zu unterscheiden. Der ist keineswegs bestimmt durch die bloße Beziehung der Klasse als Klasse auf politische Gewalt. Jener Zweck läßt sich unterscheiden nach dem Interesse in und dem Interesse an der Abschaffung der Produktionsweise.¹ Das Interesse in der Produktionsweise ist bezogen auf die Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der einzelnen Klassenmitglieder. Die Durchsetzung solchen Interesses stellt sich dar als Kampf um gesetzliche Regelungen des Arbeitsprozesses und der Reproduktionsbedingungen. Insofern ist der Begriff der Klasse in dieser Hinsicht nicht ohne ihre objektive Bestimmung zu haben. Die Klasse ist als handelndes Subjekt die Vertretung der Interessen der Lohnarbeiter in der Produktionsweise. Von Anfang an hat die aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein unter dem Verfechter des ehernen Lohngesetzes und dem Vereinstag Deutscher Arbeitervereine unter Bebel und Liebknecht hervorgegangene Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands sich um die Interessen der Arbeiter in der Produktionsweise bekümmert. Schon 1884 gab es Streit, als eine Mehrheit der SAPD einer Regierungsvorlage zur Subvention privater Dampflinien nach Asien und Afrika u. a. mit dem Argument zustimmen wollte, dadurch würden Arbeitsplätze gesichert.² Das Interesse in der Produktionsweise war die Existenzberechtigung der Partei als legitimer Vertreterin des Arbeiterinteresses. Daß zumindest noch im Gothaer Programm als oberster Zweck ein Inter-

1 Üblicherweise wird das Interesse in der Produktionsweise fälschlich als ökonomischer Kampf, das an ihr als politischer bezeichnet.

2 Die Fraktion um Bebel und Liebknecht konnte das unter Verweis auf die damit verfolgten imperialistischen Zwecke verhindern. Vgl. H. Grebing, *Arbeiterbewegung*, München 1987, S. 84 f.

esse an einer anderen Produktionsweise formuliert wird, dem die Beförderung des Interesses in der Produktionsweise notwendig zuwiderläuft, verweist wieder auf die Gewalt des stummen Zwangs der Verhältnisse. Als Vertreterin der Lohnabhängigen *muß* deren politische Organisation für die Verbesserung ihrer Lage in der Produktionsweise eintreten.

Für die Klasse in der bisher entfalteten Bestimmung gilt, was schon für ihre einzelnen Mitglieder entwickelt wurde. Egal, ob mit richtigem oder mit falschem oder mit einem durch eine unbewußte Triebmotorik verfälschten Bewußtsein ausgestattet – der Durchsetzung des Interesses der Arbeiterklasse am halbwegs erträglichen Leben ist die Lebensnot vorausgesetzt wie sie die Reproduktion der gesellschaftlichen Ursache der Lebensnot, das Kapitalverhältnis, nach sich zieht. Die Bündelung der einzelnen Interessen in ihrer Organisation dient der adäquateren Durchsetzung dieser Interessen; erst ihre Bündelung ermöglicht zu erkämpfen, was der Einzelne oder eine Gruppe niemals hätte durchsetzen können. Das ist nur in dem Sinne irrational, als damit die Voraussetzung solcher Interessenorganisation, das Kapitalverhältnis, reproduziert wird. Unter dieser Voraussetzung ist besagtes Handeln rational. Daß die Lohnabhängigen wie ihre Organisationen aufgrund ihrer objektiven Lage sich um Arbeitsplätze und nicht um die Revolution bekümmern, bedarf zur Erklärung nicht der Annahme einer unbewußten Triebstruktur.

Auch für die dem Zweck nach unterschiedene Bestimmung des Interesses der Arbeiterklasse an einer anderen Produktionsweise kann Horkheimers Überlegung keine Gültigkeit beanspruchen. Die Organisation eines solchen Interesses hat auf Seiten ihrer Mitglieder ein entweder aus Einsicht oder aus Empfindsamkeit für das Leiden anderer erwachsenes solidarisches Gefühl zur Voraussetzung. Seine organisierte Gestalt ist die politische Partei, deren Mitglieder das Interesse am sittlichen Zustand eint. Entsprechend ist die Beziehung auf politische Gewalt eine andere. Von ihr wird nicht gefordert, dieses oder jenes zu tun. Sie soll gestürzt werden – nicht als Zweck, sondern als Mittel: Die Eroberung der politischen Gewalt ist ein Mittel zur Realisierung des sittlichen Zustands. Grundlage solchen Handelns ist nicht die Lebensnot, sondern die

Einsicht in den Zweck und die Funktionsweise einer Gesellschaft mit kapitalistischer Produktionsweise. Solche Einsicht ist ein Akt aus Freiheit wie jede und erst vom Resultat, der gewonnenen Erkenntnis, aus ihren Voraussetzungen zu begründen. Ist die Einsicht ein Akt aus Freiheit, so auch ihre Abwesenheit. Aus dem bisher entwickelten läßt sich ein Argument entfalten, das den Mangel an Einsicht in die Verhältnisse zwar sowenig begründen kann wie die These von einer unbewußten Triebstruktur, ihn aber wahrscheinlich werden läßt. War dem erstgenannten Zweck der Arbeiterklasse die Freiheit der Lohnabhängigen von den gegenständlichen Bedingungen der Reproduktion vorausgesetzt, so hat ihre durch das Interesse am sittlichen Zustand hergestellte Einheit das gerade Gegenteil zur Voraussetzung: die wenigstens zeitweise nicht durch Lohnarbeit vermittelte Verfügung über die gegenständlichen Bedingungen der Reproduktion, ohne die keine Bildung zu erlangen ist. Denn die Überwindung des Irrtums hat eine ausgebildete Urteilskraft zur Voraussetzung, die den Irrtum auf Widersprüche zu führen erlaubte, um ihn so überhaupt erst als Irrtum zu erweisen. Dazu ist der Ungebildete schwerlich in der Lage, nicht weil er dumm ist, sondern weil er diese Fähigkeit nicht ausgebildet hat oder sie durch Arbeits- und Reproduktionsbedingungen aufs Schwerste beschädigt ist. Insofern Bildung eine Voraussetzung des Ausgangs aus der »selbstverschuldeten Unmündigkeit« ist, ist sie kaum selbstverschuldet. Der Ungebildete mag mit einem für das Leid anderer empfindsamen Charakter ausgestattet sein, ein zugegebenermaßen seltenes Phänomen, und das mag ihm den Wunsch nach einem sittlichen Zustand einpflanzen. Doch als wahrhaft sittlicher muß er gewußt, d. h. begründet werden können,¹ und dazu eben bedarf es unabdingbar der Bildung. Läßt sich das Interesse in der Produktionsweise auf die Lebensnot zurückbringen, so das an ihrer Veränderung auf die wenigstens zeitweise Abwesenheit jener. Am sittlichen Zustand orientierte Erhebungen werden, das ist keine neue Einsicht, typischerweise von Bewegungen mit einem ver-

1 Dies wird nicht dadurch berührt, daß eine solche Begründung nicht positiv, sondern nur negativ, als Kritik bestehender Verhältnisse möglich ist: Jede Utopie scheitert an dem logischen Problem, unterstellen zu müssen, was sie nicht unterstellen kann, das Bewußtsein, was ein Verein freier Menschen tut oder läßt.

gleichsweise zur Gesamtbevölkerung hohen Anteil von Intellektuellen getragen.

Hat das Interesse an der Abschaffung der bestehenden Produktionsweise die Einsicht in den nicht als vernünftig bestimmbar Zweck der kapitalistischen Produktionsweise zur Voraussetzung, ist es nicht an eine bestimmte Klasse gebunden, sondern ein menschliches. Wenn die Realisierung des sittlichen Zustands ein menschliches Interesse ist, hat nicht das Proletariat, sondern die Menschheit eine Mission. Mögliches Subjekt ihrer Realisierung ist kein bestimmter, sondern jeder Mensch, weil sie von jedem eingesehen werden können muß. Weil Einsicht nur insofern als von der Klassenlage abhängig gedacht werden kann, als der Zwang zur Lohnarbeit sie behindert, sie selbst aber von jedem vernünftigen Wesen ob seiner Vernünftigkeit geteilt werden können muß, sind die beiden Bestimmungen der Klasse als politischer Bewegung in doppelter Hinsicht unterschieden. In dem einen Fall ist sie extensional bestimmt durch die Freiheit vom Eigentum an Produktionsmitteln, intensional durch den Zweck ihrer Beziehung auf politische Gewalt: Verbesserung der Reproduktionsbedingungen, in dem anderen extensional durch die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, intensional durch den Zweck ihrer Beziehung auf politische Gewalt: Schaffung eines sittlichen Zustands.

Zwischen beiden Bestimmungen der Klasse steht ein Hiatus, und dieser Hiatus ist es, der Horkheimer als unbewußte Triebstruktur erscheint. Aus dem Interesse an der Produktionsweise, Resultat des Zwangs zum Verkauf der Ware Arbeitskraft, folgt nichts als der Versuch, die Modalitäten des Arbeitsvertrags mit geeigneten Mitteln möglichst zu verbessern, aus ihm ergibt sich in keiner Weise ein Interesse an einer anderen Produktionsweise, er steht ihm vielmehr entgegen, denn die Freiheit von den gegenständlichen Bedingungen der Existenz zwingt die Lohnabhängigen gerade dazu, einen Großteil ihrer Lebenszeit in einem Produktionsprozeß zu verbringen, der die intellektuellen Fähigkeiten nicht gerade befördert. Auch im Kapital findet sich, außer einigen Formulierungen am Ende des ersten Bandes über das notwendige Ende der kapitalistischen Produktionsweise, kein Mittel, den Bruch zu überwinden, sondern die Hoffnung, daß er überwunden werde. So bedürfe es »Zeit und Erfahrung, bevor der Arbeiter die Maschinerie von ihrer

kapitalistischen Anwendung unterscheiden und daher seine Angriffe vom materiellen Produktionsmittel selbst auf dessen gesellschaftliche Exploitationsform übertragen lernt.«¹ Als auf einen Akt aus Freiheit bezogene läßt sich die Hoffnung kaum präziser formulieren. Zwar ist richtig, daß der »Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst« die Arbeiterklasse »schult, vereint und organisiert«², aber nur in dem Sinne, daß er die Erfahrung der Lohnabhängigen befördert, daß erst die Organisation ihrer identischen Interessen sie in die Lage versetzt, diese auch durchzusetzen. Ein Interesse an einer anderen Produktionsweise folgt daraus nicht und kann es auch nicht, weil die beiden Bestimmungen der Klasse als politischer Bewegung der Zugehörigkeit wie dem Zweck nach unterschieden sind.

Vorstellungen, die davon ausgehen, das potentiell revolutionäre Subjekt sei die aus Lohnarbeitern zusammengesetzte Arbeiterklasse, die vermittels einer Partei nun zum aktuell revolutionären transformiert werden soll, haben spätestens seit der klassischen Unterscheidung von Klasse an sich und Klasse für sich in Zeiten gesellschaftlicher Erschütterung Konjunktur. Lenin wie Lukács haben vielerlei Ursachen genannt, die verhindern, daß die Klasse endlich zu einer an und für sich werde. Daß sie es irgendwann werden muß, ergibt sich aus einer Konstruktion, die das Proletariat zur Auflösung des vermeintlichen Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bestimmt. Von Horkheimer unterscheidet sich diese Argumentation nur dadurch, daß die Psychologie aus dem Spiel gelassen wird. Genannt werden u.a. ein das Bewußtsein vernebelnder ideologischer Schleier, eine Bestechung der Arbeiterführer, die nach Lenin aus gigantischen Extraprofiten finanziert werde³, eine Verschwörung vulgärmarxistischer Theoretiker gegen das Proletariat, die »ihm dabei die Aussicht auf den richtigen Weg«⁴ verstelle, ein »Mangel an Einheit«⁵ der empirischen Arbeiterbewußtseine, der wesentlich auf die Trennung von ökonomischen und politischem Kampf zurückzuführen sei und

1 MEW 23, S. 452.

2 A. a. O., S. 791.

3 W. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, a. a. O., S. 773.

4 G. Lukács, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Darmstadt 1988, S. 153.

5 A. a. O., S. 155.

nicht zuletzt die Verbürgerlichung des Proletariats¹. Versatzstücke solcher Überlegungen finden sich innerhalb der K-Gruppen im Gefolge der Studentenbewegung bis in die 80er Jahre und man darf erwarten, daß auch die nächste gesellschaftliche Erschütterung sie wieder aufleben läßt. Der Mangel ihrer verschiedenen Varianten besteht darin, daß sie alle den extensionalen und den intensionalen Unterschied der beiden Begriffe der Klasse als politischer Bewegung nicht berücksichtigen, sondern den Unterschied als bloß intensionalen auffassen.

Horkheimer hingegen hat die Konsequenzen, die sich daraus für die Bestimmung des Subjekts der Veränderung ergeben, fünf Jahre nach der Veröffentlichung von »Geschichte und Psychologie« sehr genau gesehen: »Dies ist auch einer der Gründe, warum welthistorische Umschläge nicht davon erwartet werden können, daß sich zunächst die Menschen ändern. Sie pflegen aktiv durch Gruppen herbeigeführt zu werden, bei welchen keine verfestigte psychische Natur den Ausschlag gibt, sondern die Erkenntnis selbst zur Macht geworden ist.«²

Horkheimer wandelt hier einen Gedanken Marx' aus der Einleitung zur *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* ab: »...auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.«³ Der Unterschied betrifft das Subjekt der Veränderung. Waren es beim frühen Marx noch die »Massen«, beim späten die Arbeiterklasse, so sind es bei Horkheimer »Gruppen«. Was bei Horkheimer als Differenz von unbewußter Triebstruktur und Erkenntnis auftritt, bezeichnet in Wirklichkeit die *Differenz* im Begriff des Zwecks der Arbeiterklasse. Subjekt der revolutionären Tat und die Arbeiterklasse, die ein Interesse in der Produktionsweise vertritt, fallen auseinander. Damit ist auch das Gelingen der Revolution selbst fragwürdig geworden. Sie stellt sich nun dar als Putsch, »eine isolierte Tat der »bewußten Minderheit« zur Ergreifung der Macht«⁴. Horkheimers Überlegung, Ausdruck der oben bezeichneten Differenz, ist wahr und falsch zugleich. Wahr, weil im Begriff der Gruppe ausgedrückt ist, daß die Einsicht keine Klassen-

1 A. a. O., S. 490.

2 M. Horkheimer, *Autorität und Familie. Allgemeiner Teil*, a. a. O., S. 357.

3 MEW I, S. 385.

4 G. Lukács, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, S. 503.

grenzen kennt und die Erkenntnis bewahrt ist, daß die vernünftige Veränderung der Verhältnisse die Einsicht in sie voraussetzt, falsch, weil der Putsch den Terror und die Propaganda oder beides nach sich zieht. Einmal an die Macht gelangt, müssen die Putschisten, um sich an ihr zu erhalten, nicht nur die Konterrevolution niederhalten, sondern auch deren Unterstützung durch »numerisch bedeutende soziale Schichten«, und das ist gemäß der Voraussetzung nur möglich, wenn sie die das Bewußtsein verfälschende Triebstruktur ihrer Mitglieder mittels Propaganda befriedigen. Propaganda aber ist der Einsicht entgegengesetzt. Selbst die gutgemeinte für die Wahrheit trägt ihr Gegenteil in sich, weil sie nicht auf Einsicht, sondern auf die Befriedigung psychischer Bedürfnisse abzielt. »Es bleibt nichts übrig, als so unbestechlich und unabhängig wie möglich die Erkenntnis vorwärts zu treiben, sowohl nach der sogenannten objektiven wie nach der subjektiven Seite hin, und dann auf Grund der Erkenntnis in allem Ernst zu handeln.«¹

Der Versuch allerdings, die Psychologie als »Hilfswissenschaft der Geschichte« zu begründen, ist gründlich gescheitert. Damit ist zwar nicht die Psychologie vom Tisch, wohl aber diese Gestalt ihrer Begründung. Was auch immer die Menschen daran hindern mag, sich für das Reich der Freiheit einzusetzen – warum der Zwang zur Lohnarbeit nicht hinreichen sollte, eine solche Frage zu erhellen, blieb unaufgeklärt.

Dennoch ist Horkheimers Überlegung nicht falsch. Zu begründen wäre sie weder über einen vermeintlichen Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, noch als Antwort auf die Frage, warum die Menschen an der bestehenden Ordnung festhalten, sondern wahrscheinlich über die Existenz politischer Propaganda. »Nicht nur die Theorie, sondern ebenso deren Absenz wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.«² Politische Propaganda ist nur effektiv, wenn sie die Gefühle ihrer Adressaten mobilisieren kann. Wenn etwa der niedersächsische Ministerpräsident Schröder ein »raus, aber schnell« zur zweckmäßigen Umgangsweise mit straffällig gewordenen Ausländern erklärt, dann nicht, weil er das für richtig hält, sondern weil er

1 M. Horkheimer, *Ideologie und Handeln*, in: ders., *Sozialphilosophische Studien*, Frankfurt a. M. 1972, S. 65.

2 Th. W. Adorno, *Soziologie und empirische Forschung*, GS, Bd. 8, S. 214.

damit seine Position in der SPD bei der Konkurrenz mit Lafontaine um die Kanzlerkandidatur stärken will, die nicht zum geringsten von seiner in Umfragen andauernd erhobenen und so den Parteistrategen zugänglich gemachten Beliebtheit beim Staatsvolk abhängt. Bei den Themen populistischer politischer Propaganda hält sich mindestens eines durch: die Präsentation von Objekten, die geeignet sind, zum Material von Gefühlen des Hasses zu werden. Daß ein derartiges Verfahren funktioniert, ist ohne Psychologie nicht zu erklären, und vielleicht wäre über den Begriff der Legitimation politischer Herrschaft die Psychologie als Teil der Gesellschaftstheorie zu begründen. Ein solches Unterfangen wäre erst noch durchzuführen. Dafür spräche allerdings, daß die Vertreter der Kritischen Theorie ihr Programm in ihren empirischen Arbeiten nicht eingelöst haben. Deren Gegenstand war wesentlich die Frage, wie und warum es möglich ist, politische Herrschaft mit psychologischen Tricks zu legitimieren, nicht, was die Einzelnen von der Herstellung einer »vernünftigen Gesellschaft«¹ abhält.

1 M. Horkheimer und H. Marcuse, *Philosophie und kritische Theorie*, a. a. O., S. 630.

Michael Städtler

Geschichte oder Tendenz

Zur Konstruktion der Freiheit als reflexive Negation

I. Fortschritt in der Geschichte

Eine Wissenschaft, deren Gegenstand die Geschichte der Menschheit sein sollte, müßte sich Rechenschaft abgeben darüber, ob von diesem Gegenstand überhaupt ein Begriff zu denken sei.¹ Prima facie erscheint Geschichte als die Abfolge von verschiedenen Ereignissen; weder die Elemente der Abfolge noch deren Struktur scheinen durch ein allgemeines Gesetz bestimmbar zu sein. Mit der theoretischen Einsicht in die Bestimmung der Freiheit der Willkür, »nach Belieben zu tun oder zu lassen«,² scheint die Verknüpfung verschiedener Handlungen aus der Geschichte als unter einem ihnen vorgängigen Gesetz stehend ausgeschlossen, so daß die Entdeckung und Entfaltung des Willensbegriffes seit Augustinus die durch sie ermöglichte Unterscheidung der Geschichte der Menschen von der Ordnung der Natur dazu bestimmte, erstes und einziges Resultat jeder wissenschaftlichen Betrachtung von Geschichte zu sein.

Wären aber geschichtliche Entwicklungen nicht bestimmbar, könnten sich die Menschen weder ihren gegenwärtigen Zustand erklären, noch könnten sie eine Überwindung dieses Zustandes denken. Aufgrund der historischen Besonderheit der durch das reflexive kapitalistische Produktionsverhältnis bestimmten Epoche, daß sie einen substantiellen Fortschritt der Menschheitsgeschichte ausschließt, scheint das Kapital der Struktur des Absoluten zu genügen. Diesen Schein kann Marx aufklären, indem er zeigt, daß vom entwickelten Stand der Geschichte aus rückblickend sehr wohl objektiv gültige Aussagen über Geschichtsentwicklungen zu machen sind, indem er historische Bedingungen des Kapitalkreislaufes

1 Von Historiographie, die im Wissenschaftsbetrieb die Stelle der Geschichtswissenschaft übernommen hat, ist hier nicht die Rede.

2 I. Kant, *Metaphysik der Sitten*, WA Bd. VIII, AB 5.

in der ursprünglichen Akkumulation festmachen kann, die sich freilich nicht zum Grund zusammenschließen lassen. Diese Bestimmung der historischen Kontingenz des Kapitals und ihre Fortsetzung in der Herrschaft des Kapitals über die materialen Voraussetzungen des Produktionsprozesses führen die Möglichkeit der Einsicht mit sich, daß das Kapital ein Ende haben kann. Die Forderung, daß es ein Ende habe, muß Resultat von Kritik sein, und diese kann nicht allein aus Kapitalbestimmungen entfaltet werden, weil sie selbst unter der Bestimmung geschichtlichen Fortschrittes steht. Das Verhältnis von Voraussetzung und begründeter Bestimmung im Begriff des Fortschritts ist aporetisch: Fortschritt, als Vorstellung des Besseren, ist negativ bestimmt gegen das Bestehende, aber diese Negation kann nicht abstrakt sein. Sie ist dem Inhalt nach bezogen auf bestimmte Zwecke des Kapitals, deren Kritik aus dem Kapital selbst nicht vollständig abgeleitet werden kann. Die Freiheit des Willens, der Ort der Kritik, muß das Resultat der Kritik antizipieren, aus der Unfreiheit heraus die Befreiung intendieren. Jeder Versuch jedoch, diese Aporie zugunsten einer affirmativ gefaßten Vorstellung des Besseren aufzulösen, muß an der selbst aporetischen Form dieser Vorstellung scheitern: Sie bleibt abhängig von dem, zu dessen Bestimmung sie die Voraussetzung sein soll, analog dem ontologischen Gottesbeweis, in dem die Bestimmung Gottes, das geschaffene Sein nicht bloß als Negation von dessen Mängeln zu überragen, nicht bloß Reflexionsausdruck zu sein, sondern an ihm selbst »etwas Größeres zu sein, als gedacht werden kann,«¹ eine Subreption ist. Die Bestimmung, das Resultat zu seiner eigenen Voraussetzung zu haben, kennzeichnet den Begriff der Geschichte wie den Gottes als absoluten Widerspruch, dessen Hypostase zum Emanationsquell der Welt gerät.² Eine Theorie, die am Begriff des geschichtlichen Fortschritts festhält, ohne dessen grundsätzliche Aporie zu reflektieren, gerät zur Affirmation einer subjektiv selbst realisierenden Erlösung, weil von der Vorstellung des Besseren, wenn sie ontologisch aus dem Zusammenhang menschlicher Reflexion herausgelöst wird, nicht mehr zu sagen ist, warum ihre Realisierung auf die Tätigkeit der Menschen angewie-

1. Anselm von Canterbury, *Proslogion*, Stuttgart 1984, Kapitel 15.

2. Daß diese Konsequenz die logische Folge ist, zeigt der Abschnitt »C. Der Widerspruch« in Hegels *Wissenschaft der Logik*, WW Bd. 6, S. 64 ff.

sen sein soll. Eine besondere Gestalt, sich so einen affirmativen Geschichtsbegriff einzuhandeln, ist die »Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation« bei Marx.¹ Der Fehler, den als Reflexionsbestimmung des Geschichtsbegriffes erschlossenen Widerspruch zum Bewegungsgesetz zu verkehren, macht Geschichte zum absoluten Subjekt.

Ließe die Aporie sich rational auflösen oder löste sie sich gar selbst, wäre der Verlauf der Menschheitsgeschichte logisch determiniert. Eine Darstellung der Aporie gelingt jedoch etwa am Modell des Mythos der Verfallsgeschichte der Weltalter:

Jählings brachen herein in die Zeit von schlechterer Ader
alle die Greul; es entflohen die Scham und die Treue und Wahrheit,
Einzug hielten statt dessen Betrug und tückische Falschheit
Hinterlist auch und Gewalttätigkeit und verruchte Besitzgier.
Segel entfaltete nun der Schiffer den wenig bekannten
Winden, und Kiele, die lang auf hohen Gebirgen gestanden,
tauchten jetzt ein in die Fluten, die früher nicht zugänglich schienen.
Fluren, zuvor wie die Luft und das Licht der Sonne gemeinsam,
zeichnete jetzt mit begrenzendem Strich vorsichtig der Messer;
nicht nur Saat und geschuldete Nahrung wurde den Feldern
abgefordert, man drang auch ein in das Innre der Erde.
Schätze, die jene versteckt und stygischen Schatten genähert,
werden, zutage gefördert, Verlockung zu bösen Gelüsten.
Heillos Eisen bereits und Gold, heillos als Eisen,
stiegen herauf: auf steigt der Krieg, der streitet mit beidem
und schlägt klirrende Waffen mit blutiger Faust aufeinander.²

Was Ovid als das reine Entsetzen schildert, ist die Zeit, in der die Menschen auf die materiellen Bedingungen ihrer Reproduktion mittelbar bezogen sind. Der Einzelne bezieht sich nicht unmittelbar auf die Natur, sondern vermittelt durch Arbeit. Besonderes Gewicht erhält aber die Vermittelung durch seinesgleichen, die ihm so zu Anderen wurden. Er erwirbt die Mittel zu seinem Lebensunterhalt durch den negativen Bezug auf seine Mitmenschen. Darunter faßt Ovid den Handel genauso wie den Krieg, ohne allerdings explizit Herrschaftsverhältnisse zu erwähnen. Die Schilderung des »eisenen Zeitalters« stellt bei Ovid das Resultat einer Geschichte des

1 MEW 23, S. 789 ff.

2 Ovid, *Metamorphosen*, Leipzig 1986, (übersetzt von R. Suchier), S. 10 f.

Verfalls dar, an deren historischem Ursprung ein »goldenes Zeitalter« gewesen sei:

Erstlich erhob sich das goldene Geschlecht, das ohne Bewachung,
willig und ohne Gesetz das Recht und die Treue bewahrte.

[...]

Steile und klaffende Gräben umgaben noch keine der Städte;
keine gerade Drommete gab's, auch das gebogene Horn nicht,
weder den Helm noch das Schwert. In behaglicher Muße vergingen,
ohne daß Krieger vonnöten, die Tage den sicheren Völkern.

Ungebaut und von der Harke verschont und von schneidender Pflugschar
nimmer verletzt, gab alles von selbst die gesegnete Erde.¹

Das »goldene Zeitalter« wird dargestellt durch Negation all der Übel des eisernen, die Reproduktion des Menschen erfolgt hier nicht vermittelt durch Entäußerung, sondern in unmittelbarem Verhältnis zu den Bedingungen der Reproduktion. Indem die Beschreibung dieses Verhältnisses sogar von der Vermittlung durch Arbeit abstrahiert, erscheint das, was nur aus Einsicht in den Mangel als dessen Negation denkbar ist, bei Ovid als die Affirmation eines paradiesischen Anfanges der Geschichte; was real nur Ergebnis der akkumulativen Erweiterung der Reproduktion und prinzipieller Veränderung der bis hin zum Kapital vorfindlichen Verhältnisse, in denen die Menschen zu leben gezwungen sind, sein kann, wird so in ein affirmatives Ursprungsidyll verkehrt; und doch läßt sich die Negation des Mangels überhaupt nur praktisch einfordern, wenn er selbst als *Negatives* erkannt wird.² Die Affirmation des goldenen Zeitalters – ob als Ursprung des Verfalls oder als erhofftes Ziel – hat soweit eine Grundlage in der Sache, als die Vorstellung des Besseren aufgrund ihrer aporetischen Form nicht deduzibel ist und der Versuch, ihr eine Begründung zu verschaffen, ihre Affirmation evoziert.

Der Begriff geschichtlichen Fortschrittes muß als Voraussetzung von Kritik gedacht werden und kann nur als Resultat von Kritik gedacht werden. Der Zirkel, der sich als Ausdruck der Aporie der

1 A. a. O., S. 9.

2 Die alternative Mode, gegen den Anspruch, dem Mangel zu steuern, geltend zu machen, daß historisch die Verwirklichung dieses Anspruchs gegen ihn ein Privileg der Herrschenden wurde, verdammt mit den auch zufälligen Resultaten der Geschichte gleich deren unabdingbare Voraussetzung, nämlich den Fortschrittsgedanken und dessen Realisierung.

wechselseitig bedingten begrifflichen Bestimmung von Voraussetzung und Resultat ergibt, muß durch einen Akt der Freiheit der Reflexion durchbrochen gedacht werden, der allerdings unter den Bedingungen der Unfreiheit steht. Er hypostasiert nicht abstrakt einen paradiesischen Zustand, sondern muß als Einsicht in den kritikablen Zustand der Welt die Vorstellung des Besseren stets mit der Kritik des Schlechten zusammen denken.¹

Befreiung als Negation von Negativem darf aber nicht abstrakt als Wiederherstellung von Vergangenem verstanden werden, da das Vergangene seiner spezifischen Gestalt nach nicht wiederherstellenswert ist. Zudem soll das Neue sich aus der Kritik des Alten ergeben, das so Grundlage des Fortschrittes ist, nicht aber dessen Inhalt. Im Kapital sind vorkapitalistische Gestalten der Organisation der Reproduktion durch deren Erweiterung überwunden und auch eine mögliche über die kapitalistische hinweggeführte müßte, um ökonomisch nicht reaktionär zu sein, auf dem durchs Kapital erreichten Stand der Produktivkraftentwicklung aufbauen, ohne freilich dessen Herrschaftsverhältnisse fortzusetzen. Marx selbst führt dieses Argument, wenn es gilt, die Entwicklung der Produktionsweisen ökonomisch zu erklären und deren historische Bedingungen aus dem Resultat zu erschließen und zu dokumentieren. Die zentrale Stelle hierfür sind die ersten sechs Unterkapitel des Kapitels über die »sogenannte ursprüngliche Akkumulation«.² Sobald jedoch der zukünftige Verlauf der Entwicklung der Produktionsweise Gegenstand ist, wird die Entstehung einer neuen Produktionsweise »auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära«³ der umgekehrten Argumentationsweise untergeordnet. Es wird nicht die Form der kapitalistischen Produktion als Voraussetzung verstanden, sondern Tendenzen als hinreichende Bedingungen einer zu erwartenden Entwicklung ausgewiesen: »...die kapitalistische Produk-

1 In der *Kritik der praktischen Vernunft* erscheint dies Problem im 1. Postulat. Die Annahme der Unsterblichkeit der Seele entbindet nicht von der Forderung der vernünftigen Bestimmung des Willens, sondern ist der Versuch der affirmativen Bestimmung der Möglichkeit der »Bewirkung des höchsten Guts in der Welt.« Durch die Auflösung der Aporie vernünftiger Zwecksetzung unter unvernünftigen Bedingungen entsteht ein Begriff hypostatisch bestimmter Geschichte, in dem von Freiheit nicht die Rede sein kann. I. Kant, *Kritik der praktischen Vernunft*, WA Bd VII, A 220.

2 MEW 23, S. 741 ff.

3 A. a. O., S. 791.

tion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation.«¹

Dies ist Resultat einer Argumentation, die ihren Gegenstand – die historische Tendenz der kapitalistischen Akkumulation – seiner Bestimmung, historisch zu sein, entkleidet. Die Kritik der Marx'schen Substitution von Geschichte durch das Regiment naturgemäßer Notwendigkeit, deren vorrangige Eigenschaft Blindheit ist, vermag dem fehlerhaften Argument noch den Versuch abzurufen, geschichtlichen Fortschritt als Existenzbedingung der Menschen zu fassen. Der damit verbundene Anspruch, Fortschritt nicht bloß problematisch zu bestimmen, muß aufgrund der Ignoranz der aporetischen Form des Begriffs geschichtlichen Fortschrittes in einen affirmativen Geschichtsbegriff münden. Dadurch, daß es einen Grund in der Sache hat, wird das Argument nicht besser. Es ist hier nicht seine Rettung zu leisten, noch seine Berichtigung. Es ist nur das objektiv zu Grunde liegende Problem aufzuweisen, dessen Darstellung notwendig aporetisch ist, in dem zweifachen Sinne, daß die Form der Darstellung aporetisch sein muß und daß die Darstellung selbst nicht ausgelassen werden darf. Die logische Ausweglosigkeit ist die einzige Möglichkeit, den historischen Ausweg zu weisen.

II. Fortschritt aus dem Kapital

Die Analyse des Begriffs der Reproduktion hatte gezeigt, daß die Produktion von Mehrprodukt in der Form von Mehrwert das vorge-schossene Kapital »in akkumuliertes Kapital oder kapitalisierten Mehrwert«² verwandelt. Voraussetzung dafür war das Vorhandensein der Arbeitskraft als Ware, »Scheidung zwischen dem Arbeitsprodukt und der Arbeit selbst, zwischen den objektiven Arbeitsbedingungen und der subjektiven Arbeitskraft, war also die tatsächlich gegebene Grundlage, der Ausgangspunkt des kapitalistischen Produktionsprozesses.«³ Unter der Bedingung der Warenform von Produktionsmitteln und Arbeitskraft ist das Produkt inklusive Mehrwerts eine Gestalt des Kapitals. Dem Träger der

1 Ebd.

2 A. a. O., S. 595.

3 Ebd.

Ware Arbeitskraft bleibt ihr Äquivalent zur individuellen Konsumtion, die freilich für das Kapital nur eine besondere Gestalt produktiver Konsumtion ist. So wird dasjenige, »was aber anfangs nur Ausgangspunkt war, [...] vermittelt der bloßen Kontinuität des Prozesses [...] stets aufs neue produziert und verewigt als eigenes Resultat der kapitalistischen Produktion.«¹ Was historische Voraussetzung des Kapitals war, die Scheidung von Produktionsmittelbesitzern und -nichtbesitzern, ist nun vom kapitalistischen Produktionsprozeß selbst reproduzierte Voraussetzung seiner selbst.

Der Bestimmung des Kapitals als maßlose Vermehrung des Wertes entspricht die Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter. Diese läßt sich gesellschaftlich als Produktion um der Produktion willen nur realisieren, wenn akkumulierbarer Mehrwert produziert wird, wenn »das Mehrprodukt, dessen Wert er ist, bereits die sachlichen Bestandteile eines neuen Kapitals enthält.«² Dieser Mehrwert hat daher die Gestalt von Produktionsmitteln und überragt als akkumulierbarer Umfang und Entwicklungsstufe der bloß zu erneuern oder zu ersetzenden Maschinerie.³ Durch die Produktion der wechselseitig benötigten Produktionsmittel wird die Akkumulation und mit ihr die reflexive Reproduktion des Kapitals zur Bestimmung der Reproduktion der Gesellschaft. Es ist nicht bloß der quantitative Unterschied, daß mehr Kapital einerseits mehr Lohnarbeitern andererseits gegenüberstehen,⁴ es erfüllt sich hier die Bestimmung des kapitalistischen Produktionsprozesses, das Kapital nicht nur als Ware, nicht nur als Wert, sondern als »Kapitalverhältnis selbst, auf der einen Seite den Kapitalisten, auf der anderen den Lohnarbeiter«⁵ zu produzieren und zu reproduzieren, dies Verhältnis zu verewigen.

Die Ewigkeit hat keine Zeit für Geschichte. Aus der Analyse der Struktur des Kapitals läßt sich seine Kontingenz unmittelbar nicht absehen, jene ist die der absoluten Reflexion, die in der Beziehung auf sich selbst vermeintlich noch deren Voraussetzung hervorbringt. Einzig die Feststellung, daß die Reproduktion von Kapital

1 Ebd.

2 Ebd., S. 607.

3 Zum Begriff des akkumulierbaren Mehrwerts cf. H.-G. Bensch, *Vom Reichtum der Gesellschaften*, Lüneburg 1995, S. 51 f.

4 Vgl. MEW 23, S. 641.

5 A. a. O., S. 604.

Kapital voraussetzt im Verein mit der Beobachtung, daß nicht immer schon kapitalistisch produziert worden ist, entlarvt diese Reflexivität als einen »fehlerhaften Kreislauf«. ¹ Wenn der doppelt freie Lohnarbeiter, Anbieter der Ware Arbeitskraft, die entscheidende Bedingung kapitalistischer Produktion ist, lassen sich geschichtliche Ereignisse, die zur Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln geführt haben, als historische Voraussetzungen des Kapitals erkennen. In dieser »Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle.« ² Als Gewalt untersteht das Genannte auch der Freiheit der Willkür, und gehorcht daher keiner rationalen Organisation. Dadurch ist zwar die Entstehung des Kapitals durch Rekurs auf die Bedingungen seiner Möglichkeit als kontingent bestimmt; daß etwas Entstandenes auch vergänglich sei, scheint sich aber an den Gesetzen der Akkumulation zu blamieren. Noch im Kapitel über die »sogenannte ursprüngliche Akkumulation« heißt es, aus den Produktionsbedingungen selbst entspringe nicht bloß die Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapital, sondern sie werde durch sie garantiert und verewigt. Ein psychologisches Phänomen wird als Ideologie zur Bestimmung des Kapitals: »Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt.« ³ Die Vorstellung der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise geht unter dieser Voraussetzung *nicht* notwendig einher mit der Vorstellung menschenwürdiger Verhältnisse, sondern zunächst mit der Befürchtung der Vernichtung der eigenen Existenz. Es ergibt sich innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise aus dem Interesse an der eigenen Existenz ein Interesse der Beherrschten an dem Funktionieren der sie beherrschenden ökonomischen Verhältnisse.

Dennoch soll der kapitalistischen Akkumulation nach Marx selbst eine geschichtliche Tendenz zukommen. Wie das Kapital durch Negation der Produktion durch Kleinbetriebe hervorgegangen sei, so soll es durch Negation der Negation wieder verschwin-

1 A. a. O., S. 741.

2 A. a. O., S. 742.

3 A. a. O., S. 765.

den.¹ Inhaltlich soll dieses Gesetz der Dialektik sich an der Gestalt des Eigentums betätigen. Auch an anderer Stelle gelingt es Marx nicht, den historischen Mechanismus zurückzunehmen, ohne Öl ins Feuer zu gießen. Zwar soll das gesamte Kapitel gar keine »geschichtsphilosophische Theorie«² sein: Die Darstellung des Überganges vom Feudalismus zum Kapital in den ersten sechs Unterkapiteln, sowie seine Bestimmung im siebenten sollen nur eine »Schilderung«³ der historischen Wirklichkeit Westeuropas sein. Explizit bezüglich der reflexiven Negation formuliert Marx aber auch dort streng, das kapitalistische Eigentum könne sich nur in gesellschaftliches⁴ verwandeln. Diese Behauptung sei nichts weiter, als die summarische Zusammenfassung der Bestimmungen der kapitalistischen Produktion. In den Briefentwürfen an Sassulitsch verbreitet Marx geradezu ökonomische Endzeitstimmung. Das Kapital sei in einer Krise, die mit der Rückkehr zum Gemeineigentum enden werde,⁵ es sei »im Verblühen«.⁶ Der Widerspruch zu den Gesetzen der Akkumulation ist frappant. Die Variante, die Krise könne *erst*⁷ mit einer höheren Form des Gemeineigentums enden, kann noch dahin verstanden werden, daß der einzige *Fortschritt* der Gesellschaft dieser wäre, wogegen die russischen Agrargemeinschaften, um die es in den Briefen geht, entweder kapitalisiert werden könnten oder gleich sich zum Kommunismus fortbilden. Solche Alternativen in der Geschichte seien stets durch das »historische Milieu« entschieden worden.⁸ Für die Entwicklung des

1 Es sei hier schon darauf hingewiesen, daß diese Vorstellung von Negation der Negation mit den Bestimmungen bei Hegel nur den Namen gemein hat.

2 MEW 19, S. 111.

3 A. a. O., S. 108.

4 Das heißt selbstverständlich nicht, daß das kapitalistische Eigentum kein gesellschaftliches Verhältnis sei; gemeint ist die zu vergesellschaftende Verfügung über die Gegenstände des Eigentums.

5 MEW 19, S. 390/392.

6 A. a. O., S. 398. Das geläufige Argument, Marx habe zu Lebzeiten die Abgründigkeit der Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitals nicht überschauen können, wird erheblich dadurch eingeschränkt, daß bis zur zweiten Auflage von »*Das Kapital*« im 24. Kapitel noch von Konzentration der Kapitalien die Rede ist und der Hinweis auf den Weltmarkt fehlt. Dieser Hinweis findet sich ab der französischen Ausgabe, ab der dritten deutschen Auflage heißt es statt »Konzentration« durchgehend »Zentralisation«, ohne daß diese Änderungen einen Einfluß auf das Argument genommen hätten.

7 A. a. O., S. 386.

8 A. a. O., S. 404.

Kapitals nennt Marx aber auch dort keine Alternative, wie es etwa die Barbarei – ob als Rückfall oder Fortsetzung – ist.

III. Dialektik der Geschichte

Die dem Eigentum imputierte Geschichtsmächtigkeit ist in allerlei Hinsichten kritikabel. Um das Eigentum als solches durch die Geschichte durchzuhalten, muß Marx den Begriff auf das Verhältnis der Produzenten zu den Produktionsmitteln reduzieren. Es wird so ein Begriff, der systematisch erst in der bürgerlichen Gesellschaft zu bestimmen ist, von dieser historischen Bedingung losgelöst und zur allgemeinen Grundlage historischen Wandels gemacht.

Das Verhältnis der Produzenten zu den Produktionsmitteln untersteht aber vor der bürgerlichen Gesellschaft nicht bloß anderen ökonomischen Bestimmungen, sondern ist juristisch unterschieden darin, daß es kein allgemein garantiertes Eigentum gibt, sondern nur durch zufällige oder auch gar keine gesetzlichen Einrichtungen gesicherten Besitz. Eigentum als Begriff ist systematisch erst in bürgerlichen Verhältnissen zu bestimmen: »Nun kann der einseitige Wille in Ansehung eines äußeren, mithin zufälligen Besitzes nicht zum Zwangsgesetz für jedermann dienen, weil das der Freiheit nach allgemeinen Gesetzen Abbruch tun würde. Also ist nur ein jeden anderen verbindender, mithin kollektiv allgemeiner (gemeinsamer) und machthabender Wille derjenige, welcher jedermann jene Sicherheit leisten kann. [...] Also kann es nur im bürgerlichen Zustande ein äußeres Mein und Dein geben.«¹ Ebenso wäre eine Organisation des Verhältnisses der Produzenten zu den Produktionsmitteln in einem Verein freier Menschen nicht unter dem Begriff des Eigentums zu fassen, weil der Eigentumstitel den Nichteigentümern »eine Verbindlichkeit auferlegt [...], die sie sonst nicht hätten, sich des Gebrauchs desselben [Gegenstands, M. St.] zu enthalten.«² Von einem Ausschluß vom Gebrauch der Produktionsmittel könnte aber nicht die Rede sein, sondern von einer

1 I. Kant, *Metaphysik der Sitten*, WA Bd. VIII, AB 73.

2 A. a. O., AB 69.

Organisation der Produktion, deren Zweck nicht die Produktion akkumulierbaren Mehrwerts wäre.

Der Versuch Kants, das Eigentum als vernunftgemäß zu bestimmen, scheitert an der systematischen Stellung der ursprünglichen Besitznahme, die ein Akt der Willkür ist.¹

Dem Argument am Ende des Kapitels über »Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation« liegt jedoch ein selbst ahistorischer, durch bestimmte Gesellschaftsformen zu variierender Eigentumsbegriff zugrunde, wie Marx ihn auch in den »Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie« verwendet: Eigentum sei »die natürliche Einheit der Arbeit mit ihren sachlichen Voraussetzungen.«² Auf dieser falschen Grundlage wird die Entwicklung der Menschheitsgeschichte als Negation der Negation konstruierbar. Das vorkapitalistische affirmative Verhältnis der Produzenten zu den Produktionsmitteln würde unterm Kapital ein negatives, das mit seiner Negation ein wieder affirmatives hervorbrächte.

Wenngleich es Hegel selbst unterläuft, die Negation der Negation wie ein »Minus mal Minus gibt Plus« zu erklären³ oder Beispiele aus der belebten Natur anzuführen,⁴ so sinkt sie bei Engels in nachhaltig idealistischer Manier auf das Alltagsleben der Schmetterlinge als den lebendigen Ausdruck einer dialektischen Methode zusammen.⁵ Diese verkehrte Verkehrung eines Verkehrten, die alles andere als eine materialistische Dialektik hervorbringt, macht sich gelegentlich auch im *Kapital* geltend.

Es ist für sich selbst schon falsch, alle Naturvorgänge darauf zurückzubringen, daß ein Zustand negiert und diese Negation dann durch erneute Negation auf eine höhere Qualitätsstufe geführt werde. Eine solche Vorstellung von Naturprozessen aber auf die Menschheitsgeschichte zu übertragen, ist intellektuelle Selbstaufgabe.

Mögen die am Verhältnis der Produzenten zu den Produktionsmitteln variierten Eigentumsbestimmungen dem Schema der reflexiven Negation einzupressen sein, der Bestimmung des Zweckes

1 Vgl. a. a. O., AB 91 ff.

2 MEW 42, S. 383.

3 Vgl. G. W. F. Hegel, S. 64.

4 Vgl. G. W. F. Hegel, *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften I*, WW Bd. 8, § 8, Zusatz 1, oder ders., *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie I*, WW Bd. 18, S. 56.

5 Vgl. MEW 20, bes. S. 481 ff.

der Produktionsweise genügt das nicht. Die Produktion akkumulierbaren Mehrwertes ist nur insofern Negation der Produktion um der Subsistenz willen, als sie schlicht ein Anderes ist; es gibt keine logische Grundlage, vom einen zum anderen zu gelangen. Ebenso wenig gibt es eine solche Grundlage, vom Kapital zur »socialist constitution of mankind« zu gelangen.¹ Dies kann nur die durch Einsicht bestimmte Tätigkeit der Menschen leisten, was immer zunächst ein Akt der Freiheit der Willkür ist. Eine Seite der Notwendigkeit hat diese allgemeine Bestimmung der Maximen moralisch, als die positive Bestimmung der freien Willkür durch den Willen, die reine praktische Vernunft.² Der so zum Akt der Freiheit bestimmte Fortschritt in der Geschichte steht aber unter der Bedingung der Unfreiheit.

Eine behauptete ökonomische Notwendigkeit der Negation der Negation, die aus den Bedingungen der Unfreiheit selbst die Freiheit hervorbrächte, antizipiert daher gerade nicht die befreite Gesellschaft, denn deren Genese geschähe so nicht aus Freiheit, sondern wäre determiniert.

IV. Eigentum als Inhalt reflexiver Negation

Die Betrachtung im siebenten Teil des 24. Kapitels in *Kapital I* geht aus von der formalen Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise, dem kapitalistischen Privateigentum. Mit diesem Ausgangspunkt erscheint das Privateigentum als Wesensbestimmung des zu Betrachtenden, die Produktion akkumulierbaren Mehrwertes bloß als eine Folgebestimmung.

Schon dem *Terminus* »individuelles Eigentum« ist kaum eine Bedeutung beizulegen. Terminologisch ist Eigentum ein gesellschaftliches Verhältnis: »Nun ist die Weglassung, oder das Absehen (Abstraktion) von diesen sinnlichen Bedingungen des Besitzes, als eines Verhältnisses der Personen zu *Gegenständen*, die keine Verbindlichkeit haben, nichts anderes als das Verhältnis einer Person zu *Personen*, diese alle durch den Willen der ersteren [...] in Anse-

1 MEGA II/4.2, S. 125. Die Übersetzung in MEW 25, S. 99, durch Engels historisiert die Stelle bis zur Unkenntlichkeit: »bewußte Rekonstitution der menschlichen Gesellschaft«.

2 Vgl. I. Kant, *Metaphysik der Sitten*, a. a. O., AB 5 f.

hung des Gebrauchs der Sachen zu verbinden.«¹ Aber auch die Beziehung der Produzenten zu den Produktionsmitteln müßte in einem Verein freier Menschen allgemein gesellschaftlich bestimmt sein. Engels behauptet nun, jeder, »der Deutsch versteht«, wisse, daß das individuelle Eigentum sich bloß auf Konsumtionsmittel beziehe.² Die Kenntnis der deutschen Sprache ist indes oft nicht ausreichend, um wissenschaftliche Probleme zu lösen. Zunächst würde sie aber genügen, zu bemerken, daß Marx das individuelle Eigentum ausdrücklich auf Produktionsmittel bezieht.³ Davon abgesehen ist das individuelle Eigentum für Marx das Resultat der Negation der die kapitalistische Produktionsweise *charakterisierenden* Eigentumsverhältnisse, und dabei geht es nicht um die Distribution von Konsumtionsmitteln. In solcher Bestimmung der befreiten Gesellschaft durch ein »individuelles Eigentum« ist vom Zweck der Produktion gar nicht mehr die Rede.

Entscheidend für das kapitalistische Privateigentum ist nicht, daß im Kapital Menschen zum produktiven Gebrauch von Gegenständen herangezogen werden, über die sie nicht frei verfügen, sondern mit welcher Absicht das geschieht. Diese Absicht, der Produktionszweck, steht zwar mit dem Privateigentum in enger Beziehung, weil es die der entfalteten kapitalistischen Produktionsweise adäquate Form der Vermittlung des Menschen mit den – zunächst gegenständlichen – Bedingungen seiner Reproduktion ist, aber der Begriff des Eigentums dient nicht zur Ableitung des Begriffes der Produktionsweise, weil dieser schon Voraussetzung ist, jenen als bestimmten zu haben.

Auch kann es in vorbürgerlichen sowenig wie in bürgerlichen Verhältnissen ein »selbsterarbeitetes Privateigentum« geben, das negiert werden könnte. Der Acker des Bauern ist auch für den Kleinbauern nicht Resultat von Arbeit und selbst ein mühsam erspartes Werkzeug des Handwerkers, oder Ackergerät des Bauern kann nicht gemeint sein, da es in den sich aus der sogenannten ursprünglichen Akkumulation entwickelnden Verhältnissen nicht in eine andere Form des Eigentums, auch nicht in andere Eigentumsverhältnisse überführt, sondern technisch revolutioniert, d. h. in der

1 A. a. O. AB 93.

2 MEW 20, S. 122.

3 Vgl. MEW 23, S. 795 f.

alten Gestalt abgeschafft wird. Wäre das anders, unterschiede sich das technische Niveau der kapitalistischen Produktionsweise nicht von dem der Handwerksproduktion. Würde hiervon abgesehen, müßte Eigentum unabhängig von seinen jeweiligen Gegenständen bestimmt sein. Dies ist aber erst in bürgerlichen Verhältnissen der Fall, wo das Verhältnis der Person zu Sachen in ein negatives Verhältnis von Personen verwandelt ist.

Die Bezeichnung von Besitzergreifungskriegen als »eine der ursprünglichsten Arbeiten jedes dieser naturwüchsigen Gemeinwesen, sowohl zur Behauptung des Eigentums als zum Neuerwerb desselben«¹ kann die *seltsame Formulierung* vom »selbsterarbeiteten Privateigentum« aus dem »Kapital« erläutern, nicht aber als Erklärung der *Sache* gelten, denn Krieg mag manchem eine Beschäftigung sein, eine Arbeit ist er nicht.² Ob nun die Kriege dieser »naturwüchsigen Gemeinwesen« historische Realität haben, ist nebensächlich, jedenfalls ist diese Form der Aneignung systematische Voraussetzung und immanente Bestimmung des Eigentumsbegriffes.³ In welcher Gestalt diese Auseinandersetzungen stattfanden, ist gleichgültig dagegen, daß der Begriff des Eigentums unmöglich zu denken ist, ohne den Hinweis auf die gewaltsame Besitznahme. Diese logische Grundlage erscheint transformiert als die Gewalt des Ausschlusses vom Gebrauch, auch wenn sie monopolisch durch den Polizeiapparat verwaltet wird.

Die Erfüllung des Schemas der Negation der Negation durch ein wie immer bestimmtes Eigentum muß daran scheitern, daß die in dem Ausdruck »selbsterarbeitetes Eigentum« unterstellte positive Grundlage der Bewegung historisch nie realisiert gewesen ist.⁴ Ist

1 MEW 42, S. 399.

2 Die Tätigkeit von Soldaten ist keine Arbeit. Arbeit ist bestimmt, daß durch Verausgabung von Hirn, Muskel, Nerv und Hand Gebrauchsgegenstände irgendeiner Art hergestellt werden. Krieg stellt Leichen her. Menschen, die Leichen für Gebrauchsgegenstände halten, sind aber nicht unter ökonomischen Bestimmungen zu erfassen, sondern unter solchen der Psychiatrie.

3 Vgl. Kants Unterscheidung des historischen »uranfänglichen Gesamtbesitzes« und des systematischen »ursprünglichen Gesamtbesitzes«. *Metaphysik der Sitten*, a. a. O., AB 83.

4 Die Affirmation der einfachen, vorkapitalistischen Warenproduktion stellt Probleme dar, auf die hier nur hingewiesen werden kann: Sie ist eine systematische Voraussetzung für die Entfaltung von Kapitalbestimmungen, der aber historisch keine Realität zukommt und keine zukommen kann. Nichtkapitalistische Warenproduktion ist in sich widersprüchlich, weil die Produktion von Waren, also von für den Austausch bestimmten Produkten vor dem Kapital bloß einzeln, daher keine Bestimmung der gesellschaftlichen Reproduktion gewesen ist. Sobald sie dies ist, herrscht kapitalistische Produktion. Die Ausführung dessen, sowie die weitere Kritik

diese Grundlage aber aufgehoben, sind die drei Gestalten des Verhältnisses von Produzenten zu Produktionsmitteln bloß verschieden. Ein dialektischer Geschichtsverlauf läßt sich dann nicht denken.

Allerdings ist das Verhältnis der Produzenten zu den Produktionsmitteln eine Bestimmung der Produktionsweise, aber diese wird nicht durch eine Dialektik jenes Verhältnisses bestimmt, noch gar hervorgebracht. Die Geschichte der Produktionsweisen kann weder aus jenem Verhältnis, noch aus der Gestalt der Produktionsmittel¹ erklärt werden, weil beides erst unter entwickelten kapitalistischen Bedingungen systematisch bestimmbar ist.

Innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise gibt es eine fortschreitende Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, die in einem notwendigen Verhältnis zur Produktionsweise und den sie kennzeichnenden Produktionsverhältnissen steht.² Aber genau deshalb gibt es unterm Kapital keine Geschichte. Ein Zusammenhang von Produktionsweise und Produktivkraft ist in dem »fehlerhaften Kreislauf« ausgedrückt,³ daß die materiellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen der kapitalistischen Produktion selbst deren Produkte sind. In diesem Kreislauf scheint das Kapital hinsichtlich seiner Entstehung, aber auch hinsichtlich seiner Zukunft autark. Es ist soviel sicher, daß eine historische Veränderung der Verhältnisse, in denen die Menschen leben, nicht durch die Produktionsweise hervorgebracht werden kann, wenn es sich bei solcher Veränderung nicht um Entwicklungen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise handeln soll.⁴ Ein tendenziell aus ihr sich entfaltender Umschlag in eine wesentlich andere Produktionsweise ist ausgeschlossen. Mehr noch: Mit der Übertragung der systematischen Bestimmtheit des Verhältnisses von Produzenten, Produktivkraft

der ideologischen Konsequenzen, die das hat (Propagieren der Rückkehr zur unentfremdeten Privatarbeit, Technikfeindlichkeit) hat hier keinen Ort.

1 Vgl. MEW 4, S. 130: »Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten.«

2 Vgl. P. Bulthaup, *Zum Problem des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus*, in: ders., *Zur gesellschaftlichen Funktion der Naturwissenschaften*, Lüneburg 1996, S. 57.

3 MEW 23, S. 741.

4 Für die affirmativen Zitate eines »goldenen Zeitalters« der Arbeiterklasse (MEW 23, S. 702 und S. 746) gibt es in der Kritik der politischen Ökonomie kein Argument und auch keine Veranlassung, sie als Ironie zu interpretieren. Hinsichtlich ihrer systematischen Position in der kapitalistischen Produktionsweise, Zwecken unterworfen zu sein, die nicht als selbst gesetzte gedacht werden können, läßt sich die Lage der Menschen auch retrospektiv zu keiner Zeit als vorteilhaft bezeichnen.

und Produktionsweise auf alle Produktionsweisen würde auch die daraus folgende Geschichtslosigkeit übertragen. Die historische Kontingenz des Kapitals wäre zum Moment des Weltlaufes mutiert, der so schlecht bekanntlich nicht sein soll und so von selbst zum guten Ende findet, wie der Gaul zum Wasserloch.

V. Kapital und Geschichte

Obwohl der Versuch, trotz der Verewigung des Kapitalverhältnisses eine Geschichte nach dem Kapital zu bestimmen, bei Marx scheitert, muß solche Geschichte als notwendig gedacht werden können. Ohnedem wäre das Kapital nicht zu kritisieren. Gedacht werden kann der Zustand der Befreiung aber nur als Negation des Kapitals, als Resultat der Kritik. Und doch ist der Gedanke an Befreiung der Kritik auch vorausgesetzt. Der Widerspruch von Voraussetzung und Resultat im Begriff geschichtlichen Fortschrittes kann aber nicht in der Konstruktion der Negation der Negation gelöst werden. Der Formalismus des dialektischen Bewegungsgesetzes nötigt zu den dargestellten Subreptionen, sobald die Schablone an ein Material – wie hier das Eigentum – gelegt wird.

Die Unverträglichkeit der kapitalistischen Produktion mit gesellschaftlicher Produktion kann sich gar nicht aus bloß ökonomischen Betrachtungen ergeben, weil der Begriff einer wahrhaft gesellschaftlichen Produktion als Antizipation menschenwürdiger Verhältnisse schon geschichts- und moralphilosophische Elemente einbezieht. Das Kapital widerspricht diesem Begriff, da das Allgemeine mit dem Besonderen zwar vermittelt ist, aber diese Vermittlung nicht unter Zwecken steht, die durch vernünftige Einsicht bestimmt wären. Einsicht in den Begriff menschenwürdiger Verhältnisse fällt nicht unter den Zwang ökonomischer Entwicklung, sondern ist eine Bedingung der Kritik, die den Verhältnissen, die sie kritisiert, nicht immanent sein kann, sondern nur als Reflexion auf sie möglich ist. Ebenso fällt die Realisierung menschenwürdiger Verhältnisse nicht in die Ökonomie, sondern muß durch den Willensakt der vernünftigen Zwecksetzung an den ökonomischen Verhältnissen durchgesetzt werden. Der Inhalt des vernünftig bestimmten Willens ist nicht aus dem Bestehenden abzuleiten, und er ist

auch nicht als ein wie immer gegebenes Ideal zu denken; und doch sind beides Bestimmungselemente der Reflexion, deren Resultat die Willensbestimmung ist. Jeder weitere Schritt wäre Affirmation, die entweder in einem hypostatischen Ideal oder im Bestehenden selbst den hinreichenden Grund zu dessen Abschaffung erblickte.

Notwendig zu denken ist daher die Aporie geschichtlichen Fortschrittes zunächst, soweit dieser Gedanke für die Kritik des Kapitals vorausgesetzt ist. Nur aus dem äußersten Beharren auf der Notwendigkeit der Überwindung des Kapitals heraus macht die Kritik der politischen Ökonomie Sinn und ist sie allererst möglich. In eminentem Sinne notwendig ist jener Gedanke auch, weil mit der Preisgabe seiner der Inhalt der möglichen Autonomie des Willens preisgegeben wäre. Könnte ein solcher Inhalt gar nicht gedacht werden, wäre damit das Subjekt selbst der Heteronomie endgültig überantwortet: Sowohl die Behauptung, er sei gar nicht zu denken, wie die, seine Aporie sei lösbar, sind Gestalten der Selbstpreisgabe des Subjekts.

Die Durchsetzung von Zwecken dagegen, die durch vernünftige Einsicht bestimmt wären, und diese der Durchsetzung vorausgesetzte vernünftige Bestimmung des Willens selbst wären Akte der Freiheit, die unter den Bedingungen der Unfreiheit stehen. Daher führt die Forderung nach menschenwürdigen Verhältnissen nicht ihre eigene Realisierung mit sich. Aber nur im Beharren auf der Einforderung des sittlich Notwendigen, der Realisierung des Begriffs der Menschheit, kann sich das moralische Subjekt erhalten, auch wenn es als einzelnes der Realisierung nicht mächtig ist. Menschheit heißt hierbei nicht die sonderliche Ansammlung von Individuen, sondern die wesensgemäße, d. h. menschenwürdige gesellschaftliche Organisation der Menschen. So müßte das freie Selbstbewußtsein der Einzelnen über die Freiheit der Anderen vermittelt sein. Nur so wäre Menschheit wirklich. Daraus, daß ein emphatischer Begriff von Menschheit ernsthaft nur im Konjunktiv gebraucht werden kann, folgt jedoch nicht, daß er selbst fragwürdig sei, denn mit ihm stünde immer auch die Menschheit des fragestellten Subjekts selbst zur Frage. Die Entfaltung des Selbstbewußtseins als Bedingung der Existenz des denkenden Subjektes als das, was es ist, hängt an der Verwirklichung des Menschlichen, wenn anders dieses Subjekt sich als Mensch soll bestimmen können.

Wohl ist dies eine bloß notwendige Bedingung, die den hinreichenden Grund ihrer Verwirklichung nicht mit sich führt, und es könnte der Einwand gemacht werden, daß die Widersprüchlichkeit einer Maxime, die die Existenz der Menschheit in Frage stellt, bloß formal sei und auf der Subreption der notwendigen Existenz der Menschheit beruhe; das Argument jedoch, daß Befreiung nicht notwendig ist, wenn es keine Menschen gibt, die befreit werden könnten, ist banal. Da es sie aber gibt, sind sie der Grund der Ernötigung der Negation der gesellschaftlichen Praxis.

Verzichtete man auf diesen Imperativ des Notwendigen, bliebe das Resultat jeder Kritik und damit die Menschheit ein Beschluß im Konjunktiv.

Abkürzungen

Die Schriften von Marx und Engels werden durch Angabe des Bandes der Marx-Engels-Werke (MEW), Berlin 1956 ff. und der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²), Berlin 1976 ff. zitiert. Das von Marx nicht abgeschlossene und von Engels bearbeitete dritte Buch des *Kapitals* wird in der Regel nach MEGA II/4.2 zitiert. Briefe werden nach MEW zitiert und durch ihr Datum gekennzeichnet.

- MEW 3 = Die deutsche Ideologie
- MEW 4 = Das Elend der Philosophie
- MEW 6 = Lohnarbeit und Kapital (S. 397 ff.)
- MEW 6 = Arbeitslohn (aus dem handschriftl. Nachlaß)
(S. 535 ff.)
- MEW 13 = Zur Kritik der Politischen Ökonomie
- MEW 16 = Lohn, Preis und Profit (S. 101 ff.)
- MEW 19 = Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei (S. 15 ff.)
- MEW 19 = Brief an die Redaktion der »Otetschestwenyije Sapiski« (S. 107 ff.)
- MEW 19 = Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V. I. Sasulitsch (S. 384 ff.)
- MEW 20 = Dialektik der Natur (S. 307 ff.)
- MEW 20 = Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring) (S. 5 ff.)
- MEW 23 = Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie, Bd. I
- MEW 24 = Das Kapital, Bd. II
- MEW 25 = Das Kapital, Bd. III
- MEW 26.1 = Theorien über den Mehrwert, Teil 1
- MEW 26.2 = Theorien über den Mehrwert, Teil 2
- MEW 26.3 = Theorien über den Mehrwert, Teil 3
- MEW 42 = Ökonomische Manuskripte 1857/1858
- MEGA II/4.1 = Ökonomische Manuskripte 1863-1867, Teil 1
- MEGA II/4.2 = Ökonomische Manuskripte 1863-1867, Teil 2

Kant wird nach der zwölfbändigen Weischedel-Ausgabe (stw), Frankfurt a. M. 1974 ff. unter dem Kürzel WA zitiert, Hegel nach der von Moldenhauer und Michel besorgten Werkausgabe, Frankfurt a. M. 1970 ff. unter dem Kürzel WW.

Die Autoren

Hans-Georg Bensch, Diplom-Sozialwissenschaftler, Dr. phil.,
Lehrbeauftragter am Phil. Sem. der Universität Hannover, Jg. 1960.

Peter Bulthaupt, seit 1975 Professor für Philosophie an der Universität Hannover, Jg. 1934.

Frank Kuhne, Dr. phil., Studium der Germanistik, Politologie,
Philosophie, Lehrbeauftragter am Phil. Sem. der Universität
Hannover, Jg. 1956.

Till Streichert, stud. phil., Jg. 1973.

Michael Städtler, M. A., Studium der Philosophie und Germanistik,
Jg. 1970.

Jan Weyand, M. A., Studium der Soziologie, Sozialpsychologie,
Politologie, Jg. 1966.